

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungskarte Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. inkl. Bestellgeld.

Redaktion: Lauhaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anzerate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauhaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Ein Präcedenzfall.

* Leipzig, 16. September.

Es ist alles schon einmal dagewesen. Auch die parlamentarische Situation, in der die bayerische Landtagsfraktion ihre Zustimmung zu der bekannten Wahlrechtsresolution gegeben hat, ist in ihrer Eigenart kein parlamentarisches Novum gewesen. Genau auf demselben Punkte, wie die Wahlrechtsreform heute in Bayern ist, war die Verfassungsrevision vor sieben Jahren in Württemberg. Auch damals verlangte die Regierung als Vorbedingung ihrer Initiative in der Sache der Verfassungsreform eine Klärung der Anschauungen der Kammer darüber, was als erreichbares Ziel ins Auge gefaßt werden kann, und die Zweite Kammer des Landtags formulierte ihren Standpunkt in einer Antwortadresse auf die Thronrede, die mit 64 gegen 18 Stimmen angenommen wurde. Die ablehnenden Stimmen setzten sich aus den Privilegierten der Kammer, deren Entfernung die Verfassungsrevision erstrebte, und — den zwei Sozialdemokraten zusammen, die sich mit dem geplanten Erlass dieser Privilegierten nicht einverstanden erklärten. Damals wurde den beiden sozialdemokratischen Vertretern ihre Abstimmung ebenfalls verweigert, und zwar von bürgerlicher, genauer von demokratischer Seite. Wohl gemerkt: Der geplante Erlass hätte den sozialdemokratischen Vertretern kein Opfer des Programms aufgedrückt; die 64 Stimmen-Mehrheit sprach aus, daß sie als geeignete Grundlage für die Revision der Verfassung eine Aufhebung der Vorrechte der Geburt und des Amtes und einen Erlass der hiernach auscheidenden Mitglieder durch Abgeordnete erachte, die in größeren Kreisen durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht gewählt würden. Der Widerspruch der sozialdemokratischen Vertreter richtete sich also lediglich gegen die technische Seite des geplanten Erlasses, und der Abgeordnete Kloß rechtfertigte später seinen ablehnenden Standpunkt durch den Hinweis auf die ungleichmäßige Einteilung der Wahlbezirke, die dem Abänderungsbedürfnis der Kammer genügend Stoff zur Verrückung gebe. Immerhin bietet die damalige Situation eine Reihe bedeutungsvoller Vergleichspunkte, und es ist vielleicht nicht unangebracht, diese als Material zur Debatte über die bayerische Wahlrechtsreform mit heranzuziehen. Vorausgeschickt sei noch, daß in einem späteren Stadium der parlamentarischen Beratung der Abg. Kloß sich mit dem Erlass der Privilegierten durch Kreiswahlen unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens einverstanden erklärte. Nur von der grundlegenden Resolution zur Verfassungscampagne wollten die beiden Sozialdemokraten damals die Erlassfrage ferngehalten wissen.

Durch die Wahlen vom 1. Februar 1895 war in Württemberg eine völlig neue parlamentarische Situation geschaffen. Zum erstenmal hatte sich die Parteigruppierung völlig im Anschluß an die großen Parteibildungen des deutschen Reichs vollzogen. Bis dahin hatte im schwäbischen Landtag eine spezifisch schwäbische Parteiformation dominiert, die sogenannte „Landespartei“, die im steten Kampf mit der gleichfalls partikularistischen schwäbischen Demokratie die politische Geschichte des Landes gemacht hatte. Für diese Wahlen hatte sich die alte Landespartei in das Centrum einerseits und eine kleine patriarchalisch-konservative Gruppe andererseits aufgelöst, und so erschienen in der Hauptsache die großen deutschen Parteien, Nationalliberaler, Centrum, Demokratie und — Sozialdemokratie auf dem Plane. Zum erstenmal eroberte auch die Sozialdemokratie zwei Mandate, und man konnte konstatieren, daß sich das württembergische Parteileben nunmehr den beschränkten schwäbischen Kreisinteressen entzogen und an große politische Gesichtspunkte angelehnt hatte. Bisher war dies, beiläufig gesagt, auch für die Reichspolitik nur in bedingtem Maße der Fall gewesen. Kein Land weist in den ersten 25 Jahren des Bestehens des Reichs ähnliche Schwankungen der Parteibestimmtheiten auf, wie Württemberg. Im Jahr 1871 erhielt die nationalliberale Partei dort 116 199 Stimmen; zehn Jahre später war sie auf 7400 Stimmen zurückgegangen, um bei den Wahlen vom 1. Februar 1887 wieder auf 118 047 Stimmen hinaufzuschwelen. Die Süddeutsche Volkspartei, die nach den Ereignissen von 1870/71 von der „nationalen Hochflut“ fast weggeschwemmt war, erhielt 1871 4308 Stimmen, 1881 64 724, 1887 45 803 und 1893 105 617 Stimmen. Die Deutsche Reichspartei, ein konservativ-partikularistisches Parteigebilde, schwoll 1871 bis 1878 von 31 591 auf 104 905 Stimmen an, um 1893 mit 9082 Stimmen in Liquidation zu treten. Diese wenigen Zahlen beweisen, daß das politische Leben Württembergs sich nur langsam und schwerfällig und unter fortgesetzten Schwankungen dem Parteileben der Reichspolitik anschloß. Auch Württemberg hat seine politischen Eigenbrödelereien gehabt.

Die Landtagswahlen 1895 waren nun von allen Parteien ohne Ausnahme unter der einmütigen Parole der Verfassungsreform durchgeführt worden. Die konkrete Forderung dieser Verfassungsreform war die Entfernung der Privilegierten aus der Zweiten Kammer. Sogar die Konservativen hatten sich dieser Forderung angeschlossen, und die Regierung sah in diesem Ausfall der Wahl eine „Antwort der Wählerschaft auf einen Appell an das Volk“, eine „Rundgebung des Volkes“ und nahm die Initiative zur Verfassungsreform selbst in die Hand. Auch die Erste Kammer setzte, wie sich später zeigte, der Verfassungsreform

keinen entschiedenen Widerstand gegenüber; die Meinungen und Hindernisse kamen von einer ganz anderen Seite. Selten ist eine Verfassungsreform unter günstigeren Bedingungen in die Hand genommen worden. Der Bericht-erstatte der Verfassungskommission bezeichnete es als das große Ereignis der ersten Debatte, „daß eine Einigkeit zwischen den Mandataren des allgemeinen Stimmrechts und der königlichen Staatsregierung über den Weg der Verfassungsrevision erzielt worden sei“.

Nach der Antwortadresse des Landtages, der die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zustimmten, gingen zwei Jahre ins Land. Dann erschienen die Regierungsentwürfe, und das Spiel der parlamentarischen Kräfte begann. Es erübrigte sich, an dieser Stelle auf alle einzelnen Stadien der parlamentarischen Arbeit einzugehen; genug, es kam eine Einigung zu Stande, die in der Zweiten Kammer mit 69 gegen 18 Stimmen angenommen wurde und der auch die Erste Kammer in allen wesentlichen Punkten zustimmen zu wollen erklärte; in untergeordneten Fragen hätte sich eine Verständigung finden lassen. Die Verfassungsreform war durch alle parlamentarischen Fähigkeiten durch; da — erschien die große Ueberraschung des Centrums, die das Schiff noch im Hafen scheitern ließ.

Es ist bekannt, wie Herr Gröber in der letzten entscheidenden Stunde die Zustimmung seiner Fraktion zur Verfassungsreform von kirchenpolitischen Konzessionen abhängig machte, denen sich die Mehrheit des Landtags verweigerte, und durch diese Ueberfrachtung das ganze Reformwerk zum Sinken brachte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kloß erklärte damals, er werde im letzten Augenblicke für die Vorlage stimmen, da dem Volke dadurch Rechte erworben werden, obgleich auch Volksrechte geopfert werden müssen.

Das Schicksal der Verfassungsrevision in Württemberg ist wenig ermutigend für die parlamentarische Zukunft der bayerischen Wahlrechtsreform. Dasselbe Centrum, das in Württemberg die Reform der Verfassung vereitelt hat, hat in Bayern den Speisezettel der Wahlrechtsreform aufgesetzt. Von Interesse aber ist die korrekte Haltung der Sozialdemokratie im württembergischen Landtag in allen Phasen der Beratung. Wir versagen es uns, im gegenwärtigen Augenblick alle Parallelen der damaligen Situation mit der jetzigen parlamentarischen Lage in Bayern auszuzeichnen, und begnügen uns, diesen Präcedenzfall eines Versuchs der politischen Machtverschiebung in demokratischem Sinn wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Die württembergische Erfahrung scheint uns für die Beurteilung der Wahlrechtskämpfe in der übrigen Einzelstaaten ganz bestimmte wertvolle Konsequenzen zu haben.

Seuilleton.

67]

[Nachdruck verboten.]

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Wiedig.

Arthur war von diesen Anspielungen sehr unangenehm berührt; er warf einen schreien Blick auf Fridchen, hörte auf zu lachen und brütete stumm vor sich hin.

Elli hatte auf der Lauer gestanden, Primadonnenneid im Herzen; nun schmetterte sie los. Es war kein glücklicher Gedanke, daß sie anfang mit:

„Mina, unsere Mina ging kutsch und Knall und Fall. In Reschtes Gesicht begann es zu arbeiten und zu zucken, er zog sein buntes Taschentuch, schnäuzte sich, und nun fing er plötzlich an, laut zu weinen.“

„Trude, unsere Trude,“ schluchzte er. „Über der Refrain, vom ganzen Chor wiederholt, überbrauste bald sein Schluchzen.“

„Mina, Mina, wo mag das Mädchen sein? Vielleicht ist ein Malheur passiert, Wer weiß, ob sie noch existiert!“

Mutter Reschke sang kräftig mit. „Wat hilft allens,“ sagte sie, während einer Gesangspause, zu Bertha, „eemal will man doch ooch verjünnigt sein. Et is doch allens Mumpst, bis wer in de Brube fahren.“

„Wissen Se,“ flüsterte Bertha zurück, „de Schmettana war auch nich viel weiter her, wie aus 'n Keller. De Trude wird schon fein raus sein.“

„Meenen Se? Na, da hätte se ooch wat schicken können zu de Hochzeit.“

Mine stieß ihren Mann an. „Du, sag Elli, se soll aufhören mit das Lied. Vater weint so.“

Der junge Ehemann sah seine Frau an — gutmütig war sie, das mußte man ihr lassen! „Willste gleich stille sein,“ herrschte er die Schwester an, „hör auf mit dem Quatsch!“

„Na, was soll ich denn singen? Denn singe ich ja nich,“ schmollte die Kleine.

„De wirst doch nich, Ellichen?!“ rief die Mutter erschrocken. „Laß ihr doch, Arthur! Wenn Vater so dämlich is, is det seine Sache. Ellichen, det von „die jute Lante aus Kuppin“ oder noch scheenter, det von „die Liebe!“ Wechte nich?“ Und die Mutter begann mit schettriger Stimme, mit Hand und Fuß den Laß schlagend:

Ich wußt' nich, was die Liebe is — Und fed fuhr die Tochter weiter fort:

Ich kannte mich nicht aus, Den Arthur, einen Jugendfreund —

Grete stand plötzlich neben der Schwester und zerrte sie am Kleide. „Sollste — nich singen! Nich — nich!“ Elli beachtete sie nicht.

Den frug ich deshalb aus, Er führt mich in ein Restaurant —

„Nich, nich!“ Grete preßte Elli die Hand auf den Mund:

Nun kreischte die Kleine erst recht:

Schenkt mir Champagner, ein, Und küßt —

„Ne, ne — sollste nich — nich!“

Nun wurde Elli wütend; sie wechete sich. „Dumme Grete!“

Und küßt mich auf den Mund Und sagt: —

„Daß los! Au, Mama, sie kneift mir! Au, laß los!“

Grete ließ nicht los, trotzdem Elli mit den Füßen stieß und kratzte.

„Bist verrückt, Grete?!“ Eben wollte Mutter Reschke Ellichen zu Hilfe eilen, da blieb sie verduht stehen.

Grete hatte auch ihre Stimme erhoben, mit dem eigenen Gesang versuchte sie, Elli's Gekeuch zu übertönen. Aber von der Strophe:

Es kommt bald die Stunde, Es tönt bald die Kunde, Wo Jesus als Richter erscheint, O reiß' deine Seele

verstand man nur einzelne herausgestoßene Worte. Es gelang ihr nicht, Elli zum Schweigen zu bringen.

Diese sang dagegen, jede Silbe deutlich artikulierend: Vom trinken, küssen ward mir schwül —

— — Jesus — Richter erscheint — Rett — — — deine — Seele!

stammelte Grete. Elli ließ sich nicht beirren, unentwegt sang sie weiter, schelmisch ihr Fingerchen an die Lippen legend:

Ja, ja, im Kausch, da war es, Nein, nein, ich sag es nicht, Im Kausch passiert es vieles, Wovon man nicht gern spricht!

Ein schallendes Händeklatschen, ein lachendes Bravo belohnte sie.

Grete warf einen verzweiferten Blick umher, dann gab sie den ungleichen Kampf auf. Den Kopf tief gesenkt, schlich sie zur Thür. Niemand hielt sie zurück.

Wartuschewski schlug auf den Tisch — nein, das war doch ein köstlicher Spaß gewesen, die lange Dünne mit dem Heilsarmee! Er wand sich vor Lachen.

„Die sollten Se bei de Heilsarmee anbringen, Madam Reschke, ik sage Ihnen, die macht Ferore!“ Und er be-

richteten wird. Zum Vorsitzenden ist Professor Waldeyer gewählt worden. — Der Empfang des Königs von Italien hat der Stadt Berlin 28 000 Mk. Kosten verursacht. — Im Prozeß des Herausgebers der Allgemeinen Musikzeitung, Otto Lehmann, gegen den Vorsitzenden des Vereins zur Förderung der Kunst, Heinrich Wolfradt, fand gestern vor dem hiesigen Landgericht Verurteilung statt. Die Verhandlungen endeten mit der Verurteilung des Angeklagten zu 100 Mk. Geldstrafe.

Der preussische Gendarmendienst für die russischen Justizbehörden hat seinem Opfer sieben Jahre Zwangsarbeit eingetragenen. Eine Korrespondenz meldet:

Den Studenten Kalajew, welcher vor kurzer Zeit von den russischen Behörden beim Ueberfahren der österreichisch-preussischen Grenze festgehalten und weil er im Besitz von angeblich „anarchistischen“ Schriften gefangen wurde, den russischen Grenzbehörden übergeben worden ist, hat das Bezirksgericht in Petrikau zu Neben Jahren Zwangsaufenthalt in Nordibirien verurteilt. Von Verurteilungsgründen verlautet nichts.

Es trifft sich hübsch, daß gerade jetzt, da dieser Justizmord bekannt wird, der Berliner Polizeipräsident die Ausweisungsbefehle gegen Kalajew nebst dessen Signalement veröffentlicht. Die preussische Polizei scheint für den Fall, daß das Opfer seinen Gendarmen entkommen und sich wieder auf den gastlichen Boden Preussens wagen sollte, bereits wieder die Netze stellen und ein zweites Auslieferungungsverfahren vorbereiten zu wollen.

Zur Fleischnot wird gemeldet, daß namentlich auch die Bentheimer Fleischbörse, der Magistrat und das Bürgerparlament zu Hannover, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Nordhausen und mehrere Berliner und auswärtige Hausbesitzervereine beschloffen haben, an den Landwirtschaftsminister eine Petition wegen Freigabe der Grenze zu richten.

Nach der statistischen Korrespondenz haben in Preußen im Monat August im Vergleich mit dem Juli die Preise der verschiedenen Fleischsorten vielfach Erhöhungen gezeigt, welche beim Schweinefleisch in Straßburg 80, in Bromberg 20, in Posen 16, in Pösklin 15, in Königsberg i. Pr., Danzig und Trier je 10, in Berlin 9, in Gleiwitz und Hanau je 4, in Frankfurt a. O. und Halle a. S. je 1 Pfennig für das Kilo betragen.

Im Durchschnitt sind im August im Vergleich zum August v. J. die Preise für Rindfleisch von der Keule von 138 auf 141, vom Bauch von 119 auf 121, für Schweinefleisch von 143 auf 152, für Kalbfleisch von 133 auf 139, für Hammelfleisch von 131 auf 137, für geräucherter Speck von 164 auf 176 Pfennige für das Kilo gestiegen.

Ein Militärpalast. Eine Berliner Korrespondenz schreibt: Zu der Not, die in weiten Kreisen des Volkes herrscht, steht im schneidendem Kontrast die Opulenz, mit der Kasernen, Kaffees und militärische Dienstgebäude hierzulande gebaut werden. In der Nähe des Berliner Zoologischen Gartens erhebt sich in einem sorgfältig gepflegten Park ein schloßähnliches Gebäude mit hochragenden Giebeln, mit Türmen und Erkern, Loggien, offenen und bedeckten Hallen, mit Sälen von ca. 160 Quadratmetern Raum, ausgestattet mit allem Komfort der Neuzeit, Centralheizung, elektrischer Beleuchtung in allen Zimmern, Sälen und Nebenräumen. Hat ein amerikanischer Milliardär dieses Schloß für sich gebaut, um dort im Winter die Berliner Saison mitzumachen? Oder hat ein einheimischer Bank- und Industriemagnat sich hier als Wägen einen Wohnsitz geschaffen, um alle diese Wohnräume, die das viertel Hundert an Zahl übersteigen, mit Kunstwerken zu füllen, mit Brunnen, mit Parkanlagen zu beleben? Oder hat ein deutscher Fürst sich hier eine Residenz geschaffen, um bei seinen Besuchen in Berlin eine Wohnung, würdig seiner Ahnen, beziehen zu können? Ach nein! Nichts von alledem! Dieses Gebäude stellt lediglich die Dienstwohnung des Kommandierenden Generals des III. Armeekorps dar. Kostenpunkt 330 000 Mark. Jahresmiete also, unter Hinzurechnung der Unterhaltungskosten, mindestens 15 000 Mark. Solche Dienstwohnungen bewilligt und baut die reaktionäre, militärfreudige Mehrheit des deutschen Reichstages, die zugleich dem armen Manne Brot und Fleisch verteuert! In der That, wenn ein junkerlicher Reichstagsabgeordneter diese Wohnung bei einem Ball oder bei einer anderen Gelegenheit betritt und in dem 88 Quadratmeter umfassenden Speisesaal soupirt, so kann er wohl sagen: „Alle Welt klagt über die schlechten Zeiten, über Wohnungsnot, über Fleischnot — ich merke nichts davon! Demagogisches Gerede!“

Schweden.

Die Reichstagswahlen.

Stockholm, 15. September. Von den in diesem Monat vorzunehmenden Wahlen zur Zweiten Kammer des schwedischen Reichstages sind bis gestern 153 von sämtlichen 230 Wahlen beendet worden. Die Linkenpartei, welche bisher 90 Sitze inne hatte, gewann bis jetzt 15 Sitze. Die Rechtenpartei (sog. Landmannspartei), welche bisher 116 Sitze hatte, verlor bis jetzt 16.

Für das Gelingen der schwedischen Wahlreform bietet dieses Resultat günstige Chancen.

Rußland.

Mätchen als Erzieher.

Petersburg, 15. September. Dem Regierungsbotsen zufolge wurden gestern in Kurland auf Befehl des Kaisers einige Wotostälteste und Dorfälteste aus den Gouvernements Kurland, Pommern, Tschernigow, Orel und Woronesch im Hause des Gouverneurs versammelt. Der Kaiser richtete an sie folgende Ansprache: Im Frühling haben in einigen Gegenden der Gouvernements Pommern und Charlow Bauern die benachbarten Wirtschaften ausgeplündert. Die Schuldigen werden die verdiente Strafe erhalten; die Obrigkeit wird, dessen ich ich sicher, in Zukunft derartige Unruhen nicht zulassen. Ich erinnere auch an die Worte meines seligen Vaters, die er in den Tagen der Prönuung an die Wotostältesten richtete: „Hört auf eure Adelsmarschälle und glaubt keinen lächerlichen Gerüchten.“ Denkt daran, so fuhr der Kaiser fort, daß man nicht durch Besitzergreifung von fremdem Gut reich wird, sondern durch ehrliche Arbeit, Sparsamkeit und ein Leben nach den Geboten Gottes. Zeit alles, was ich Euch gesagt habe, den andern Leuten in Euren Dörfern mit sowie auch das, daß ich ihre wirklichen Bedürfnisse nicht ohne meine Fürsorge lassen werde.

Die verhungerten und verzweifelten russischen Bauern werden sich diese billigen Weisheiten des wohlunterrichteten Bauern hinter die Ohren schreiben. Dann wird es besser werden!

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Unter Kartellbrüdern. Bekanntlich hatte das Vaterland, das „Organ des konservativen Landesvereins“ und sämtlicher konservativen Vereine im Königreich Sachsen“, in einem Artikel über die jetzige Festschweife der Infanterie bemerkt, daß es zweckmäßig sei, wenn letztere beim Ausmarsch in den Krieg die Fahne zu Hause lasse. Der Ordnungspresse bemächtigte sich ob dieses Vorschlags starrs Entsetzen. Das nationalliberale Tagesblatt beschuldigte das Vaterland geradezu, sozialdemokratische Ansichten zu vertreten. Das Vaterland ist nicht faul und wirft den Nationalliberalen hochverräterische Gesinnung vor. Es schreibt erobert:

Die Konservativen sind sozialdemokratischer d. h. revolutionärer und hochverräterischer Gesinnung nicht fähig, sie waren stets noch die festesten Stützen der Dynastien, während die Liberalen von sich das nicht behaupten können. Vielleicht erinnert sich das nationalliberale Parteiblatt der hochverräterischen Verschlüsse, die in der nationalliberalen Landesversammlung am 20. August 1898 gefaßt worden sind; wenn nicht, so sind wir gern bereit, sein Gedächtnis zu schärfen.

Das Vaterland, das eben erst seinen berüchtigten Thronkronartikel verbrochen hat, spielt hier gegen das Tagesblatt den höchsten Trunnpf aus. Das Tagesblatt hatte das Vaterland sozialdemokratischer Gesinnung beschuldigt, das Vaterland bezichtigt die Nationalliberalen des Hochverrats! Wir wollen die Kartellbrüder in ihrem Bestreben, sich gegenseitig die loyale Gesinnung abzuspülen, nicht stören. Aber uns Sozialdemokraten muß ein solches Gezänk der Ordnungsbücher natürlich außerordentlich belustigen.

Fleischwucher und Grenzsperr. Einen Kassischen Verweis dafür, daß die Grenzsperr den Fleischwucher fördert, liefert folgende Mitteilung der Sächsischen Arbeiterzeitung aus Klingenthal: „In unserem Orte, der direkt an der Grenze liegt und an den böhmischen Marktstellen Markhausen angrenzt, kostet augenblicklich das Pfund Rindfleisch 75 Pfg., Schweinefleisch 90 Pfg., Kalbfleisch 75 Pfg. und geräucherter Speck sogar 111 Pfg. Wenige Schritte nur und man ist in Markhausen, wo man für das bessere Fleisch folgende Preise zahlt: Für das Pfund Rindfleisch 58 Pfg. (also 17 Pfg. weniger!), Schweinefleisch 60 Pfg. (30 Pfg. weniger!), Kalbfleisch 64 Pfg. (11 Pfg. weniger) und Speck 70 Pfg. (also 30 Pfg. weniger!)“

Die Schädlichkeit der Grenzsperrpolitik wird noch drastischer bewiesen durch folgendes: Bis vor kurzem war es noch gestattet, beliebig oft zwei Kilogramm im „kleinen Grenzverkehr“ zollfrei über die Grenze nach Klingenthal hereinzubringen. Jetzt auf einmal hat diese Vergünstigung eine erhebliche Einschränkung erfahren. Von jeder Familie darf nur noch eines täglich Fleisch aus Böhmen holen. Außerdem hat jeder den Nachweis zu führen (!), daß er das Fleisch für seinen eigenen Bedarf holt und schließlich ist das Mitbringen für andere aus der Verwandtschaft untersagt worden!! Auf diese Weise werden die Bewohner des oberen Vogtlandes behördlicherseits gezwungen, auf das bessere und billigere böhmische Fleisch zu verzichten und das teure inländische Fleisch zu kaufen. Die Folge davon ist, daß die armen Musikinstrumentenarbeiter nahezu völlig ohne Fleisch auskommen müssen. Und das alles nur einigen Agrariern zuliebe!

k. Gegen die Prügelei in der Schule. Der Bezirks-Schulinspektor eines großen sächsischen Inspektionsbezirktes, Schulrat Dr. P., hat kürzlich an sämtliche Lehrer seines Bezirkes ein Rundschreiben gerichtet, in dem er diese vor Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes verwarnet. Es seien in dieser Hinsicht Beschwerden eingegangen, und es hätten auch eine Anzahl Bestrafungen insbesondere jüngerer Lehrer stattgefunden, so daß er Veranlassung nehme, auf die einschlagenden Bestimmungen des Schulgesetzes zu verweisen. Die körperlichen Züchtigungen der Schulkinder seien nach Möglichkeit einzuschränken, insbesondere sei bei den Mädchen nur in außergewöhnlichen Fällen darauf zuzukommen. An den Kopf dürften die Kinder überhaupt nicht geschlagen werden, im übrigen müsse auf die Individualität der Kinder Rücksicht genommen werden. Die Knaben sollten nur auf das Gesicht, die Mädchen nur auf die flache Hand geschlagen werden, die Zahl der Hiebe dürfe drei bis vier nicht übersteigen.

Es muß weit gekommen sein, wenn sich ein Schulinspektor zu einer solchen Einschränkung, nicht etwa Befreiung der Prügelei in der Schule veranlaßt sieht.

Dresden, 14. September. Die Fleischpreise werden doch erhöht! Nach einer auch von uns gebrachten Meldung sollte in der letzten Versammlung der Dresdener Fleischbörse der Antrag auf Erhöhung der Fleischpreise zurückgezogen worden sein, nachdem sich der Antragsteller überzeugt hatte, daß der große Teil der Mitglieder einem Preisauflage mit bindender Kraft nicht zustimmen werde. In dieser Sache sendet nun der Fleischbörsemeister Paul Richter den Dresdener Neuesten Nachrichten eine Berichtigung, in der erklärt wird, daß der Antragsteller seinen Antrag deshalb zurückzog, weil derselbe sich durch die Bekanntmachung der Innung am 31. August vollständig erledigt hat und nur irrtümlich auf der Tagesordnung stand. Weiter wird dem Blatte noch geschrieben: Der zurückgezogene Antrag ging dahin, sämtliche Fleischer zu verpflichten, die Preise zu erhöhen, dazu ist die Innung gar nicht berechtigt, und lediglich aus diesem Grunde war der Antrag undurchführbar. Jeder Fleischer erhöht jetzt auf eigene Faust, und zwar in Rücksicht auf die Kundenschaft seines Geschäftes, oder liefert, bezw. muß für den alten Preis geringere Ware liefern, es ist ein Unterschied, ob das Geschäft in der Oppell-Vorstadt oder im Englischen Viertel betrieben wird. Erhöht aber werden die Preise und die städtische Bevölkerung muß weitere Opfer zu Gunsten der ländlichen bringen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Viehhändler Himmann in Rochau bei Oberhausen hat empfindlichen Schaden erlitten. Eine Wahnsendung russischer Gänse, ca. 1100 Stück, wurden bei der tierärztlichen Untersuchung als an der Geflügelcholera erkrankt befunden und mußten deshalb getötet werden. Eine zweite, auf Bahnhofs Podau-Vengelsch stehende Gänseladung ist ebenfalls festschickungsbedürftig. In Wilkau verlor ein Gänsehändler durch die Geflügelcholera ebenfalls gegen 200 Gänse. — Ein eigenartiger Unglücksfall trat sich am Dienstagabend bei Döbeln auf der Straße zwischen Masten und Stockhausen zu. Ein vom Felde heimkehrender Mann trat über die Schulter gelegt eine Sense ohne Um-

hüllung, in welche ein per Zweirad auf der Straße fahrender Radfahrer geriet. Das Licht an seinem Rabe war verloscht, und konnte er infolge der Dunkelheit den auf der abschüssigen Straße vor ihm gehenden Mann nicht bemerken. Nur seine Geistesgegenwart konnte den Radfahrer vor schwerer Verunglückung bewahren; leicht konnte ihm die Sense den Hals durchschneiden, es gelang ihm jedoch, dieselbe noch zur rechten Zeit zur Seite zu schieben. Immerhin schmitt die Sense tief in den linken Oberschenkel des Radfahrers und verletzte ihn auch an beiden Händen schwer. Man brachte den Verunglückten nach dem Döbelner Militärlazarett. Jedenfalls wird diese Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben. — Einem dummen Scherz ist in Geyer ein Menschenleben zum Opfer gefallen. In einer dortigen Fabrik wollte sich ein 18-jähriges Mädchen auf einen Stuhl niederlassen, als eine andere Arbeiterin ihn hinterwärts rasch wegsog, so daß das junge Mädchen zu Boden stürzte. Es erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß es nach kurzem Krankenlager verstarb.

Schwendig, 14. September. Eine imposante Versammlung tagte am 12. d. M. in Müllers Lokal, welche Protest zu erheben hatte gegen die wirtschaftlichen Vergeßlichkeiten der breiten Volksmassen zu Gunsten einer winzigen Zahl von agrarischen Interessenten. Genosse Schöpfliu-Leipzig referierte über die jetzige Fleischnot und ihre Wirkung auf das Volk. Der 1 1/2stündige Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall belohnt, und die betreffende Berliner Resolution, die sich mit der Leipziger deckt, einstimmig angenommen. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich auch ein Fleischermeister beteiligte, wurde das vom Referenten Vorgebrachte als richtig anerkannt, so daß beschloffen, die Resolution der hiesigen Behörde zu übermitteln. Die Aufforderung zum Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein und Konsumverein Vorwärts hatte den Erfolg, daß eine Anzahl Mitglieder gewonnen wurden.

Halle a. S., 14. September. Unser hiesiges Parteiorgan ist seither in der Weise mit verbreitet worden, daß ein expresser Boten jeden Tag von Halle bis Reitz fuhr und auf den Stationen unterwegs den dort wartenden Zeitungs-trägern die Pakete ausgehändigt hat. Das ist nun von der Reichspost untersagt worden, weil nur ihr das Recht zustehe, Zeitungen auf diese Weise zu befördern. Es ist dies aber entschieden zu bestreiten, und die Reichspost handelt auch nicht überall so. Nach der Altenburger Volkszeitung wird die in Chemnitz erscheinende Allgem. Zeitung z. B. in der Weise expediert, daß ein Boten jeden Tag von Chemnitz bis nach Gera fährt und auf jeder Station seine Pakete abgibt. Da man natürlich nicht annehmen kann, daß nur mit patriotischen Text bedrucktes Papier auf diese Art befördert werden darf, erscheint diese ungleiche Behandlung recht auffallend, und es steht zu hoffen, daß diese Maßnahme gegen das Halle'sche Volksblatt bald wieder aufgehoben wird.

Halle a. S., 15. September. Die heutige Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit, die immer größere Dimensionen annimmt, dem Kollegium baldigst eine Vorlage zu machen, durch welche Arbeitsgelegenheit in größerem Maßstabe gegeben wird. In derselben Sitzung wurde auch beschloffen, eine Privatschule in eine städtische Gewerbe- und Handwerkschule für Mädchen umzuwandeln. Es werden Kurse für Zeichnen, einfache Handarbeiten, Kunsthandarbeiten, Maschinennähen, Waschen, Plätten, Schneidern zc. eingerichtet. Das Schulgeld soll möglichst niedrig bemessen werden und der Minister für Handel und Gewerbe hat staatliche Unterstützung bis zur Hälfte der erforderlichen Zuschüsse zugesagt.

Wittenberg, 16. September. Auf der Gemarkung zwischen Elsterverda und Königsbrück wurden sechs Anstflügler durch einen Blitzstrahl getroffen; zwei blieben tot, drei wurden verletzt.

Aus Thüringen, 14. September. Die Bestrafung jugendlicher Personen hat seit langem nach der amtlichen Statistik in Thüringen einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz erreicht; kein Wunder, wenn man die folgenden aus der reichen Fülle ähnlicher Urteile jetzt nur herausgreifen sollte wieder hebt. In Mühlhausen wurde dieser Tage ein dreizehn-jähriger (!) Schulknabe zu einer Gefängnisstrafe von vier Tagen verurteilt, weil er eine — Wadchase, die einem anderen Wadegaste gehörte, gestohlen haben sollte. In Erfurt wurden in denselben letzten Tagen zwei zwölfjährige (!) Schulknaben zu je einem Monat (!) Gefängnis verurteilt, weil sie von einem Boden allerlei alten zurückgelegten Kramel genommen hatten, wie Knöpfe, Band, Postamenten, eine alte Puppe und dergleichen! Nach solchen Urteilen dürfte der Staat wie auch vor allem diese — Kinder endgültig gerettet sein. . .

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Der Arbeitsnachweis der Kühnemänner in der Gartenstraße zu Berlin ist geschlossen. Das ist eine Maßnahme, die zwar unheimlich aussieht, aber doch von großer Tragweite ist. Wir halten es nicht für angebracht, heute schon alle die Möglichkeiten zu erörtern, die durch die Schließung des Nachweises ins Auge gefaßt werden müssen. Im Jahre 1897 sind die Eisenformer durch diese Maßregel in den Generalausstand getrieben. Auch damals war es Vorsig, der den Anlaß zu dem Vorgehen der Kühnemänner gab. Nun, wenn die Herren glauben, uns auch diesmal durch ihren Schachzug in eine Zwangslage zu treiben, so treten sie sich gewaltig. Auf solch plumpe Manöver fallen wir nicht wieder hinein. Die Herren müssen sich schon bequemen, selbst weitere Schritte zu thun. Wir nehmen eine abwartende Stellung ein.

Die Kühnemänner haben den Nachweis in der Gartenstraße gesperrt. Wir haben Berlin für alle auswärtigen Metallarbeiter gesperrt. Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin ist streng zu vermeiden. Arbeiterfreundliche Blätter ersuchen wir um Nachdruck.

Ueber das Zusammengehen mit den christlichen Gewerkschaften hat das Reichelberg-Gewerkschaftsblatt einen sehr beachtenswerten Beschluß gefaßt: Das Gewerkschaftsblatt empfiehlt den angeschlossenen Organisationen, mit anderen, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen keine gemeinschaftlichen Versammlungen und Aktionen zu veranstalten, da solche fast stets unsere klaren Ziele verschleiern und in den Reihen der eigenen Mitglieder Konfusion und Streit zu zeitigen geeignet sind. Stellt sich in einem außergewöhnlichen Fall nach Ansicht der Organisation die Notwendigkeit zu einem solchen Zusammengehen heraus, so ist dieses dem Kartell noch vorhanden, zu unterbreiten. Dieses beschließt mit Zustimmung der Organisationsvorstände, ob ein derartiges Battieren im Interesse der Organisation sowohl als auch im allgemeinen Vorteil liegt. Die betreffende Organisation hat dem Beschluß nachzukommen.

Anlaß zu diesem Beschluß gaben die üblichen Erfahrungen, die der Holzarbeiterverband und erst kürzlich der Metallarbeiterverband mit den gemeinsam mit den Christlichen veranstalteten Versammlungen gemacht haben.

Dazu zwei Beisagen.

Drechsler.

Mittwoch den 17. September 1902 abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

in der Flora, Windmühlenstr.

L.O.: 1. Der Kundstand bei Rud. Strubel, Gohlis. 2. Gewerkschaftliches Kollegium, zeigt durch zahlreichen Besuch dieser Versammlung, daß ihr mit den Mitgliedern in unserem Bezirke nicht einverstanden sei.

Zur Arbeiter-Theater-Vorstellung

Der Erbförster

Text-Bücher

Preis 20 Pfennige

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Alle Ausdräger der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Restaurations-Eröffnung.

Dienstag den 16. September d. J. eröffne ich in

L.-Lindenau, Gundorfer Str. 52

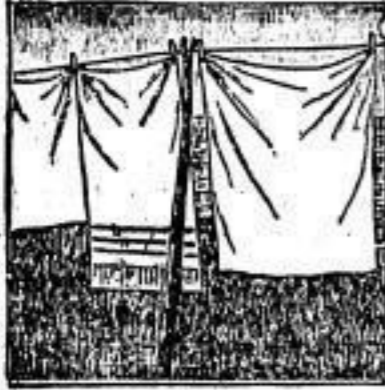
ein Restaurant. Dasselbe bietet einen angenehmen Aufenthalt und wird mein Bestreben stets darauf gerichtet sein, das mich besuchende Publikum mit Speisen und Getränken auf das Beste zu bewirten.

Um gütigen Zuspruch bittend, empfehle ich mich Hochachtungsvoll Carl Geissler.

Seelig's preisgekürnte Kaffee-Essenz

Emil Seelig A.-G. Heilbronn. vvvv

ist die feinste. 50% Ersparnis.



Gestützt

durch das gesunde Urteil des Publikums nimmt Sunlight Seife den ersten Rang als Wasch- u. Haushaltungseife ein. Wenn dieselbe nach unserer Gebrauchsanweisung angewandt wird, fällt die Qual des Waschtages weg. Versuchen Sie es bei Ihrer nächsten Wasche und überzeugen Sie sich selbst hiervon, denn

Sunlight Seife

erleichtert die Arbeit.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehbof zu Leipzig am 15. September 1902.

a) Auftrieb:

441 Rinder und zwar 140 Ochsen, 28 Kalben, 169 Kühe, 100 Bullen; 251 Ferkel; 663 Stück Schafvieh; 1283 Schweine und zwar 1283 deutsche, — aus 2638 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Markt.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgewärmelte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	74
	2. junge fleischige, nicht ausgewärmelte — ältere ausgewärmelte	—	71
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	66
	4. gering genährte jeden Alters	—	60
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgewärmelt, Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	71
	2. vollfleischig, ausgewärmelte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	68
	3. ältere ausgewärmelte Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	58
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	50
Bullen:	1. vollfleischig höchsten Schlachtwertes	—	66
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	63
	3. gering genährte	—	60
	4. ältere gering genährte (Freier)	—	40
Ferkel:	1. feinste Maß- (Vollmaß-) und beste Saugfäßer	50	—
	2. mittlere Maß- und gute Saugfäßer	47	—
	3. geringe Saugfäßer	45	—
	4. ältere gering genährte (Freier)	40	—
Schafe:	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	36	—
	2. ältere Mastlamm	34	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	31	—
Schweine:	1. vollfleischig der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	67
	2. fleischig	—	64
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	59
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:

426 Rinder u. zwar 137 Ochsen, 23 Kalben, 166 Kühe, 100 Bullen; 251 Ferkel; 609 Schafe; 1209 Schweine

d) Geschäftsgang:

mittelmäßig gut

Waldmeister-Cigarette

Die echte und beliebteste

ber Cigarettenfabrik Tuma, Dresden. Ist überall zu haben, und wende man sich wegen Errichtung weiterer Depots an die Geschäftsstelle: Leipzig, Grimmische Str. 31.

Marienbad

L.-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse 66 Telephon: Nr. 346.

Die Kuffart ist für alle Wäder von früh 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet.

Konkurs-Möbel-Verkauf

der Thilo Dobischschen Konkursmasse. Von jetzt ab kommen nebst anderen Möbeln, kompl. Ausstattungen im bisherigen Geschäftsflokal Schnefeld, Leipziger Str. 89, zu festgesetzten Auktionspreisen zum Verkauf. Transport frei. Verkaufte Möbel können kostenlos sehen bleiben.

Eugen Unger

Dresdener Strasse 15. Verkauf u. Rep. gewissensh. u. billigt.

Bettstelle mit Matratze
Schränke
Vertikos
Kommoden
Küchenschränke
Sofas
Divans
Chaiselongue
Spiegel
Kinderwagen
Uhren
Regulateure
5806] mit

5 Mark
Auszahlung nur bei

S. Osswald
Königsplatz 7, I.
vis-à-vis der Markthalle.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgraben 9, I. am Markt u. Rathaus. Empfiehlt in weicher Auswahl allerfeinste Frühjahrs- u. Paletots, komplette Anzüge, alle Jaquas u. Weiten. Eleg. Grad u. Gesellschaftsanzüge, auch selbstwe.

Kaufen Sie Ihre [6746] Schuhwaren
nur bei

Max Tack
Reichsstrasse 33/35 neben dem Relohmagazin.

M. Kemski
6 Nürnberger Straße 6

Neue Uhren
in größter Auswahl, genau reguliert.
Abonnenten erhalten noch 10% Rabatt.

1 neue Uhr-Feder, 1. Güte 75 Pfg.
1 neue Uhr-Rapsel . . . 10 Pfg.
1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Zeiger . . . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 5 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Stets vorrätig: Illustrierter

Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1903. Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Preis 40 Pfg. Bei Einzelbezug bitten wir um Einbindung des Heftes nebst 10 Pfennig für Porto in deutschen Reichsmark.

Inhalt: Kalenderium. — Vortreffen. — Staatliche Schmelz. — Rüstung. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Wagnar's Traum. Von Carl Holsten (mit Illustrationen). — Morgenrot. Gedicht von Ludwig Keller. — Welche Aufgaben stellt die Eingangsfeierlichkeit der Väterlichen Gesellschaft? Von Kurt Freydenberg. — Was ist die Bedeutung der Väterlichen Gesellschaft? Von I. A. (mit Portrait). — Vom Ostbaum und seinen Früchten. Von G. Grottel. — Ein Glücksspiel. Erzählung von Robert Schmidt (mit Illustrationen). — Karl Wärl. Von Hermann Grottel (mit Portrait). — Die Bagdabahn und die atlantische Türkei. Von Max Schipfel (mit Illustrationen). — Der Sonn' entgegen. Gedicht von Ludwig Keller. — In St. Gallen. Von I. A. — Wie man vor 150 Jahren den Bergbau betrieb. Von Dr. Adolf Braun. — „Ach — was verheißt Du demnach!“ Skizze von Julius Steinbach. — Wie weit man die Erde? Von Dr. Bruno Berghart (mit Illustrationen). — Russische Revolutionen. Von A. Demmer. — Prüfung von Schiffsmobilen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Spitter. — Auf der Reformmaschine. Gedicht von E. Bergang. — Fliegende Wälder. — Ueberflutet. Von K. K. — Für unsere Rüstung. — Trübsal und Glückseligkeit.

Lesen vier Kupfer: Deputation der Rahlengraber. — Von der Arbeit. — Post-Verkehr. — Ein Bierabend auf Rundbrunnen. — Nöckel. — Ein Wandteller.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Ausdräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an.

M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6
dicht am Johannisplatz. 6

Schlagwerk-Regulator
wie nebenstehend
Puffbaugehäuse
mit Schlagwerk halb
und voll schlagend
unter reeller schriftlicher 5jähriger
Garantie für
richtiges Gehen und
Schlagen von

Mk. 8
3446] an.

Trotz der billigen Preise
allen Lesern der Volkszeitung noch
10 Prozent Rabatt.

Die Austräger
d. Leipz. Volkszeitung
besorgen
die Witzblätter

Der Wahre Jakob
10 Pfennige

Südd. Postillon
10 Pfennige

Neue Glühlichter
10 Pfennige

Simplicissimus
15 Pfennige.

Stempel Arth. Gasch
Burgstr. 25
2. d. Thür. 101

Kartoffel-Ausgabe.
Weiße Kartoffeln werden täglich ausgegeben an der Mersburger Straße über der zweiten Bahn. Rute 80 Pfg. 8304] Rittergut Gundorf.

Kartoffeln, mehr. u. wohlschm., 7 Bld 18 1/2 Weisse, Verl. St. 6, Jede Blätterstr.

Bade-Artikel
Kinder-Nährmittel, stets frische Packung [6715]
Medizinalweine
Verbandsstoffe
Spülkannen, Spritzen
empfiehlt billigt
Gustav Hoffmann
Drogen-Handlung
L.-Anger, Buelanddorfer Straße 6.

Empfehle meine
Damenbinden
Gummifäden für Massage, Waden- und Krankenpflege. [3110]
Gühtieraugenbrot. Goldstücken für zahrende Kinder. Preisliste 30 Pfg. Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

Empfehle sämtliche
Gummiwaren
zur Waden- und Krankenpflege.
Karl Klose, Leipzig 40, Brühl 5.
Haupt-Preisliste verfr. gr. 20 Pfg. - Karte.
Damen finden separate Frauenbedienng.

Frauenleiden Frau Gossmann,
Leipzig-Lindenau, Josephstr. 31.

Käufe und Verkäufe.

1 prachtv. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28, 80 fof. zu verkaufen Wölfl 46/48, Vorwerk.

Spiegel, Spiegel.

Herrlich schöne gr. Trumeau-Spiegel u. 30 A an, große Pfeilerpiegel u. 6 A sind spotbillig z. verk. **Ritterberger Str. 16, I.**

Möbel, Betten, Spiegel, Schränke bill.
zu verk. **Plagwitz, Mühlentstr. 31.**
Sofa 10 Mt., Bettstelle mit Matratze 10 Mt. Lindenau, Angerstr. 27, I. I.

Großer gebrauchter Tisch für 2,50 Mt. zu verkaufen. **Reitzenhainer Str. 112, IV.**

Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedermatratzen (beste Arbeit) 25 Mt. [519] **Dresdener Straße 23, Seiteng. I.** G. Böhm, Tapezierer, vis-à-vis Pantheon.

1 neue Matr. u. best. Sofa, gebraucht, bill. zu verkaufen. **Ludwigstr. 57, III. r.**
Kinderbettstelle mit Federmatratze billig zu verkaufen. **Hauptmannstr. 7, III. r.**

Ein feiner heller Sommerpalast, mahl. Fla., bill. zu verk. **Gerberstr. 18, II. I.**
Herrn-Garderobe a. Tell., wöchentl. 1 A, Burckhardstr. u. 12 A an. Kapellenstr. 8, p.

Reisemuster etc.

in Schürzen, Untersachen und Sweaters gleich billig ab [8293]
Fabrik Weststr. 67, pt.

3 fast neue Gesichtslampen sehr bill. zu verk. **Plagwitz, Ellabergstr. 48, Laden.**

Leere Cigarrenstücken, Stück 3-5 Pfg. u. Bänder zu verk. **Neustadt, Alleestr. 2, pt.**

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 Mt. an. Reparatur u. Ersatzteile billig. **Alteisenverk. d. Original-Victoria.** Lehrkurse in der modernen Kunstschneider. **H. Schube, Petersstraße 34, im Hof.**

Fahrradklarer

vvv Eisenstrasse 12 repariert
Nähmaschinen
aller Systeme. [7468]

H. Rover, Innenrüstung, Modenl., vert. nen u. Garantie, st. bill. Seb. Bach-Str. 32.
Guterhaltenes Rad billig zu verkaufen. **Wäldern, Alleestr. 10, pt. r.**

Frische Fahrrad-Laufdecken

A 5.50, Schlüchke A 3, Sommerlatte, **Wäldern, Alleestr. 10, pt. r.**

Acetylen-Laternen.

Ein großer Posten tabellos brennender Laternen zu enorm herabges. Preisen z. verk. **Curt Eulo, Roudnitz, Dresdener Str. 58.**
Gand u. Reiterwagen u. Plagwitz, Allee-Str. 31b, B. Wesse Augustusplatz, 7, Reih.
Gand u. Geschäftsstr. u. v. Neuschönefeld, 17, Reih zur Messe auch Plagwitz, an d. Köhlerstr.

Ein eleganter grüner Sportwagen bill. zu verkaufen. **Lorenzstr. 11, IV.**
Guterhalt. Rohrswagen mit Bedeck. zu verkaufen. **Ruger, Bernhardtstr. 21, II. I.**
Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. **Wolkmarzdorf, Kirchstr. 24, I.**
Kinderwagen zu verkaufen; **Schiffstraße zu verm. Knautzhainer Str. 81, I. r.**
Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. **Anger, Gartenstr. 25, III. r.**
Synagogen, Parkassen, Tulpenweiden bill. zu verk. **Wind-, Demmeringstr. 10, I. r.**
2 gr. Draht-Vogelbauer zu verk. **zul. 1.50 Mt. Lindenau, Hermannstr. 9, I. I.**
Junger kräft. Jugendling billig zu verkaufen. **Lindenau, Hartortstr. 80, Bldg.**
Junge Hüner billig zu verkaufen. **Plagwitz, Allee Str. 17, I.**

Alten Gummi

oder Art. Kauft stets große u. kleine Rollen
Hermann Wrück, Leipzig
Sternwartenstraße 44. [6616]

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

B. München, 15. September.

Erster Verhandlungstag. (Vormittags-Sitzung.)

1 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Genossen! Wir haben, wie stets auf unseren Parteitagen, auch diesmal die Freude, eine Anzahl Delegierter der auswärtigen Bruderparteien unter uns zu sehen. Es sind der Vertreter der österreichischen Parteileitung, Genosse Sellner, für die parlamentarische Fraktion Oesterreichs Dr. Adler, Bernerstorfer und Seib, ferner die Genossinnen Poppy, Pohl und Schlesinger als Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen. Weiter sind aus Oesterreich anwesend die Genossen Abram, Felger und Singer-Haas und für die tschechische Partei Genosse Ramec. Wir sehen außerdem aus dem Norden des Reichs Genossen aus London für die Sozialdemokratische Föderation, Vanberolde aus Brüssel und Giovanni Verda aus Genoa als Vertreter der italienischen Partei. Für den Landesverband der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der Schweiz erschien Genosse Müller aus Zürich. Ich heiße diese Genossen und Genossinnen namens der Partei herzlich und brüderlich willkommen. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist sich stets bemüht gewesen, welche Pflichten sie gegen die internationale Partei habe. Wir rechnen es uns zur Ehre an, auf unseren Parteitagen eine so reiche Vertretung der ausländischen Bruderparteien zu sehen. Wir werden in Deutschland nie vergessen das Gefühl der Solidarität und das Band der Internationalität, das das Proletariat aller Länder umschlingt, nach Kräften zu stärken. Wissen wir doch, daß, gleichviel wo Erfolge errungen werden, es die Erfolge der gesamten internationalen Partei sind, und daß auch bei Mißerfolgen die gesamte internationale Sozialdemokratie mit denen kämpft, die diese Mißerfolge erleiden. Aber auch durch Mißerfolge lassen wir uns nicht entmutigen, sie erheben uns im Gegenteil zu neuer Kraftanstrengung, bis uns endlich der Sieg beschieden sein wird. Ich heiße nochmals die auswärtigen Genossen herzlich willkommen. (Lebhafte Beifall.)

Seller: Genossen und Genossinnen! Zunächst herzlich Dank für die freundlichen Worte Singers. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs bringt Ihnen brüderliche Grüße und wünscht Ihren Verhandlungen besten Erfolg. Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie eng die Bande sind, die uns verknüpfen. Wie immer, wenn die deutsche Sozialdemokratie etwas unternimmt, so sind auch diesmal unsere Augen auf Euch gerichtet. Dieser Parteitag erregt in ganz hervorragendem Maße das Interesse der österreichischen Genossen. Sie stehen im Kampfe gegen den Brotmangel und werden Gelegenheit nehmen, hier die Waffen zu schwingen, um die zu Boden zu schlagen, die die Interessen des arbeitenden Volkes verletzen. Das hat auch für uns große Bedeutung, denn der deutsche Zolltarif hat sein Echo bei uns gefunden. Es ist jenen Sozialdemokraten und Ungarn ein Zolltarif gegen das Ausland vereinbart, dessen Höhe dem deutschen Entwurfs gleichkommt. In Deutschland wird die Entscheidung fallen über den österreichischen Zolltarif. Das österreichische Proletariat hat nicht die Waffen, die Sie im allgemeinen Wahlrecht besitzen, es kann nicht so wie Sie den Brotmangel bekämpfen. Wenn Sie in den Kampf ziehen, dann werden Sie die besten Wünsche für Ihren Erfolg begleiten, denn der Kampf, den Sie gegen die Agrarier führen, kommt auch uns zu gute. Das österreichische Agrarierum ist noch viel mächtiger und besitzt einen größeren Einfluß als das deutsche. Deshalb haben wir auch ein besonderes Interesse für den deutschen Parteitag und wünschen Ihnen schon aus diesem Grunde den besten Erfolg. Sie werden in die kommende Wahlschlacht ziehen: Wir sind überzeugt, daß Sie den Sieg glänzend errichten werden und dieser Sieg wird auch ein Sieg sein für das österreichische Proletariat. Deshalb nochmals: besten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Ramec: Genossen und Genossinnen! Namens der tschechischen Sozialdemokratie begrüße ich den deutschen Parteitag und spreche die Hoffnung aus, daß dieser ein Meilenstein sein möge in der weiteren Entwicklung der proletarischen Bewegung. Wenn wir auch einer anderen Nation angehören und eine andere Sprache sprechen, so sind doch unsere Bestrebungen die gleichen, Euer Kampf ist unser Kampf. Hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie! (Beifall und Händeklatschen.)

Müller: London überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Föderation. Das englische Proletariat bringe dem tapferen Vorkämpfer seine volle Sympathie entgegen und blicke mit Absicht auf die Niedermetzelung der Frauen und Kinder durch die Engländer. (Beifall.) Die Sozialdemokratie wolle nicht von dem Imperialismus ablassen; zwanzig Jahre Propaganda bei den Gewerkschaften hätten nicht so viel vermocht wie die Weltmachtpolitik der herrschenden Klassen und die damit verbundene Reaktion. Er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.)

Vanberolde: Brüssel dankt für die Begrüßungsworte Singers nicht nur als Vertreter der belgischen Partei, sondern auch der Sozialisten französischer Junges überhaupt. Ich bedauere, daß ich nicht in deutscher Sprache auf die Bewillkommung des Vorsitzenden antworten kann. Die Sprachunterschiede bilden leider vielfach ein Hindernis, das sich der Verständigung der Sozialisten aller Länder entgegenstellt. Ich bin hierher gekommen, um eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen, die ich als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Sozialdemokratie empfinde. Vor wenigen Monaten erst hat die belgische sozialdemokratische Partei einen ihrer schmerzhaftesten furchtbaren Augenblicke erlebt. Die Partei stand in einem schweren Kampf um die Eroberung des gleichen Wahlrechts. Dieser Kampf richtete sich nicht bloß gegen die liberale Reaktion, sondern auch gegen den belgischen Liberalismus. Die Anhänger der Partei strömten auf die Straßen, die Gefängnisse füllten sich mit Opfern, Hilfe war dringend nötig. Wenn heute die Witwen der Gemordeten nicht Not leiden, wenn die Familien der Eingekerkerten gegen die bitterste Not geschützt sind, so ist das ganz wesentlich mit der thätigen Unterstützung der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zu danken. Der Kampf um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung des Proletariats ist zwar vorläufig unterbrochen, aber nicht beendet und wird von der sozialistischen Partei Belgiens mit aller Energie und allem Opfern bis zum endgültigen Siege durchgeföhrt werden. Auch nach der Niederlage steht die belgische Partei einheitslich und zeltlos da. In die Niederlage wurden von den Gegnern überschwängliche Hoffnungen auf eine Zersplitterung geknüpft. Die belgischen Genossen sind aber mit der gleichen leidenschaftlichen Begeisterung wie früher in den Wahlkampf eingetreten. Nicht ein Sonntag ist verlossen, an dem nicht eine maison du peuple eröffnet worden ist. Wenn auf dem bald darauf erfolgten Kongress auch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Kampfes hervorgerufen sind, so war man doch darüber einig, daß der Kampf bis ans Ende durchgeföhrt werden müsse. Es hat mich überrascht, hier vom Genossen Stauff zu hören, es habe sich innerhalb der belgischen Partei eine Spaltung vollzogen. Diese „Spaltung“, von der in den Zeitungen die Rede gewesen ist, bestand nur in einer kleinen lokalen Zersplitterung im Vorname, die dadurch entstanden ist, daß ein Mann die Situation auszunutzen, der bereits vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Solche falsche Botschaften können das belgische Proletariat nur schädigen und kompromittieren. Meinungsverschiedenheiten giebt es ja auch, wie gestern hier hervorgehoben, in der deutschen Partei, aber trotz aller Auseinandersetzungen giebt uns die deutsche Partei ein Beispiel der Einigkeit im Kampfe gegen den gemein samen Feind. Wir alle ringen unermüdet für das große Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.)

Giovanni Verda (in italienischer Sprache) begrüßt den Kongress als Vertreter der jungen italienischen Partei, die eben eine Krise durchgemacht hat, von der sich vielleicht noch Nachwehen bemerkbar machen werden. Aber es hat sich herausgestellt, daß die Differenzen viel mehr formaler als thätigkeitsmäßiger Natur waren. Die bürgerliche Presse hat außerordentlich übertrieben. Der Kongress von Imola hat ergeben, daß keine ernstlichen Differenzen in den ausschlaggebenden Grundsätzen vorhanden sind, sondern daß es sich im wesentlichen nur um Unterschiede in der Beurteilung der tatsächlichen Frage gehandelt hat, in welchem Umfange die Regierung die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei haben kann. In Deutschland freilich hat es geschienen, als ob der Kongress zu Imola nicht eine Stätte der Beratungen, sondern eine Stätte wüßten Parteihaders gewesen wäre. So hat die Frankfurter Zeitung, die in Italien einen großen Ruf genießt, Nachrichten gebracht, als wären die Sozialisten in Imola untereinander handgemein geworden. Das ist natürlich unwar. Derartige Meldungen zeigen nur, welche tiefe Schadenfreude die bürgerliche Welt empfinden würde, wenn thätigkeitsmäßige und überprüfbare Meinungsverschiedenheiten die Sozialisten andeanderreiben würden. Als Vertreter der einzigen sozialistischen Partei Italiens kann ich der deutschen Sozialdemokratie unseren Gruß entbieten. Die junge italienische Partei bedarf gerade, weil sie jung ist, um so mehr der moralischen Unterstützung der internationalen Bruderparteien. Hoffentlich wird auch der Münchener Parteitag die Sache des internationalen Proletariats und seines Befreiungskampfes fördern. (Lebhafte Beifall.)

Müller: Zürich: Ich bin zwar ein Deutscher, kann aber wohl behaupten, daß ich der internationalste Vertreter hier bin. (Heiterkeit.) Ich habe Sie zu begrüßen im Namen des Landesauschusses der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz. In dieser Organisation sind aber nicht nur deutsche und österreichische Sozialdemokraten vertreten, sondern auch Ungarn, Böhmen, Rumänen etc. In der Schweiz behandelt man die Ausländer etwas anders, als in Deutschland. Wenn sie auch nicht zur Wahlurne gehen dürfen, so macht man ihnen doch wenigstens keine Schwierigkeiten, wenn sie sich an der politischen Bewegung beteiligen, man weist sie deshalb nicht aus. (Rufe: na, na!) Wir haben 40 Vereine, die über die ganze Schweiz verteilt sind. Sie haben sich die Aufgabe gesetzt, dem geistigen Edelwitze, daß das Proletariat in Anspruch nehmen muß, unter die Arme zu greifen. Leider verlag dieses Proletariat mitunter gerade dann, wenn man es am nötigsten braucht. Ihr Unterstützung dieser geistigen Leute haben wir einen eigenen Fonds gebildet. Da sich die deutschen Bruderparteien, die sich bei uns aufhalten, eifrig an unserem Parteilieben beteiligen, so bietet dieses ein getreues Spiegelbild der deutschen Bewegung. Aus dieser Thatsache läßt sich ersehen, wie rege das Interesse ist, das die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz dem gegenwärtigen Parteitag entgegenbringen. Neben vielen Äußerungen, die schon vor langen Jahren für uns gekämpft haben, hatten sich bei uns viele Jüngere auf. Diese Jüngeren, die meist nur vorübergehend bei uns sind, haben da Gelegenheit, die Demokratie kennen zu lernen. Sie sehen, wie bei uns der Kapitalismus genau so brutal ist, wie in Deutschland und daß es gleichgültig ist, ob er sich als Absolutismus oder Demokratie gebärde. Während man früher in der Schweiz das Hauptgewicht auf die demokratische Bewegung legte, ist das jetzt anders geworden. Jetzt sind auch bei uns die Revisionäre an der Arbeit (Heiterkeit); sie trennen sich von den bürgerlichen Parteien. Die schweizerische Sozialdemokratie ist selbständig geworden und der Erfolg sind die Siege, die wir in den letzten Wochen errungen haben. Weitere Erfolge werden Sie sehen, wenn in zwei Monaten die Schweizer an die Wahlurne schreiben, um ihre Nationalräte zu wählen. Man hat erkannt, daß die demokratischen Ziele den sozialen koordiniert sein müssen und daß der demokratische Gedanke unausführlich verknüpft sein muß mit dem sozialen Gedanken. Im nächsten Jahre werden Sie in Deutschland zur Wahlurne schreiben und Sie können sich versichern halten, daß Sie dabei die Sympathien der schweizerischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten begleiten. Aber auch mit thätigkeitsmäßiger Hilfe wollen wir Ihnen beistehen. Deshalb kann ich Ihnen als besten Gruß denjenigen übermitteln, daß wir entschlossen sind, Ihnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen in dem schweren Kampfe, den Sie entgegengehen. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen den Gruß der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz und des Arbeiterbildungsvereins in Zürich. (Lebhafte Beifall.)

Zahlreiche Begrüßungsdelegirte sind eingegangen, u. a. vom deutschen sozialistischen Arbeiterverein Vorwärts in Kopenhagen, von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, von der Parti ouvrier francais, von Vedanow und Ajekob für die russische revolutionäre Sozialdemokratie, von der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, von der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, vom Centralauschuß des interösterreichischen Komitees.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Erster Punkt derselben ist der Geschäftsbericht des Vorstandes. Derselbe liegt folgende Anträge vor:

- a) Erfurt: Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Parteiblätter haben zu unterbleiben.
b) Erfurt: Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des Vorwärts zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Tätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.
c) Nürnberg: Den Parteivorstand zu ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagebeschüsse gethan haben.
d) Wandsbeck: Beim Geschäftsbericht die Frage gesondert zu behandeln: Wie stärken wir die Finanzen unserer Partei?
e) Berlin VI: Die Delegierten zum Parteitag sind beauftragt, Protest gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes in betreff der Verdrückung der Parteitagestellen einzulegen.
f) Hamburg III: Das Ansehen des Vereins Arbeiterpresse, welches dahin geht, inwieweit Redakteuren und Angestellten sowie deren Witwen und Waisen, soweit die Verdrückung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu verdrücken, ist abzuklären, und zwar so lange, bis wir den Zukunftsstaat erkämpft haben.

Die Anträge a, b und c werden genügend unterstützt. Antrag d wird nicht unterstützt. Antrag e erledigt sich dadurch, daß Singer erklärt, es handle sich hier nur um einen Antrag, der den Delegierten erteilt sei. Antrag f, dessen Verlesung große Heiterkeit hervorruft, wird nicht unterstützt.

Es stehen also nur die Anträge a, b und c mit zur Debatte. Den Bericht erstattet

Kuer: Der Inhalt des vom Parteivorstande erstatteten schriftlichen Berichtes ist Ihnen bereits bekannt. Ich brauche also nicht mehr in alle Details einzugehen. Bekanntlich sind, besonders im Vorwärts, Zweifel darüber aufgetaucht, ob die vom Parteivorstande vorgeschlagene provisorische Tagesordnung zweckmäßig sei. Der Parteivorstand hatte sich aber bei der Aufstellung der Tagesordnung an Beschluß zu halten, die auf dem vorjährigen Parteitage gefaßt worden sind. Damit waren die Punkte Arbeiterversicherung und Kommunalpolitik bereits fest gegeben. Ich möchte Sie ersuchen, zu erwägen, ob diese Praxis, daß ein Parteitag immer bereits die Thematika für den folgenden vorkreist, die richtige ist. Gewiß wird es Sache des Parteitages sein, derartige Anregungen zu geben. Für falsch aber halte ich, wenn jetzt schon die Gegenstände für die nächste Tagesordnung fixiert werden. (Sehr richtig!) Wir legen uns dadurch fest auf, die mir durchaus überflüssig erschienen. Allerdings halte ich die diesmal gemachten Vorschläge für eine Aenderung der Tagesordnung nicht für besonders glücklich. Ich

meine, daß die Punkte der provisorischen Tagesordnung glücklicher gewählt sind, als die zum Erfolge vorgeschlagenen Punkte. Der Parteitag hat ja durch seinen gestrigen Beschluß bezeugt, daß er derselben Meinung ist. Wie soll es möglich sein, wenn der Parteivorstand an eine bestimmte Tagesordnung gebunden ist, nach Besannmachung dieser Tagesordnung noch neuen Anregungen zu folgen? Es scheint mir richtiger zu sein, daß in Zukunft die Parteipresse rechtzeitig gebührende Aufmerksamkeit auf die Tagesordnung wendet und die aufgetretenen Vorschläge diskutiert.

Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß der Parteitag sich speciell mit den nächstjährigen provisorischen Landtagswahlen beschäftigen solle. Dieser Vorschlag ist ja bereits durch unseren gestrigen Beschluß erledigt. Daß wir uns an diesen Wahlen beteiligen werden, steht ja fest; wir sind in dieser Beziehung durch einen Beschluß eines früheren Parteitages gebunden. Es ist nun bekanntlich die Absicht hervorgetreten, daß die provisorischen Genossen zur Beratung der Taktik bei den Landtagswahlen eine besondere Delegiertenkonferenz einberufen. Die Frage, ob dies zu geschehen hat, muß offengehalten werden, sie ist vor allem eine Frage der provisorischen Parteigenossen. Es erschien uns unangebracht, wenn der allgemeine deutsche Parteitag den provisorischen Genossen Vorschläge machen wollte, ob sie für sich einen Landesparteitag, eine Landes-Delegiertenkonferenz einberufen wollten. Ueber diese Dinge zu entscheiden, ist Sache der provisorischen Genossen selber. Der allgemeine Parteitag sollte gegenüber den provisorischen Genossen denselben Standpunkt einnehmen, den er den Genossen aller übrigen deutschen Staaten einräumt. Wir müssen auch hier das Recht der Selbstwahrnehmung der Interessen anerkennen.

Es sind dem Parteivorstande weiter Monita darüber erteilt, daß das Ausschreiben des Parteitages diesmal etwas zu spät erfolgt sei. Ich kann diesen Einwurf nicht als unbedeutend anerkennen. Ein Zusammentreffen verschiedener Umstände hat es diesmal mit sich gebracht, daß die Einberufung eigentlich kurz vor dem letzten vorgeschriebenen Termin erfolgte. Es kommt hinzu, daß der Parteitag in diesem Jahre etwas früher als sonst abgehalten wird. Dadurch ist die Empfindung hervorgerufen worden, als mache sich eine Aenderung der Organisation notwendig, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen. Die Wandsbucker Genossen haben deshalb beantragt, daß die Einberufung des Parteitages nicht, wie bisher, spätestens vier Wochen, sondern acht Wochen vor dem Termin der Einberufung desselben erfolgen muß. Ich glaube nicht, daß sich dieser Antrag, der aus einem einzelnen Falle heraus entstanden ist, empfiehlt. Der Termin zwischen Einberufung und Zusammentritt des Parteitages muß möglichst kurz sein, damit im Notfall rasche Entscheidungen von der Partei getroffen werden können.

Die Münchener stellen den Antrag, daß der Vorstand in seinem Berichte Auskunft zu geben hat, was er und die Fraktion zur Durchführung der früheren Parteitagebeschlüsse gethan haben. Ich muß gestehen, daß mir der Antrag in der vorliegenden Form nicht klar genug gefaßt zu sein scheint. Soll der Vorstand Auskunft geben über alle Parteitagebeschlüsse, die im Laufe der langen Jahre gefaßt worden sind? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Es kann sich also wohl immer nur um die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitages handeln. Darüber giebt aber der Bericht des Vorstandes und der Bericht der Fraktion genügend Auskunft. Und ist das nicht der Fall, so kann in der Diskussion des Vorstandes und des Fraktionsberichts der Mangel gerügt werden. Im übrigen trifft für die Parteitagebeschlüsse dasselbe zu, wie für alles Menschliche. Es kann nicht nur einer viel fragen, was viele nicht beantworten können, es können auch viele manches beschließen, was die wenigen nicht ausführen vermögen. (Heiterkeit.) Nicht jeder Parteitagebeschluß ist der Inbegriff höchster Weisheit und Vollkommenheit. Ich gebe zu, daß über viele Beschlüsse in den Berichten keine Auskunft gegeben ist, und daß viele dieser Beschlüsse zu den Akten gelegt wurden und man sich ihrer später nicht mehr erinnert hat; sie sind eben abgelöst worden durch neue Aktionen, die sich notwendig machten. Ich glaube nicht, daß im großen und ganzen irgend etwas Wesentliches dabei verloren gegangen ist. Was wirklich Bedeutung hatte, ist erledigt worden, wenn das auch vielleicht nicht immer in den Berichten erwähnt ist.

Es ist ferner angeregt, den Kampf gegen das Centrum besonders auf die Tagesordnung zu setzen. Die Genossen empfinden das Bedürfnis nach Agitationsmaterial zum Kampfe gegen das Centrum. Dies Bedürfnis wird nirgends mehr anerkannt als im Parteivorstand selbst, aber nicht bloß das Bedürfnis zum Kampfe gegen das Centrum, sondern zum Kampfe gegen alle uns feindlich gegenüberstehenden Parteien. Persönlich wundere ich mich geradezu darüber, wie das Verlangen nach Material gegen das Centrum jetzt auf einmal so in den Vordergrund tritt.

Ich bin der Ansicht, daß wenn gegen irgend eine Partei Material im Ueberflusse vorhanden ist, dann gerade gegen das Centrum (Sehr richtig!) Diese Partei, die in den letzten Jahren eine völlige Schwächung gemacht und den Charakter als Volkspartei aufgegeben hat, die den Zoll- und Lebensmittelwucher in einer nie gekannten Weise unterstützt, die heute die Trägerin des Militarismus und der Flotte ist, diese Partei, die noch heute genau so rückständig, wie jemals zuvor ist; wenn es heute gegen diese Partei noch immer nicht genügend Material geben soll, so habe ich die Ueberzeugung, nicht der Mangel an Material ist es, der konstatirt werden muß, sondern der Mangel an Fähigkeit, das vorhandene Material zu benutzen bei denjenigen, die das Centrum bekämpfen sollen. (Sehr richtig.) Das Centrum besitzt gewiß eine ausgezeichnete Organisation und auch im engersten Sinne Dorfe hat es einen bezahlten Agitator in dem Geistlichen. Das Centrum kann sich auch auf eine Macht stützen, von der schon der Dichter sagt, daß selbst Götter gegen sie vergeblich kämpfen. (Heiterkeit.) Aber dafür, daß die Macht des Centrum nicht absolut unüberwindlich ist, dafür liefert gerade Münchens Schwabing und der zweite Münchener Wahlkreis einen klassischen Beweis. (Sehr richtig.) Hier war der Einfluß der Centrumpartei allmächtig und in diesem Centrumselborado, in diesem sozialistischen München und seiner Umgebung, ist ein Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet worden! Was die Münchener fertig gekriegt haben, das müssen auch andere machen. Erreicht werden solche Erfolge aber nicht durch Beschlüsse des Parteitages, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden. Es sollen so und soviel Broschüren und Flugblätter herausgegeben werden, mit anderen Worten, es soll ein Münchener Trichter zur Belehrung des ganzen Volkes geschaffen werden. (Heiterkeit.) Solche Beschlüsse können gefaßt werden, obgleich ich keinen dieser Anträge unterstützen werde, aber was helfen diese Beschlüsse? Brauchbare Broschüren nimmt der Parteivorstand stets mit Handlung entgegen und läßt sie erscheinen. Aber es besteht eben die Schwierigkeit, solche allen Anforderungen entsprechende geistige Arbeiten auch zu produzieren. Ich will damit nicht sagen, daß uns nicht vielleicht das nächste Jahr schon dazugehörige Produkte bringen wird, aber das Centrum ist nicht überall dasselbe in seiner Stellung und gegenüber. Das Centrum in Schlesien, das ganz und gar den Großgrundbesitz und der Großindustrie unterstellt ist, ist ein ganz anderes als das bayerische Centrum, das sich stützt auf einen rückständigen Bauernstand, auf ein rückständiges Handwerkertum und auf die Einwohnerhaft kleiner Städte, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in eine teilweise Vernichtung ihrer Existenz hineingetrieben worden ist. Ganz anders ist es wieder in den rheinischen Industriebezirken mit ausschließlich katholischer Bevölkerung. Broschüren, die hier in Bayern ausgedruckt werden, sind absolut unbrauchbar zur Agitation in der katholischen Bevölkerung Schlesiens oder der rheinischen Industriebezirke. Wir haben ja auch bei der Agitation gegen das Junkertum gesehen, daß eines nicht für alle paßt. Das Flugblatt: Was kosten uns die Junker?, das rechts der Elbe ausgegeben eingeschlagen hat, hat in Südb- und Westdeutschland, wo ganz andere

agrarisches Verhältnis sind, gar keine Wirkung gethan. Für die Beschaffung des notwendigen Agitationsmaterials ist mit Parteitag beschließen nichts gethan. Im Gegenteil, es ist ungemein billig, das eigene Mitglieder dadurch zu beruhigen, daß man die Ausföhrung einer für notwendig erachteten Arbeit anderen überträgt. Der Parteitag beschließt: Der Parteivorstand hat das und das zu machen. Sieh zu, Parteivorstand, wo du bleibst. (Heiterkeit.) Wir Delegierten des Parteitages haben unsere Pflicht gethan, indem wir einen Kran oder, wenn es nötig ist, auch alle beiden Arme hochheben. Ich bin eigentlich etwas überrascht und geärgert durch das Echo, das die Anregung, den Kampf gegen das Centrum auf die Tagesordnung zu stellen, gefunden hat. Es war vielleicht taktisch nicht besonders klug, daß man im offiziellen Organ der Partei diese Anregung gegeben hat. Wir dürfen nicht vergessen: Im Centrum rumort es, es ist durch eine gewaltige Frontveränderung aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei geworden und hat seine ganze Vergangenheit desaboniert. Die Neuerungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Schäbler auf dem Reichstagsitag in Mannheim: Die Regierung — was hat sie für das Volk? Kanonen und Steuerzettel waren alter Centrumsstradition entsprungen. Viele Mitglieder des Centrums wünschen wohl, daß Dr. Schäbler dies Wort nicht gesprochen hätte oder ihm eine abschwächende Deutung geben möge. Alle diese Vorgänge zeigen doch, wie es im Centrum selbst rumort. Ich erinnere ferner an die Animosität der katholischen Arbeiter im Rheinland gegen die Haltung des Centrums in der Zollfrage. Das beweist, daß es der Partei nicht so wohl ist in ihrer Haut, wie sie nach außen den Anschein nicht nur zu erwecken versucht, sondern auch nötig hat. Und in dieser Zeit der inneren Krisis des Centrums wird nun mit einem Male gewissermaßen offiziell von uns proklamiert, daß diese Partei der starke, gewaltige Turm ist, gegen den sich unsere ganze Kraft zu richten habe. Was hat dieser Vorstoß zur Folge gehabt? Doch nur, daß das Centrum sich mit einem Male wieder blüht und sagt: Sehr ihr, welche Bedeutung wir haben? (Sehr richtig!) Wir sind der Turm, wir sind noch der einzige Stützpunkt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft! Täuschen wir uns nicht! Wenn beim Centrum jemals ein Gefallen erwiesen wurde, so war es durch diese Anregung. (Sehr richtig!) Damit soll kein Vorwurf ausgesprochen sein. (Heiterkeit.) Aber es ist meine persönliche Überzeugung, daß wenn wieder einmal derartige wichtige taktische Fragen von offizieller Seite angegriffen werden, man das nicht auf eigene Faust thun, sondern sich vorher mit den Kreisen in Verbindung setzen soll, die nach Lage der Dinge nun einmal die Verantwortung zu tragen haben. (Sehr gut!)

Ich komme nun zu dem Kapitel Presse. Ueber die finanzielle Seite dieser Frage wird Genosse Verisch, der ja der finanzielle Mittelpunkt in unserer Partei ist, noch besondere Mitteilungen machen. Ich will noch vorausschicken, daß sich die wirtschaftliche Krise auch gegenüber unserer Presse bemerkbar gemacht hat. Es ist zwar nicht ein umfangreicher Rückgang eingetreten, aber immerhin ist es doch so, daß ein Stillstand in der Entwicklung konstatiert werden muß. Nun liegen Anträge vor (Nr. 37 und 38), in denen verlangt wird, der Parteivorstand solle ein französisches Protokoll und eigene Parteiblätter in französischer Sprache für die Reichslande herausgeben. Dieser Wunsch ist begründet und es liegt mir fern, dagegen von vornherein eine ablehnende Haltung einzunehmen. Aber es ist nötig, daß der Parteitag bei derartigen Beschlüssen sich nicht lediglich vom Gefühl bestimmen läßt. Denn dem Beschluß muß dann auch die That folgen und die kostet Geld, hat also finanzielle Folgen. Zum Beweise dafür will ich einige Zahlen geben. Auf dem Parteitag in Halle wurde der Beschluß gefaßt, ein polnisches Parteiblatt herauszugeben. Diesem Beschluß wurde entsprochen und die Gazeta Robotnica — ein Wochenblatt — wurde 11 Jahre lang von uns unterstützt. Für diesen Zweck mußten wir im Laufe der 11 Jahre die Summe von 20441 Mk. bezahlen. Es soll kein Wort über diese Ausgabe gesagt werden. Wir wollen uns auch darauf nichts zu gute thun. Es war unser eigener freier Wille, der uns zu unserem Beschlusse bestimmte, diktiert von der Absicht, auch das polnische Proletariat in die Bewegung hineinzuführen.

Nun verlangt die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenzeitung Gazeta Ludowa aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen. Ein solcher Wunsch kann uns in sehr große finanzielle Verpflichtungen führen. Sind wir nun in der Lage, derartige Ausgaben auf uns nehmen zu können? Unsere Finanzen sind nicht so besonders. Wie in den Finanzbudgets der Staaten wechseln auch bei uns die Zeiten mit den mageren Jahren. Im Laufe des letzten Jahres haben wir monatelang ein Defizit von 70000 Mk. gehabt, und wenn wir am Schlusse des Jahres doch noch bilanziert haben, so ist das nur einer Reihe günstiger Umstände zu danken. Alle Jahre bleibt nicht ein Rentier Schmidt und nicht jeder Rentier Schmidt hinterläßt uns 38000 Mk. Außerdem sind wir in einem Circulare an die Genossen mit der Pistole in der Hand herangetreten und haben sie erinnert, daß es nicht genügt, Hochs auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie zu rufen, sondern daß man auch ab und zu seinen Dbolus ableisern muß. (Heiterkeit.) Im letzten Jahre hatten wir ein normales Geschäftsjahr. Im nächsten Jahre aber stehen uns Wahlkämpfe bevor, die viel höhere Ausgaben erfordern werden, als je vorher. Nun glaube ich ja, daß der Krieg den Krieg ernähren muß, und daß im Wahlkampf, wo sich jede Faser der sozialistischen Arbeiter anspannt, größere Opfer als sonst gebracht werden. Aber die Zeit der Krisis, in der wir leben, fesselt diese Opferfreudigkeit, und deshalb ist bei allen Ausgaben Vorsicht geboten. Dazu kommt noch ein: In der polnischen Bewegung spielen sich Dinge ab, die wir alle nur bedauern können. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnischen Parteilition und uns. Wir haben es für durchaus nützlich gehalten, daß sich die Polen eine eigene Leitung gegeben haben, und wir sind solange gut mit ihr ausgekommen. Ständig standen wir in Verbindung. Außer den 30000 Mk. für die Gazeta Robotnica haben wir manches 1000 zur Förderung der polnischen Agitation hergegeben. Wir wußten, wenn die polnischen Führer zu uns zu Besuch kamen, daß es Geld kostet. (Heiterkeit.) Aber wir gaben es gern. Es war Geld für die so notwendig polnische Agitation, notwendig schon, um das Streikbrecher-Verden zu verstopfen.

So lange es sich nur um die Einführung des Sozialismus in diese Kreise handelte, waren wir immer eins, aber augenblicklich haben wir es mit einer Bewegung zu thun, die mit den Emanzipationsbestrebungen des Proletariats in unserem Sinne nicht gemein hat. In Polen hat sich eine nationale Bewegung entwickelt, die geradezu überraschend ist und diese Bewegung hat nicht nur die polnische sogenannte bessere Gesellschaft erfasst, sondern auch das polnische Proletariat. Durch die brutalen, rücksichtslosen Angriffe auf Sprache, Sitte und Religion wurde das Gefühl der Polen verletzt und das hat auch auf ihr Verhältnis zu uns zurückgewirkt. Das Empfinden, daß man die nationale Eigenart gegenüber brutalen Angriffen zu schützen habe, ist auch in proletarische Kreise eingedrungen. Aus diesem Gegensatz zwischen dem und offiziellen Deutschtum sind uns Unannehmlichkeiten erwachsen, es ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit des polnischen Volkes Oesterreichs, Auflands, Deutschlands und der übrigen Länder wieder aufgelaucht und so entstand auch bei unseren polnischen Genossen der Trieb zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Begreifen kann ich diese Erscheinung, billigen kann ich sie nicht. Wir können nicht auf die Forderungen eingehen, die von diesen Bestrebungen der Polen heraus an uns gestellt werden. Es herrscht das Verlangen nach vollständiger Selbständigkeit, das Verlangen, in den preussischen Provinzen Polen und Oberschlesien eine selbständige polnisch-sozialistische Partei zu bilden, vollständig unabhängig von den dort wohnenden deutschen Genossen, zu denen die Polen nur in demselben Verhältnis stehen wollen, wie etwa die Schweizer zu den Deutschen. Die Polen wollen selbst entscheiden; die Aufstellung von Kandidaten u. dergl. soll ihre Sache sein, die Deutschen dürfen sie unterstützen, sie dürfen für sie arbeiten, aber sie haben nichts zu

sagen. Der deutsche Arbeiter soll den Polen gegenüber Ausländer sein. Diese Auffassung konnten wir nicht billigen, wir wollten aber auch den Streit vermeiden. Es kam zu Auseinandersetzungen, besonders infolge der Vorgänge in Posen. Seitdem dort deutsche Genossen, teilweise mit polnischen Namen, die Bewegung leiten, haben wir einen starken Aufschwung, besonders ein stark entwickeltes Gewerkschaftsleben in Posen zu verzeichnen. Wir freuen uns um so mehr darüber, weil dort nur sehr schwer etwas zu erreichen ist.

Nun wurde der Genosse Kasprzak als Kandidat unserer Partei öffentlich proklamiert. Von seiten der polnischen Genossen wurde gegen diesen Kandidaten lebhafter Widerspruch erhoben; es wurden dem Kasprzak Beschlüsse, die er sich früher sollte haben zu schulden kommen lassen, zum Vorwurf gemacht. Man ist uns aber jeden Beweis für diese Anschuldigungen schuldig geblieben. Der einzige Beweis war die Mitteilung, die polnische Partei in Warschau habe ihn seiner Zeit ausgeschlossen. Das konnte aber für uns nicht genügen. Die polnischen Genossen ließen sogar ein Flugblatt erscheinen, in das sie in rückwärtsgerichtet Weise neue Verdächtigungen gegen Kasprzak erhoben; es wurde ihm Veruntreuung von Parteigelbtern vorgeworfen, er führe ein Parassitenleben und unterhalte Beziehungen zur Polizei. Diese Circulare wurden der polnischen Bourgeoisepresse zur Verfügung gestellt und von ihr abgedruckt. Wir selbst konnten über Wahrheit oder Unwahrheit aller dieser Vorwürfe kein endgültiges Urteil fällen. Beweise wurden uns nicht erbracht. Es war der erste größere Versuch, für unsere Partei in jener Gegend Stimmen zu gewinnen, da kam die uns befreundete Parteileitung und warf uns in dieser Weise Anspitzel an die Weine. Das war ein ganz unrichtiges Vorgehen. Das ist auch taktisch völlig falsch. Derartige Fälle haben sich wiederholt und wir sind deshalb dazu gekommen, daß wir den polnischen Genossen erklärten: Wir billigen eure Auffassung nicht und können sie auch vor den Parteigenossen nicht verantworten. Wir wollen alles thun, um eine Verständigung herbeizuführen, aber unterstützen können wir diese Bewegung nicht mehr. Deshalb wurde die Unterstützung für die Gazeta Robotnica gestrichen. Es muß zur Erwägung gegeben werden, daß ein Blatt in der polnischen Bevölkerung für die Partei wirken, es in Oberschlesien erscheinen muß. Kommen wir nun mit einem zweiten Blatt, der Gazeta Ludowa, so ist das natürlich eine Konkurrenz. Solange wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß noch eine Verständigung mit den polnischen Genossen herbeizuführen werden kann, solange können wir kein Konkurrenzblatt gründen. Der Leberzeugung sind wir noch immer, daß der Zwist nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, und daß die polnischen Genossen mit uns das Bestreben haben müssen, das zwischen den Deutschen und den polnisch sprechenden Genossen nicht ein dauernder Gegenatz bestehen darf. Die Auffassung aber halseth wir für absolut falsch, daß die Polen die Herren der Provinz seien, denen sich die Deutschen bedingungslos zu fügen hätten und höchstens ihre Mandatanten wählen dürfen. Die Deutschen haben natürlich auch auf einen Schelm anderthalben gesetzt. Nun stehen wir jetzt vor der Thatsache, daß wir in der Provinz, wo wir die stärksten Bekämpfer müssen, zwei Kandidatenlisten haben, eine deutsche und eine polnische. Ich hoffe bestimmt, daß auf Grund neuer Unterhandlungen die deutschen und die polnischen Genossen sich auf eine gemeinsame Liste einigen. Wir sind bereit, in unserer Nothgedrängtheit bis an die äußerste Grenze zu gehen und wir befinden uns dabei in der Rolle des älteren Bruders und erfahrenen Freundes. Aber unmöglich können wir dulden, daß innerhalb der deutschen Grenzen eine eigene selbständige Partei völlig unabhängig und ohne Rücksicht auf die deutsche Bewegung sich etabliert. Das geht nicht. Es ist auch nicht wahr, daß wir, wie von manchen Leuten behauptet wird, von der modernen Hauptströmung angezweifelt sind. Wie weit sich bei den polnischen Genossen dieses Vorurteil festgesetzt hat, kann ich Ihnen beweisen durch eine Stelle aus dem Brief eines hervorragenden polnischen Führers. Dort heißt es: „Ich kann nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie als Partei germanisatorisch auftreten oder daß ihr die Traditionen der hohenpolnischen Politik sympathisch sind...“ Ja, wenn so hervorragende Führer schreiben, was soll man dann von den polnischen Arbeitern erwarten? Ich meine: bei aller Anerkennung und aller Milderheit, die wir den Polen schuldig sind, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Polen, soweit sie sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhalten, nicht ein von der Gesamtpartei unabhängiger, selbständiger Organismus sein können. Sie müssen ein Glied von uns sein. Wir müssen daran festhalten: wollen die Polen, mit uns zusammenarbeiten, sind sie uns stets willkommen, wollen sie es getrennt auf eigene Faust versuchen, wünschen wir ihnen bestes Glück und legen ihnen nichts in den Weg; aber wir müssen verlangen, daß sie, wenn sie sich uns anschließen, uns nicht in der Weise entgegenarbeiten, wie in dem geschiedenen Falle.

Solche Schwierigkeiten kommen naturgemäß für ein französisches Parteiblatt nicht in Betracht. Dort entsteht nur die Frage ob ein solches Blatt auch Abonnenten finden wird. (Heiterkeit.) In Elsaß-Lothringen hat jahrelang ein Parteiorgan mit Subvention aus der Parteikasse bestanden, jetzt erscheinen dort zwei Parteiblätter ohne Subvention. Der Versuch, durch Subventionierung in Elsaß-Lothringen ein Parteiorgan aufrecht zu erhalten, hat uns große Opfer auferlegt: die Subventionen für das erst in Mühlhausen, dann in Straßburg erscheinende Organ hat der Parteikasse in 11 Jahren 88042 Mark gekostet. Trotzdem hat das so subventionierte Blatt nirgends rechten Einfluß gewinnen können. Auf dem vorjährigen elsäß-lothringischen Parteitag wurde dann seitens des Parteivorstandes offiziell erklärt, daß die Subventionen aufhören müßten. An Stelle des einen subventionierten Blattes werden nun zwei Zeitungen herausgegeben, die nicht subventioniert werden: das Straßburger Blatt erscheint weiter, die Mühlhäuser haben sich ein eigenes gegründet. Die Vertreter dieses Blattes haben zwar selbst erklärt, sie brauchen die Partei nicht, sie haben aber doch einen Brief an den Parteivorstand geschrieben, mit dem Ersuchen, 20000 Mark als Kautions für das Blatt zur Verfügung zu stellen. Das wäre gewiß keine Subventionierung, aber doch der erste Schritt dazu, da die Kautions den Staatsbehörden gegenüber auch als Garantie für etwaige Projektkosten x. dient. Das ist offizieller Bericht des Vorstandes die Mühlhäuser freie Presse nicht aufgeführt ist, beruht auf einem Versehen bei der Abfassung des Berichtes. Auch die Düsseldorf Genossen sind mit der Stellung des Parteivorstandes bezüglich der Unterstützung ihrer Presse nicht einverstanden. Der vorige Parteitag hat die Unterstützung abgelehnt, und der Vorstand ist dem Beschluß nachgekommen. Ich gebe zu, daß die Düsseldorf Genossen Anspruch auf ein eigenes Organ haben; aber Zeitungen, die nicht aus sich selbst heraus existieren können, sind immer ein sehr kostspieliges Unkernnehmen. Die Genossen in Bochum sind gleichfalls sehr unzufrieden. Die Verhältnisse sind dort sehr eigenartig, seit Jahren unterstützt die Partei mit sehr bedeutenden Mitteln die Internemigungen, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ins Leben geufen sind. Es erscheint in Dortmund und die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung mit Kopfbältern für Essen, Bochum und andere Orte. Das Blatt in Dortmund deckt sich jetzt selbst, dagegen macht das Bochumer Blatt Jahr für Jahr bedeutende Zuschüsse notwendig, im letzten Jahre allein 6200 Mark. Der Parteivorstand ist nun nach vielen Versprechungen mit den Genossen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu dem Entschluß gekommen, in Dortmund ein eigenes großes und gut ausgerüstetes Centralorgan zu schaffen, das unter Fortfall der Kopfbältern für die Genossen des ganzen Bezirks gelten soll. Die Bochumer Genossen haben diesen Entschluß gebilligt, aber nachdem die gewaltigen Ausgaben für die Einrichtung der neuen Druckerei gemacht waren, konnten sie mit einemmal und sagen: Wir thun nicht mit, wir behalten unser

Blatt bei, es hat sich zwar bisher nicht rentiert, aber jetzt gründen wir eine neue Druckerei, und da wird es sich schon rentieren. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß sich diese Hoffnung erfüllt, aber man muß es begreifen, wenn der Vorstand die Unterstützung verweigert, zumal da die Genossen ihre alten Verpflichtungen noch nicht erfüllt haben. Für das Bochumer Blatt mühten wir noch 6200 Mark nach Dortmund zu zahlen, und dieselben Genossen, die ihre Schulden in Dortmund nicht beglichen haben, richten sich jetzt eine eigene Druckerei ein und lassen andere die Schulden für sich bezahlen.

Das sind interne Dinge, die ich am liebsten in geschlossener Sitzung vorgetragen hätte. Da der Parteitag aber eine so starke Aversion gegen die geschlossenen Sitzungen an den Tag gelegt hat, müssen wir uns über diese Dinge in aller Öffentlichkeit aussprechen. Derartige Zustände können nicht weiter so bleiben. Die Selbständigkeit der Genossen in allen Ehren, aber die allgemeinen Verhältnisse dürfen doch nicht so aus dem Auge gelassen werden. Einen Stein, den man nicht heben kann, den läßt man liegen. Ist der Parteitag darin anderer Meinung, dann möge er auch dem Vorstand mitteilen, wo die Mittel hergenommen werden sollen, um die Extravaganzen einzelner Genossen zu befriedigen. (Sehr richtig!)

Nun zu einem anderen Gegenstand, zum Verein Arbeiterpresse. Sie haben dem ungeschicktesten Antrag zu dieser Frage Ihre Unterstützung versagt, und ich brauche darauf nicht einzugehen. Aufklärung aber ist notwendig über das Verhältnis der Parteileitung zum Verein Arbeiterpresse. Dieser Verein ist eine durchaus selbständige Schöpfung der beteiligten Kreise der Parteibeamten. Im Vorstand herrscht seit langen Jahren die Empfindung, daß auf diesem Gebiet etwas geschieden muß. Auch die Sozialdemokraten sind dem allgemein menschlichen Gesetze des Kraftverbrauches unterworfen. Die Fälle mehren sich, wo Genossen, die ihre Kräfte im Dienst der Partei verbraucht haben und aus dem Leben scheiden, ihre Familie in den ärmlichsten Verhältnissen zurücklassen. Für die Partei besteht eine gewisse moralische und materielle Verpflichtung, für die Familien einzutreten, die invaliden Genossen zu unterstützen. Er ist auch bisher unterstützt worden. Aber es bleibt immer ein unangenehmes Gefühl, in jedem konkreten Falle konkret zu entscheiden. Der Einfluß, das Ansehen, die Liebe, die der einzelne Genosse genießt, sind sehr verschieden. Es giebt ungemein brave Genossen, die ihre Schuldigkeit im vollen Umfange thun und doch der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Für sie, wenn sie invalide werden, eine Unterstützung zu bewilligen, ist immer schwieriger, als für bekannte Genossen. Auch sehen die festen Normen. Eigentlich darf der Vorstand nur für ein Jahr bewilligen, er läuft immer Gefahr, daß die Kontrolleure anderer Meinung sind. Wie unangenehm für die betreffende Familie, wenn dann der Fall öffentlich behandelt wird. Weil dem so ist und weil derartige Unterstützungen sich immer mehr notwendig machen, ist der Vorstand schon vor Jahren dem Gedanken näher getreten, daß hier etwas geschieden müsse, daß die Beteiligten selber eingreifen müßten, daß aber die Partei gewisse Zuschüsse dazu geben müsse. Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß die Beteiligten selber die Angelegenheit in die Hand genommen haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Streikverein der sozialdemokratischen Redakteure, wie wohl hier und da im Uebermut einmal gesagt ist, sondern um das Unterstützungsweesen für die invalide gewordenen Parteibeamten und die Angehörigen verstorbenen Parteibeamten. Wir haben von vornherein erklärt: gelingt es, eine solche Unterstützungsstelle zu gründen, so werden wir, soweit es auf uns ankommt, eine Unterstützung aus der Parteikasse ganz gewiß bewilligen. Der Verein Arbeiterpresse hat nun einen Ausweg darin gefunden, daß er auf eine Generalsubvention verzichtet und nur einen persönlichen Zuschußbeitrag vorschlägt, dessen Höhe genau der Summe der Beiträge entspricht, welche die Mitglieder des Vereins an die Unterstützungsstelle zu zahlen haben. Das macht 6 Mark pro Monat. Es werden also die einzelnen Parteigeschäfte erprobt, ebenfalls 6 Mark pro Monat für jedes Vereinsmitglied an die gemeinsame Unterstützungsstelle zu zahlen. Diesem Verlangen hat der Parteivorstand keinen Widerspruch entgegengesetzt, und wir haben, soweit die Parteigeschäfte im engeren Sinne, der Vorwärts, die Neue Zeit, Der Wahre Jacob, das Hamburger Echo und die Bremer Bürgerzeitung in Betracht kommen, und falls die sonst noch vorhandenen Instanzen zustimmen, und dem nicht widerspricht, für den Vorwärts und das Hamburger Echo wird dieser Beitrag genau in der Höhe der Mitgliederbeiträge zur Unterstützungsstelle aus dem Geschäft bezahlt. In Bremen hat die Prekommission einen bezüglichen Beschluß abgelehnt. Nun ist der Vorwurf erhoben worden: wenn für die Herren Redakteure derartige gestrichen wird, müssen alle Arbeiter in derselben Weise behandelt werden. Besonders in Berlin wurde betont, daß derselbe Beitrag dann für alle in der Parteipresse angestellte Arbeiter bis zum Laufburschen gezahlt werden müsse. Wir haben darüber nicht zu entscheiden. Die Meinung ist aber durchaus falsch, daß bei den Parteiorganen ein Unterschied zwischen Arbeitern und den Parteibeamten gemacht werde. Schon bisher ist in allen unseren offiziellen Parteigeschäften — für die Provinzpresse kann ich die Verantwortung nicht übernehmen — für alle Arbeiter, die in der Privatlebenversicherung sind, der volle Beitrag aus dem Parteigeschäft bezahlt worden. Das sind immerhin auch Summen. Es macht in Bremen etwa 600 Mark, beim Hamburger Echo gewiß zwei- bis dreimal soviel und beim Vorwärts noch mehr. Für seine Parteibeamten bezahlt der Vorwärts jetzt einen Zuschuß an die Unterstützungsstelle des Vereins Arbeiterpresse von 90 Mk. monatlich, das sind etwas über 1000 Mark im Jahre.

Wenn die Dinge so liegen und mit unserer Zustimmung solche Summen für die Arbeiter bezahlt werden, dann kann kein Vorwurf erhoben werden, wenn für die Angestellten, die sich öffentlichen Rassen nicht anschließen können, ebenfalls Beiträge zu einer Versicherung gezahlt werden. Unsere Angestellten wollen sich ein Recht sichern, und wenn wir sie darin unterstützen, so glauben wir damit nichts Unrechtes gethan zu haben.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongress wurde eine Behauptung aufgestellt, die nicht unwiderprochen bleiben darf. Ein hervorragender Gewerkschaftsführer behauptete, daß man sich in der Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge ausgesprochen habe, weil man darin eine Konkurrenz gegenüber der Partei erblicke. Diese Behauptung wurde zuerst in Halberstadt aufgestellt und von dem Genossen, der die Neuerung gethan haben sollte, sofort demontiert. Trotzdem wurde sie später von dem Gewerkschaftler, der sie in Halberstadt aufgestellt hatte, wieder aufgenommen. Ich konstatierte hier öffentlich, daß niemals von offizieller Seite mit Rücksicht auf die Parteimitnahmen geraten und verlangt worden ist, die gewerkschaftlichen Beiträge möglichst niedrig zu halten. Eine derartige Neuerung von maßgebender Seite ist niemals in der Partei geschehen. Ob es einzelne Genossen giebt, die dieser Auffassung huldigen und ob hier und da auch eine derartige Neuerung privatim oder öffentlich gethan ist, das muß ich dahingestellt sein lassen. Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung; wenn die Gewerkschaften etwas erreichen wollen, dann müssen die Verantwortlichen Parteimitnahmen niemals eine solche Meinung geäußert haben sollten, ist absolut falsch, und ich weise solche Behauptungen zurück.

Eine andere unrichtige Behauptung bezieht sich auf die Konsumvereine. Es wird gesagt, der Partei sei es unangenehm, daß die Konsumvereinsbewegung hohe Anforderungen an die Parteimitnahmen stelle und dadurch zu viele Kräfte der Partei entziehe. Ob die großen Erwartungen, die man an diese Bewegung knüpft, sich erfüllen werden, darüber brauchen wir uns heute nicht zu äußern. Aber daß jemals die Partei sich gekümmert hätte, diese Bewegungen abfordere zu viele Kräfte und Intelligenzen, das ist ganz unrichtig. Einen derartigen Standpunkt halte ich für realitätslos.

und durchaus unhaltbar; wir können ihn unter keinen Umständen vertreten. (Sehr richtig.)

Ich komme nun zu einer organisatorischen Angelegenheit und damit zum Schluß meiner Ausführungen. In Nürnberg sind Parteigenossen aus der Lokalorganisation ausgeschlossen worden. Damit ist noch nicht gesagt, daß die betreffenden keine Parteigenossen mehr sind; sollen sie aus der Partei ausgeschlossen werden, so tritt die Bestimmung des Organisationsstatuts in Kraft. Nun sind die in Nürnberg ausgeschlossenen an anderen Orten Mitglieder geworden; einer hat sogar die Geschäftsfähigkeit gehabt, sich als Reichstagskandidat aufstellen zu lassen. Die Kandidatur ist inzwischen zurückgezogen worden, so daß diese Sache sich für uns erledigt. Die Nürnberger erblickten eine Ungeheuerlichkeit darin, daß der Betreffende in einem anderen Orte Mitglied wurde, die Angelegenheit kam auf dem Ludwigshafener Parteitag zur Sprache und dort wurde beschlossen, daß ein in einem Orte in Bayern aus dem Wahlverein ausgeschlossener Genosse nicht mehr Mitglied eines anderen sozialdemokratischen Vereines in Bayern werden kann.

Diesen Beschluß halten wir für falsch. Haben die bayerischen Genossen die Überzeugung, daß die Betreffenden nicht mehr würdig sind, der Partei anzugehören, so sind sie verpflichtet, den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu beantragen. Geht das, dann wird den Betreffenden auch die Möglichkeit gegeben, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beim Parteivorstand zu beantragen und weiterhin an den Parteitag zu appellieren. Aber nach der Maxime der bayerischen Genossen bleibt der Betreffende nach wie vor Parteigenosse, seine allgemeine deutsche Parteizugehörigkeit wird nicht berührt. In Betracht kommt noch, daß es für die Genossen, die nach dem bayerischen Organisationsstatut ausgeschlossen werden, nicht die Rekursinstanzen gibt, die in unserem allgemeinen Organisationsstatut vorgesehen sind. Durch den Ludwigshafener Beschluß ist eine grundsätzliche Bestimmung unseres für die ganze Partei geltenden Organisationsstatuts aufgehoben worden. Würde das maßgebend sein, was dort geschrieben ist, so würden wir eine bayerische, eine sächsische, eine badensische u. s. w. Sozialdemokratie bekommen, und unser allgemeines Organisationsstatut würde überflüssig. Das ist bedenklich. Dem läßt sich aber leicht abhelfen, wenn die bayerischen Genossen das thun, was die Genossen im übrigen Deutschland thun, wenn sie sich nämlich an unser allgemeines Organisationsstatut halten.

Die Lokal- und Landesstatuten dürfen nicht in Widerspruch zu dem Gesamtstatut stehen. Glaubt man, das Organisationsstatut sei mangelhaft, so stelle man Abänderungsanträge. Solange es aber besteht, gilt es für uns alle, gleichviel ob diesseits oder jenseits der blau-weißen Grenze. Es darf nicht die Praxis einreißten, daß die allgemeinen Bestimmungen der Parteiorganisation einfach umgangen werden. Es gilt auch, das Recht des einzelnen zu schützen, und dem einzelnen ist hier, wenn auch ohne Absicht, Unrecht geschehen. Man sagt sich: Für ganz Bayern taugt der Kerl nichts, aber für die Preußen ist er gut genug. (Stürmische Belustigung.) Das ist so gut bayerisch empfunden, daß ich es wohl verstehe, soviel habe ich mir von meiner Heimat noch gerettet. Ob eine Veränderung des Organisationsstatuts notwendig ist, lasse ich dahingestellt, ich bin überzeugt, wir werden uns verständigen.

Ich bin am Schluß. Jetzt ist es an Ihnen, Kritik zu üben. Machen Sie es gnädig, denn auch für uns gilt der Satz: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Singer teilt mit, daß noch folgender Antrag eingelaufen ist. (Nr. 11):

Der Parteitag erklärt: Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im deutschen Reich die gleichen sind, da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen, und dieser Pflicht stets nach Kräften nachzukommen ist, da endlich die Sozialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt, so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der Polnischen Sozialistischen Partei von der Gesamtpartei, als gänzlich ungerechtfertigtes Vorgehen erscheinen, das durch separatistische Tendenzen hervorgerufen wurde, die mit den Aufgaben der Sozialdemokratie nichts zu thun haben.

Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe Polnische Sozialistische Partei provokierten Doppelsignaturen in Ober- und unteren Reihen und fordert die polnischen Parteigenossen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, auf, dieser demoralisierenden Sonderbehandlung halbmäßig ein Ende zu bereiten.

Die Gegenkandidaten der Polnischen Sozialistischen Partei kommen von nun an als Parteikandidaten nicht mehr in Betracht. Damit sind die Anträge 12 und 13 als erledigt zu betrachten. Ueber die Anträge 14 und 15 geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Luxemburg und 20 Genossen."

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird mit den dazu gehörigen Anträgen 12 bis 15 (Parteigenossen in Berlin III - in Breslau - in Jäger - Lebus in Dresden) mit zur Debatte gestellt.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, darunter eines von der Vstra und Sarja im Namen der Ugra der russischen revolutionären Sozialdemokratie, des Petersburger Komitees der russischen Sozialdemokratie und des Nördlichen Arbeiterbundes (Föderation der Arbeiterorganisationen in den Gouvernements Wladimir, Kostroma und Jaroslaff).

Schluß 12^{1/2} Uhr.

Nachmittagstung.

Den Vorsitz führt Singer. Eingegangen sind wieder verschiedene Begrüßungstelegramme, darunter ein solches vom Sekretariat des internationalen Komitees durch Sekretär Servo.

Den Kassensbericht erstattet nunmehr Geislich: Die Zahlen des Kassensberichts liegen Ihnen im Bericht des Parteivorstandes vor. Des Grundes, warum wir noch einen verhältnismäßig guten Abschluß erzielt haben, hat hier schon gedacht. Die wirtschaftliche Krise mußte naturgemäß auf die Beitragsleistung ungünstig einwirken. Die nur auf freiwillige Beiträge angewiesene Partei befindet sich in weit weniger vorteilhafter Lage als die Gewerkschaften mit ihrer festen Organisation. Zu den Beiträgen kommen die Erträge der Parteiunternehmungen. Diese Einnahmequellen dürfen unter keinen Umständen verstopft werden. Ich bedauere deshalb, daß selbst Berliner Genossen in ihrem Antrag 22 vorschlagen, kurzerhand zu dekretieren, daß der Neue Welt-Kalender für 80 Bfg. verkauft werden solle. Wenn auch dieser Kalender nur eine kleine Einnahmequelle bildet, so sollte doch auch diese nicht in ihrem Ertrag vermindert werden. Weiter lag vor der Antrag der Wandbinder Genossen, die selbst ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei sehr prompt erfüllt haben, die Frage gefordert zu behandeln: Wie stärken wir die Finanzen unserer Partei? Wenn auch nach unserem gefassten Beschluß diese Frage nicht als besonderes Thema behandelt werden soll, so muß sie doch natürlich von uns erörtert werden. Bereits in Lübeck ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Wahre Jacob, die Neue Zeit und die Gleichheit nunmehr völlig auf die Rechnung des Parteivorstandes, der Gesamtpartei, hergeleitet und verteidigt werden. Der Wahre Jacob hat im Rechnungsjahr 1901 einen Neuzuwachs von 20 028,45 Mark ergeben, gewiß ein erfreuliches, wenn auch noch steigungs-fähiges Resultat. Aber der Wahre Jacob hat von jeder zwei Geschwister gehabt, die sich rechts und links liebend an ihn gehängt haben. Diesen ist er von jeder eine Stütze gewesen. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Durch diese beiden Schwestern wird der Reinertrag des Wahren Jacob wesentlich vermindert.

Die Neue Zeit hat mit einem Defizit von 10 305 Mk. abgeschlossen (Hm! hm!), die Gleichheit mit einem Defizit von 4480 Mk. Es ergibt sich also nur ein Reinerlösüberschuss von einigen Tausend Mark aus diesen drei Blättern. Nun ist es ja klar, daß wir bei der wissenschaftlichen Revue noch auf absehbare Zeit mit Zuschuß zu rechnen haben werden. Aber das Defizit kann verringert werden, einmal durch eine Vermehrung der Abonnentenzahl und zweitens dadurch, daß die Parteikolportage und die Expedienten in Parteigeschäften die Abbestellungen rechtzeitig beim Verlag anmelden, damit dieser nicht so unendlich viel Hefte zurückbekommt. Bei der verhältnismäßig geringen Auflage der Neuen Zeit beträgt die Zahl der zurückgekauften Hefte im letzten Jahre nicht weniger als 17 770. Diese Zahl könnte bei allseitigen guten Willen wesentlich herabgemindert werden. Es ist doch eine Unwissenheit fernerhergehenden, wenn wir erst das teure Papier, Druck und Buchbinderarbeit bezahlen und hinterher Rehtausende von Hefen als Makulatur fortwerfen müssen. Bezüglich der Gleichheit würde uns eine verhältnismäßig geringe Steigerung der Abonnentenzahl schon über den Berg hinweghelfen. Von unserer Genossin Zellin kann nicht mehr verlangt werden, als sie schon leistet, sie thut das menschenmögliche, und was noch zu thun übrig bleibt, müssen die Genossen selbst thun.

Ich habe eine weitere Anregung zu geben: Der Vorwärts veröffentlicht allmonatlich eine Parteiquitung, den Fleißigen zur Ehre und den Faulen zur Nachahmung. Nun lesen aber nicht alle Parteigenossen den Vorwärts, die große Masse ist vielmehr auf die Provinz-Partei-Pressen angewiesen. Nun habe ich die Bemerkung gemacht, daß sich eine Anzahl von diesen Blättern anscheinend zu vornehm dünkt, um die Quittungen zu veröffentlichen. Diese bleiben 8-14 Tage liegen und werden schließlich nach 8-14 Tagen in einem verhungerten Auszug in die Blätter eingestopft, die sonst für alle möglichen anderen Sachen Platz haben. Auf diese Weise werden die Parteigenossen nicht angeeifert, Beiträge zu leisten. Und sehen Sie sich doch nur die verschiedenen Anträge an, die populäre Flugblätter und Schriften für die Agitation verlangen. Aber diese Sachen kosten doch Geld und deshalb sollte die Presse dazu beitragen, indem sie die Quittungen in vollem Umfange abdruckt, die Genossen anzueifern, damit sie sich alle an den Beiträgen für die Parteikasse beteiligen. Ganz besonders bemerkenswert war das Verhalten verschiedener Blätter bei der belgischen Sammlung. Hier war es ihnen besonders leicht gemacht, indem die Quittung die Beiträge aus Berlin und die aus der Provinz getrennt auswies. Nicht einmal den Auszug über die Provinzbeiträge hat man da gebracht und die Folge war, daß wir mit einer Flut von Anfragen überschüttet wurden von den Genossen, die wissen wollten, ob ihre Beiträge an die richtige Stelle gelangt seien. Die Parteipresse sollte immer und immer wieder anfeuern, um die Parteifinanzen zu stärken.

Eine genaue Uebersicht über den Stand der Parteipresse kann ich leider nicht geben. Es sind diesmal so viele Verlage mit der eingeforderten Auskunft zurückgeblieben, daß ich keine Statistik aufstellen konnte. Nur die allgemeine Tendenz läßt sich feststellen und die ist nicht erfreulich. Die Einnahme aus Abonnements und Inseraten sind zurückgegangen. 6 Tagesblätter haben ihren Bestandsstand an Abonnenten behaupten können, 16 Blätter haben die winzige Ziffer von 6130 Abonnenten hinzugenommen, 15 Blätter aber haben 5800 Abonnenten verloren. Im verflochtenen Jahre hat die Parteipresse neues Terrain also nicht erobert. Die Wirkung der Krise auf eine Reihe von Verlagen war ebenso unerfreulich. In guten Jahren neigen die Genossen leicht zu Gründungen. Wie so manches andere ist auch die Art, wie Geschäfte gegründet werden, nicht besser geworden. Die älteren Genossen werden sich noch erinnern, wie es früher war. Da genügte eine Handweitsche, ein Mann repräsentierte in seiner Person das gesamte Setzer-, Drucker- und Expedientenpersonal. So ärmlich diese Geschäfte aussehcn, so kerngesund war ihre Grundlage. Sie konnten sich organisch entwickeln, nie waren sie der Partei eine Last und ein Gegenstand der Sorge. Es war eine Freude zu sehen, wie diese Geschäfte sich nach und nach zu rechten Stützpunkten der Partei entwickelten. Nun hat die Partei mit ihrer Ausdehnung auch großen geschäftlichen Kredit gewonnen, und damit ist die Unternehmungslust der Genossen so gestiegen, daß sie häufig alle geschäftliche Vorsicht außer acht lassen. Daher haben eine Anzahl von Blättern eine Schuldenlast aufgeschuldet, an deren Deckung aus eigenen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Man ist damit der Entwicklung bedenkend vorausgeeilt. Dann wendet man sich am letzten Ende immer wieder an die Partei. Dafür bietet der Kassensbericht viele Beispiele. Es sind nun aber manche Geldquellen, die Jahr für Jahr gekostet sind, mit einem Male versiegt. Aufmerksamem Parteigenossen ist diese Thatsache nicht entgangen. Bei anderen Genossen aber hat sich eine eigenartige, romantische Vorstellung vom "Renten-" herausgebildet; sie meinen, man brauche in die Kasse nur ein paar Pfennige hineinzutun und könne doch, wie beim "Efel, streck dich", die Goldstücke nur so herausholen. Ich sehe nicht an, auszusprechen, daß, wenn immer nur der glühende Wunsch maßgebend ist, das Ziel möglichst schnell zu erreichen, wenn man nicht immer kühl erwägt, wenn die Partei sich in der bisherigen Weise weiter engagieren sollte, immer in so unverhältnismäßiger Weise, über die verfügbaren Mittel hinaus, daß dann allerdings sehr leicht einmal für eine spätere Parteileitung die Frage entstehen kann, ob sie das gesamte Parteivermögen bis zum letzten Pfennig daransetzen will, oder einen großen wirtschaftlichen Krach in der Partei heraufbeschwören will, der jedenfalls von sehr schlimmen Folgen sein dürfte. Ich male nicht zu schwarz. Es ist in der That bei solchen Gründungen ein geschäftlicher Optimismus in der Partei vorhanden, der uns sehr leicht in eine unangenehme Situation bringen könnte. Ich würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn ich nicht die Parteigenossen, die an solchen Gründungen teilnehmen, eindringlich darauf hinweisen wollte, daß sie stets auf die Verantwortunglichkeit vor der Gesamtpartei Rücksicht nehmen. Ich habe diese Ausführungen ganz besonders mit Rücksicht auf die vielen Anträge gemacht, die eine Unterstühtung von Parteiunternehmungen bezwecken. Ich wiederhole: Ich male nicht zu schwarz, sondern wünsche nur, daß die Partei vor Schaden bewahrt wird. (Beifall.)

Den Bericht der Kontrolleure erstattet

Meister: Wir haben uns mit verschiedenen Beschwerden beschäftigt. Zunächst mit der des Korrektors am Vorwärts, die, daß eine Gehaltsnachzahlung von drei Wochen verlangt. Nach genauer Prüfung mußten wir die Beschwerde zurückweisen. Dieß wollte eine neue, näher begründete Beschwerde diesem Parteitage unterbreiten, hat mir aber jetzt geschrieben, daß er davon Abstand nehme. Dann hatten wir uns zu befassen mit dem recht unangenehmen. Bis ist im VI. Berliner Wahlkreis. Leider hatten die Berliner Genossen eine Neigung, sich unserer Entscheidung zu fügen. Als es zu einer Katastrophe zu kommen schien, wurde die Angelegenheit glücklicherweise durch eine freie Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstande, der Fraktion und den Kontrolleuren beigelegt. Die Berliner Delegierten lächeln mir zu; ich hoffe, daß es über Nacht nicht wieder anders geworden ist. (Gelächter.) Ein weitere Beschwerde ging von dem Genossen John aus. Er war Verlehterflatter am Vorwärts; aus gewissen Gründen waren die Kommission und Redaktion sich darüber einig, daß er seine Thätigkeit einstellen müsse. Die Gründe, die geltend gemacht wurden, waren auch für uns maßgebend; wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche von John Rechnung zu tragen.

Eine Beschwerde der Genossen Eytlinger und Herrmann in Nürnberg richtete sich dagegen, daß die Anberufung eines von ihnen gewünschten Schiedsgerichtes abgelehnt wurde. Die beiden Genossen waren seiner Zeit in Nürnberg aus dem Verein ausgeschlossen worden und in einen anderen Verein eingetreten. Der Parteivorstand hat selbst Stellung zu dieser Frage genommen und ihnen brieflich mitgeteilt, daß beide noch Mitglieder der Partei seien, wenn sie selbst sich als solche betätigen. Die Kontrolleure

mußten diese Auffassung teilen und sind der Ansicht, daß sich die beiden Beschwerdeführer noch als Parteigenossen zu betrachten hätten. Die Redaktion der Sarja beschwerte sich, weil die Redaktion des Vorwärts ihr angeblich nicht den gewünschten Raum zur Verfügung stellte. Wir stellten nun zunächst fest, daß die Vorwärts-Redaktion bei der Sache ganz unbeteiligt war. Die betreffenden Anordnungen waren vom Parteivorstand getroffen worden. Was diese Anordnungen selbst betrifft, so sind wir der Ansicht gewesen, daß die Genossen der Sarja mit den ihnen zur Verfügung gestellten Raum recht wohl zufrieden sein konnten. Außerdem ging die Beschwerde so verpätet ein, daß sie schon aus diesem Grunde hinfällig war.

Ferner lag eine Beschwerde vor von den Genossen in Vochum. Ein dortiger, in Noilage befindlicher Genosse hat vom Parteivorstand eine zweimalige Unterstützung von 150 und 100 Mark erhalten. Der betreffende Genosse hat dann eine Stellung erhalten, es ergaben sich jedoch Mißlichkeiten, so daß von beiden Teilen der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge aus dieser Stellung wieder austreten. Die Genossen in Vochum waren nun der Ansicht, daß sich der Parteivorstand verfehlt habe, indem er sie vor Bewilligung der Unterstützungen nicht befragt hat. Die Kontrolleure haben aber die Beschwerde zurückgewiesen, da sie den Vorstand nicht für verpflichtet halten, solche Erfindungen einzuziehen, wenn, wie in diesem Falle, ihn die Sachlage und die Person genau bekannt ist. Die Vochumer glaubten, solche Erfindungen habe unter allen Umständen zu erfolgen. Das ist ein Irrtum. Wenn dem Vorstand die Verhältnisse nicht genau bekannt sind, holt er sich stets Auskünfte ein. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen alten Genossen, der dem Vorstand sehr genau bekannt war und infolgedessen wiesen wir die Beschwerde zurück. Die Vochumer gaben sich damit aber nicht zufrieden und unterbreiteten uns ihre Beschwerde nochmals. Kurz vor dem Parteitag erhielten wir noch einmal genau denselben Brief, den wir bis heute aus Mangel an Zeit noch nicht erledigen konnten.

Eine weitere Beschwerde lag von den Genossen Mülhausen vor. Sie hatten vom Vorstand vergebens die Stellung einer Kaution zur Herausgabe einer Tageszeitung - 20000 Mk. - verlangt. Nur hat die Sache schon eingehend behandelt. Der Standpunkt der Kontrolleure deckt sich mit dem des Vorstandes. Der Vorstand ist nicht berechtigt, und die Kontrolleure erst recht nicht, solche ungeheure Summen für einzelne Bezirke festzusetzen. Parteigeld ist Pulver, das jeden Augenblick zur Hand sein muß. Für Unfälle und Vorkünfte ist außerordentlich viel und gern gegeben worden, weil man der besonderen Situation dort Rechnung getragen hat. 19000 Mark sind hergegeben worden in der Hoffnung, daß nun nichts weiter gefordert, sondern das Kapital vergraben werden würde. Für Straßburg sind zu einer Kaution 12000 Mk. gegeben worden, jetzt verlangen die Straßburger weitere 8000 Mk., weil sie das Blatt nach der Stadt verlegen wollen. Würde den Mülhausenern die 20000 Mk. gegeben, dann wären 40000 Mk. allein in Elsaß-Lothringen festgelegt. Das geht nicht, so wünschenswert auch es sein mag. Man muß sich einschränken und warten, bis die eigene Kraft so weit reicht. Die Kontrollkommission hat gestern die Beschwerde der Mülhausener abgelehnt.

Dann hat sich die Kontrollkommission mit einer Beschwerde des Gauvorstandes für Nordbayern zu beschäftigen gehabt. Der Gauvorstand ist der Ansicht, daß in der Kassensführung des früheren Gauassistenten Kofkopf Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Beweise dafür aber hat er nicht anführen können. Ein Vermittlungsversuch ist vergeblich geblieben. Kofkopf will die Bücher nicht ausliefern, was ihm als großes Vergehen angesehen wird. Er erklärt, daß er einem alten Gebrauch folgend, nachdem die Gaukonferenz stattgefunden, Bücher und Belege verbrannt habe. Die Revisoren bestreiten, daß dies Uebung gewesen sei. Jetzt sind Rechnungen präsentiert, zu denen die Belege fehlen sollen.

In einem uns weiter zugegangenen Schreiben wird uns mitgeteilt, daß Kofkopf zugegeben habe, daß eine Summe von 200 Mk., die er bereits erhalten habe, nochmals in einer Rechnung präsentiert worden sei. Darauf haben wir den Genossen in Nürnberg den Rat gegeben, den erforderlichen Instanzenzug zu benutzen und das weitere selbst zu veranlassen.

Nun hat uns noch beschäftigt der Eigarrenarbeiter Kerl in Delmenhorst, der seine Wiederaufnahme beantragt. Kerl, der seiner Zeit ausgeschlossen worden war, war Redakteur des in Delmenhorst erscheinenden Blattes gewesen. Die Parteigenossen glauben, er habe eigenmächtig die bei seiner Entlassung streitige Geldfrage geregelt. Kerl hatte früher viermal gegen seine Ausschließung protestiert. Er giebt an, es sei ihm eine zweite Verhandlung, nachdem er an der ersten nicht habe teilnehmen können, verweigert worden. Wir haben uns für inkompetent erklärt, jemanden, der gegen seine Ausschließung überhaupt keine Einwendungen erhoben hat, wieder aufzunehmen. Wir haben ihn darauf verwiesen, sich in Delmenhorst zur Wiederaufnahme zu melden. Werde ihm diese verweigert, könne er die Parteinstanzen in Anspruch nehmen.

Endlich hat uns der bereits erwähnte Herr Bieth kurz vor dem Parteitage noch eine sehr umfangreiche Beschwerde eingereicht, weil es notwendig geworden war, ihm seine Stellung zu kündigen. Er protestiert gegen seine Kündigung, die er als Resultat von allerlei Machinationen ansieht. Mit dieser Beschwerde sind wir gestern nicht fertig geworden, ich werde Ihnen später darüber berichten.

Die Revisoren der Parteikasse, der Buchhandlung und des Parteivorstandes Vorwärts u. s. w. haben nie zu Monika Veranlassung gegeben. Ich beantrage Decharge.

Zum Schluß muß ich mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen über den schweren Verlust, den wir erlitten haben durch den Tod unseres Veteranen Meyner. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.) Wir, die wir die Kleinarbeit der Kontrolleure mit ihm zu erledigen gehabt haben, wissen am besten, welchen treuen und braven Genossen wir an ihm verloren haben. Die Partei wird sein Andenken ehren. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet. Singer bittet, auf die auf die Presse, auf Agitation und auf Entlast bezüglichen Anträge, die doch noch gefordert zur Verhandlung kommen, möglichst wenig einzugehen und über die Polenfrage besonders zu debattieren.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Anter-Proporzheim will eine sich auf die Einberufung eines besonderen preussischen Landtages beziehende Resolution beschließen, wird aber von Singer darauf aufmerksam gemacht, daß der Parteitag sich bereits gestern abend dahin entschieden habe, diese Frage den preussischen Genossen zu überlassen.

Wolf-Vochum: Wir Vochumer waren mit den Beschlüssen bezüglich der Gründung eines Zentralorgans für Rheinland und Westfalen keineswegs einverstanden, wir wurden erst zur Beratung hinzugezogen, als die Sache schon perfekt war, und da erklärte ich ausdrücklich, daß wir es dem Parteivorstand nicht verdenken können, wenn er unter solchen Umständen seine früheren Versprechungen uns gegenüber nicht aufrecht erhält. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines besonderen Blattes für Vochum hat auch der Parteivorstand anerkannt. Es ist richtig, daß der Parteivorstand für uns große Zusätze geleistet hat, aber wir haben die Schulden, die sonst das Dortmunder Blatt gemacht hätte, auf unser Konto übernommen. Jetzt haben unsere Genossen sich dahin entschieden, daß sie ihr Blatt aus eigener Kraft halten und sich nicht auf den Parteivorstand verlassen wollen. Unseren Verbindlichkeiten werden wir später nachkommen. Wir haben es gewagt, das Blatt zu gründen, weil sich das für unseren Wahlkreis als notwendig herausstellte. Die Einnahmen im Kreise sind schon erheblich gestiegen, und wir haben Hoffnung, das Defizit in einigen Jahren zu decken. Was die Beschwerde aus Vochum betrifft, so wurde die betreffende Stellung ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit vergeben. Der Genosse wußte das, als er die Stellung annahm; wir dikten ihm einer Unterstützung nicht für würdig. Der Parteivorstand war nicht genügend informiert.

Alekt-Berlin VI: Meister hat erwähnt, daß die Kontrolleure auch mit den Genossen des VI. Berliner Wahlkreises zu thun gehabt haben. Er hat aber nicht gesagt, daß es sich nur um einen Teil der Genossen dieses Wahlkreises handelte. Die übergroße Mehrzahl der Genossen hat sich dem Schiedspruch der Kontrolleure gern angeschlossen. Der hierzu vorliegende Antrag ist hinter dem Rücken der Organisation an den Parteitag gebracht worden. Bei dem Antrag 3, der Protest einlegt gegen die Versicherung der Parteiangestellten durch den Vorstand, sind die Antragsteller, Parteigenossen in Berlin VI, von durchaus idealistischen Motiven geleitet worden. Sie glauben, daß die Partei als solche eine Einbuße durch solche Versicherungen für den Verein Arbeiterpresse erleiden kann. Der Genosse Kröhn, der diesen Antrag befürwortete, wollte mit seinem Antrag nur der Partei dienen. Er fürchtete, daß es eine Schraube ohne Ende sein würde, wenn Parteigelber zu solchen Zwecken verwendet würden. Das Gefühl der Empörung hat dann die Parteigenossen dazu bestimmt, dem Antrag ohne weiteres zuzustimmen. Man war der Ansicht, daß den im Dienste der Partei thätigen Genossen, die alle Abende erst um 2 bis 3 Uhr spät von Versammlungen u. s. w. nach Hause kommen, die auch einmal in die Hände des Staatsanwaltes geraten können durch ihre Reden, die sie nicht so kontrollieren können wie ein Redakteur, mindestens das selbe Recht zustehen. Man hielt derartige Unternehmungen für durchaus nicht notwendig innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Sie stehen mit dem alten Geist der Partei im Widerspruch.

Prohme-Hamburg: Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Das ist allerdings nicht die Schuld des Vorstandes; die Schuld liegt vielmehr bei anderen Stellen. Es ist wohl mit Recht zu verlangen, daß die Vorstandsberichte ein eingehendes und erschöpfendes Bild von der ganzen Parteibewegung geben. Das war bei den Berichten nicht der Fall. Was besonders fehlt, sind Angaben über die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen. Nichts ist wichtiger, als eine solche Statistik. Sie soll nicht nur uns, sondern auch der Öffentlichkeit zeigen, wie mächtig die Organisation, wie weit die innere Erstärkung der Partei vorgeschritten ist. Ich weiß wohl, daß sich der Vorstand die erdenkliche Mühe gab, solche Angaben zu erhalten. Diese Mühe war aber umsonst. Es ist doch unerhörte, daß solche Anzeigen nicht besser besorgt werden. Auch auf finanziellen Gebieten kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Wir müssen leider die Beobachtung machen, wie das Gros der Parteigenossen die finanziellen Leistungen an die Partei als etwas recht Neben-sächlich betrachten. Es ist gewiß nicht dagegen zu sagen, wenn die Gewerkschaften immer höhere finanzielle Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Wenn sich aber Genossen unter Berufung darauf von ihren Verpflichtungen gegen die Partei drücken, so ist das nicht recht. Sehr zu tabeln ist auch die große Masse kleiner Vereine und die Vereinsmehrer, die unter den Parteigenossen eingetrennt ist. Wir müssen dahin wirken, daß die einzelnen Organisationen in entsprechender Weise ihrer moralischen Beitragspflicht nachkommen. Leider wird sich wohl ein Modus nicht finden lassen, der es erlaubt, die Organisationen nach Maßgabe ihrer Stärke zu Leistungen an die Parteikasse heranzuziehen. Aber ihrer moralischen Pflicht sollten sich alle Genossen bewußt sein. Der Wahlkreis Altona gehört gewiß nicht zu den lauen Bahern. Wir sind aber doch zu dem Entschluß gekommen, die Beiträge zu erhöhen, um so die Mittel zu gewinnen, daß wir größere Beträge an die Parteikasse abliefern können. Wir müssen bedenken, daß wir außer durch die bevorstehenden Wahlen auch noch in anderer Weise in Zukunft mehr belastet werden. Es kommen Landtags- und Kommunalwahlen u. und wenn wir da nicht rechtzeitig für die Parteikasse sorgen, werden alle Gelder für diese Zwecke verwendet. Es gibt eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, die Vertreter in den Reichstag schicken, aber nicht einmal so viel Beiträge an die Parteikasse abliefern, als diese Abgeordneten an Entschädigungen erhalten. Dieser Zustand ist abzustellen, wenn nur der nötige gute Wille vorhanden ist. Ich richte die Aufforderung an die versammelten Delegierten, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. (Sehr richtig!)

Wolf Braun-Nürnberg begründet den Antrag Nürnberg, betreffend die Aufkündigung des Vorstandes über die Durchführung früherer Parteitagbeschlüsse. Wir sind nicht so unbescheiden, Aufkündigung über alle bisher gefassten Beschlüsse zu verlangen, obwohl auch das sehr wünschenswert wäre, sondern wir wollen nur all-jährlich wissen, was aus den Beschlüssen des letzten Parteitages geworden ist. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß viele Beschlüsse auf Parteitagen gefaßt werden, nur, um nicht gefaßt zu werden, wie ein hochharter Mann einmal sagte. Das wird aufhören, wenn in Zukunft immer gezeitigt wird, wie leicht Beschlüsse gefaßt und wie schwer sie ausgeführt werden. Unausführbare Beschlüsse wird man dann verhindern, und die Anträge werden auch ernstlich bekämpft werden, wenn man weiß, daß im nächsten Jahre der Parteivorstand mittelst, daß wieder ein Duzend Beschlüsse gefaßt wurden, die unausführbar sind. Auer sagt, vieles bleibt unerledigt, vieles wird ad acta gelegt. Das ist ja nicht sehr schmeichelhaft für den Parteitag, es wird aber sehr lehrreich sein, wenn man das schwarz auf weiß zu lesen bekommt. Wenn unser Antrag angenommen wird, und wenn ferner, wie es die Dresdener Genossen wünschen, am Schluß des Protokolls die auf dem Parteitag angenommenen Beschlüsse und Resolutionen veröffentlicht werden, dann haben unsere Protokolle einen erheblich höheren Wert, und unsere agitatorisch thätigen Genossen, Journalisten u. dergl. können sich dann viel leichter als heute orientieren. Was wir wünschen, ist eine rein formale Sache, der jede Spitze gegen den Parteivorstand fehlt. Es liegt im Interesse der Partei, daß der Antrag angenommen, aber nicht ad acta gelegt, sondern auch durchgeführt wird. (Seiterkeit.) Ein anderer Wunsch, den ich vorzubringen habe, könnte vielleicht kleinlich erscheinen, ich wünsche, daß der Parteivorstand sich einen Kaufstempel anschafft. (Seiterkeit.) Es giebt nämlich Briefe, die aus der Kreuzbergstraße 30 an die Redaktionen kommen, aus denen man absolut nicht erkennen kann, ob es Briefe des Parteivorstandes oder private Mitteilungen eines sehr geschätzten Parteifreundes sind. Diese Unterscheidung ist aber für unsere Redakteure sehr wichtig. Auf Grund des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand die Pflicht, die Presse zu überwachen, und die Redakteure, wenigstens so schlecht wie ich, bekommen von Zeit zu Zeit solche Briefe zugesandt. Wir wissen aber nicht, ob es sich da um Briefe handelt, die auf Grund des Organisationsstatuts vom Parteivorstand gefaßt werden, oder um freundliche Rippenspitze eines nicht ganz unbekanntem Parteifreundes. (Seiterkeit.) Mein Vorgänger in der Fränkischen Tagespost bekam mal solchen freundlichen Brief, weil er sich in einem Artikel gegen die Stellung Versteiners zur Kolonialpolitik wandte. Es hieß in dem Brief, unser Standpunkt zur Kolonialpolitik sei veraltet. Ich bekam, als ich den Stuttgarter Beobachter, der uns wegen der Verelendungstheorie angriff, amukte, einen Brief, in dem gesagt war: ach, mit der Verelendungstheorie, das ist ja Unsinn! (Hört! hört!) Ein andermal bekam ich einen Brief aus der Kreuzbergstraße 30, weil ich nach dem Rücktritt Millersands einen Artikel veröffentlicht hatte, der nicht gerade von Lob gegen Millersand überfloß. In diesem Briefe wurde auseinandergesetzt, Millersand habe doch seine großen Verdienste u. (Hört! hört!) Es wäre doch interessant, wenn man bei diesen Briefen, die ich gar nicht missen möchte, und die desto schöner, je größer sie sind (Seiterkeit), unterschiede zwischen solchen, die vom Parteivorstand und solchen, die von dem Genossen Auer ausgehen. (Seiterkeit.)

Windhoff-Düsseldorf: Wir haben durchaus keinen Vord geschossen, als wir ein eigenes Blatt gegründet haben. Das Kopfblatt hatte 1700 bis 1800 Abonnenten, das eigene Blatt hat 3700 bis 3800 Abonnenten trotz Bank und Streik in den eigenen Reihen. Vom Vorstand haben wir noch keinen Pfifferling bekommen. Während wir in der ersten Woche ein Defizit von 1400 Mark hatten, ist dieses Defizit jetzt auf 50 bis 60 Mark wachsendlich herabgemindert worden. Würde der Vorstand uns Hilfe leisten, würden wir rasch weiter kommen. Im Vorstand aber herrscht die Meinung, daß

mit der Fertigstellung der Düsseldorf Ausstellung, wofür 12 000 Arbeiter thätig waren, die Abonnentenzahl um 2000 sich vermindern würde. Das ist nun durchaus nicht richtig gewesen.

Hämelsburg-Hamburg: Das behauerlichste Vorkommnis in der Parteibewegung ist wohl das, daß sich in der letzten Zeit in Bochum Jugeträger hat. Genosse Wolf, der den Standpunkt der Bochumer Genossen verteidigt hat, erklärte, daß eine Vereinbarung mit dem Parteivorstand sich nicht habe treffen lassen. Man ist in Bochum der Ansicht des Parteivorstandes nicht gefolgt, der in Dortmund ein Centralorgan für die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum wünscht. Dies Verhalten der Bochumer Genossen ist auf jeden Fall tief zu bedauern. Die Partei hat dort ungeheure Opfer gebracht, es ist ein großer Neubau, neue Schrift, neue Maschinen u. angekauft worden. Diese großen Summen sind aus allgemeinen Parteimitteln gekostet. Die Bochumer Genossen hätten also die Pflicht, diesen Opfern der Partei durch Unterstützung des Dortmund-Centralorgans Rechnung zu tragen. Wenn sich später herausgestellt hätte, daß in diesem Centralorgan die speziellen Interessen Bochums nicht genügend hätten berücksichtigt werden könnten, so hätten die Bochumer Genossen auf dem nächsten Parteitag mit ihren Beschwerden kommen können. Die drei Wahlkreise Dortmund, Bochum und Essen sind gewissermaßen als ein einziger Ort zu betrachten, wir haben es dort mit einer rein industriellen Arbeiterbevölkerung zu thun, die politisch und wirtschaftlich die gleichen Interessen hat. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein besonderes Bochumer Blatt existenzfähig sein kann. Aber selbst, wenn das Blatt notdürftig über Wasser gehalten werden könnte, so würde doch keineswegs eine gute Zeitung dort hergestellt werden können. Der einzige Redakteur, den man anstellen kann, kann doch nur mit der Schere arbeiten. Bei einem Centralorgan könnte man ganz ohne einen Zuschuß der Gesamtpartei auskommen und einen ausreichenden Redaktionsstab anstellen. Das Bochumer Vorgehen kann dahin führen, daß in diesem Bezirk zwei Parteiblätter sich gegenseitig Konkurrenz machen. Das Verhalten der Bochumer Genossen ist ein derartiges, daß sie keine Unterstützung der Gesamtpartei für ihre Interessen beanspruchen können.

Grundwald-Erfurt: Die Anträge der Erfurter Genossen betreffend die Erstellung der hohen Zuschüsse an einzelne Parteiblätter und Hergabe der Berichte des Vorstandes und der Fraktion als Beilagen zu den Parteiblättern bitte ich abzulehnen. Beide Anträge haben materielle Berechtigung, sind aber in der Form unpassierbar. Der zweite Antrag wird erledigt durch die Protokolle, die wir natürlich nicht zu dem Selbstkostenpreis abgeben können, weil wir ja damit ein Geschäft machen müssen. Den ersten Antrag bitte ich dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Partei. Die Reichstagswahlen haben ja nicht nur den Nachteil, daß sie die Centralkasse leeren, sondern auch den Vorzug, daß sie die Sozialisten vorher ungewöhnlich füllen. Es giebt eine große Zahl von Wahlkreisen, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbar hält, sich für die Wahlen von der Centralkasse einen Zuschuß geben zu lassen. Deshalb sind ihre Kassen gefüllt und sie können auch für ihre Zeitungen etwas thun. Auer der im Vorstandsbericht schon beklagten Zersplitterung der Vereine giebt es auch noch eine bedauerliche Zersplitterung der Literatur, und man sieht leider Ergebnisse, die durch die rote Farbe ihres Umschlages das zu erkennen suchen, was ihnen vielleicht innerlich an roter Farbe fehlen mag. Eine Bitte, die ich an den Parteivorstand zu stellen habe, geht dahin, es möge in Zukunft die Tagesordnung nicht schon gleich nach Schluß der parlamentarischen Arbeit, sondern erst kurz vor der Einberufung des Parteitages aufgestellt werden. Das ist schon nötig mit Rücksicht auf die oft recht schnell wechselnde politische Lage. Die Konferenz für die preussischen Landtagswahlen bitte ich möglichst frühzeitig einzuberufen, damit wir dann Zeit haben, uns auf die schwierige Technik der Wahlen vorzubereiten.

Adolf Hoffmann-Berlin: Auf jedem Parteitag hören wir Klagen über den ungeheuren Zuschuß für die Presse, auf jedem Parteitag wird gewarnt vor unüberlegten Neugründungen. Das hat aber allerdings nichts genützt. Deshalb empfehle ich vielleicht ein energischeres Mittel. Ich schlage vor, daß alljährlich auf dem Parteitag ein Ausschuss gewählt wird, der prüft, welche Blätter unterstützt werden sollen, und daß der Parteitag die Unterstützungen beschließt. Auer hat recht: die Genossen legen sich eben, wenn wir seiflichen, setzen wir dem Vorstand die Wüste auf die Brust, dann muß er bewilligen. Es thut aber gar nichts, wenn ein Blatt, das nicht lebensfähig ist, schon im ersten Jahre zu Grunde geht, als daß es fortgesetzt vergeblich unterstützt wird. (Sehr richtig!) Gerich hat auf die 10000 Mk. Defizit der Neuen Zeit hingewiesen. Ich glaube doch, daß sich dieses Defizit bei rezer Agitation besitzigen läßt. Aber da stoßen wir auf einen alten Fehler. Wo eine Zeitung lebensfähig ist, da werden zwei und drei gegründet. Genau das selbe gilt von der Neuen Zeit und dem anderen Blatt. Bei diesem aber handelt es sich nicht um eine Parteigründung, sondern um ein Privatunternehmen. Da sollte aber für jeden Genossen nicht möglich sein, zu sagen: Ich mag nicht für die Neue Zeit schreiben, sie gefällt mir nicht. Bringen Sie doch hier vor, was Sie an Abänderungen wünschen. (Sehr richtig!) Aber sorgen Sie nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens dafür, daß das Defizit eines Parteiorgans größer wird. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Berliner Genossen steht auf dem Standpunkt von Berlin VI. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwierige und gefährliche Kleinarbeit unentgeltlich leisten, besteht kein Unterstützungsfonds wie bei der nicht ganz so schlecht gestellten Angestellten der Parteiu nternehmungen, die die Verifikation schließlich selbst bezahlen können. (Sehr richtig!)

Wipinski-Leipzig: Die Unterstützungsgenossenschaft soll den gesamten Angehörigen der Partei und Gewerkschaften zu gute kommen, es ist ein Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften erzielt worden. Von den Beiträgen in Höhe von 6 Mk. monatlich zahlen die Gewerkschaften die Hälfte, einige zahlen den ganzen Betrag. Nun ist gesagt, die Agitatoren sind ausgeschlossen. Aber die Genossenschaft ist doch gegründet worden auf Grundlage der Selbstversicherung der Mitglieder, es ist niemand ausgeschlossen, der in der Partei thätig ist, aber in irgend einem finanziellen Zusammenhang zur Partei muß der Betreffende doch stehen. Die Verwaltung hat gegen die Erweiterung des Rahmens der Genossenschaft gewiß nichts einzuwenden. Vor allem mußte jedoch endlich einmal etwas geschaffen werden; wie notwendig das war, erleben Sie aus der Thatsache, daß im Laufe eines einzigen Jahres sechs Genossen gestorben sind, für deren Witwen aus Vereinskassen über 2000 Mk. Sterbegeld gewährt sind. Wir sind mit dem Verlangen an die Parteiverlage herantreten, Beiträge zu leisten, und in dankenswerter Weise ist diesem Verlangen Rechnung getragen durch Zuschüsse oder dadurch, daß man einen Teil der Beiträge leistete. Das liegt im Interesse der Partei selbst, die dadurch nur entlastet wird.

Singer: Ich habe den Vorredner nicht unterbrochen, da er sich auf Äußerungen des Berichterstatters bezogen hat. Ich bitte aber dringend, die letzte Debatte nicht dazu zu benutzen, um über alle vorliegenden Anträge zu verhandeln. Ein gewisser formeller Zusammenhang ist ja nicht zu leugnen; wenn wir aber alle Anträge jetzt debattieren, so entsteht eine Verwirrung, aus der sich kein Mensch mehr herausfinden kann. Es erscheint mir richtiger, die Bemerkungen bis zur Verhandlung der einzelnen Anträge aufzusparen; es ist ja nicht möglich, die Genossen zu hindern, über die Frage zu sprechen, ob Parteigenossen nur für Parteiblätter schreiben sollen. Aber die Frage der Umwandlung der Neuen Zeit muß auf alle Fälle aus dieser Debatte auscheiden.

Zabelst-Berlin: Es ist sehr und in Zukunft nicht mehr möglich, in dem Maße wie früher die eingegangenen Mittel in der Parteikasse anzuwaschen zu lassen. Die Anforderungen an die Partei sind von Jahr zu Jahr vermehrt worden. Die kommunale Thätigkeit verzehrt einen großen Teil aller von den Parteigenossen angebrachten Mittel. In dieser Thätigkeit müssen erhöhte Mittel aufgewendet werden. Wir brauchen Mittel, um vorübergehende Hausbesitzer zu schaffen u. Auch die Beteiligung

an den preussischen Landtagswahlen wird die finanzielle Kraft der Partei stark in Anspruch nehmen. Auer hat mit Recht Ver-wahrung dagegen eingelegt, daß vom Parteivorstand der Gewerkschaftsbewegung irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die heutige Gewerkschaftsbewegung nimmt einen großen Teil der Mittel in Anspruch, die früher an die Partei abgeleitet werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung hat vor allen Dingen ihre Teilnehmer in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen, um dadurch erst die Teilnahme der Arbeiterklasse an den politischen Kampf zu unterstützen. Die von Berlin, Hamburg und den anderen großen Centren aufgetragenen Mittel müssen natürlich, wo es not thut, auch den Genossen in den kleinen Orten zu gute kommen, aber der Parteivorstand darf unter keinen Umständen Mittel für solche Unternehmungen ausgeben, wie wir es leider heute wieder durch den Bericht des Parteivorstandes zu hören bekommen haben. Wenn Bochum recht haben soll, hätten wir das selbe Recht für die ländlichen Kreise um Berlin, für die auch der Vorwärts nicht das ausschlaggebende Organ ist. Auch dort müssen wir den Wahlkampf mit Broschüren, Flugblättern und so weiter führen, ohne besondere Vorrichtungen zu besitzen. Wir sind aber trotzdem mit dem Vorwärts zufrieden, der ja in erster Linie in Berlin dominiert ist. Man kommt jetzt fast dahin, daß man den Wahlkampf an keinem Orte führen zu können erklärt, wo wir nicht ein eigenes Parteiorgan besitzen. Ich bitte unseren Parteivorstand und speziell unseren Finanzminister (Seiterkeit), noch weit mehr als bisher in dieser Beziehung die Hand auf die Kasse zu legen.

Noch eins. Es berührt schmerzlich, wenn man sehen muß — Sie sehen die roten Hefte dort auf dem Tisch —, daß selbst derjenige Parteigenosse, der in seinem Vorstandsbericht Klage darüber führte, daß die Neue Zeit ein Defizit habe, an der Spitze des neuesten Heftes dieser Zeitschrift seine geistige Arbeit niederlegt. Man zwingt uns, wenn wir heute die geistige Arbeit vieler gebildeter Parteigenossen, die schriftstellerisch thätig sind, kennen lernen wollen, Privatunternehmungen zu unterstützen und damit Parteiu nternehmungen willig oder widerwillig untergraben zu helfen. Ob etwas Derartiges von leitender Stelle richtig ist, das mögen die Parteigenossen selbst beurteilen.

Singer: Nachdem die Diskussion den Verlauf genommen hat, daß über Mitarbeit an nicht-sozialdemokratischen Organen gesprochen wird, halte ich es für richtig, den Antrag Augsburg mit zur Diskussion zu stellen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Polemiken von Parteigenossen, die an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Parteiorganen u. dergl. gepflogen werden. — Der Antrag wird genügend unterstützt. Die Umwandlung der Neuen Zeit ist einer besonderen Diskussion vorbehalten.

Richard Fischer-Berlin: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um auf einige Neuerungen von Braun zu erwidern. Braun meint, die Tendenz des Antrags Nürnberg gehe nur dahin, den Genossen eine Uebersicht darüber zu geben, wieviel unnötige und unmögliche Anträge gestellt werden; und er hat den Wunsch ausgesprochen, daß jeweils am Schluß der Protokolle eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge erfolgen solle. Es wäre gut, wenn die Genossen, die solche Anzeigen geben, mal ab und zu die Protokolle anschauen (Sehr gut!), sie werden dann finden, daß diese Anzeigen bereits seit 1808 zur Thatsache geworden sind. Es findet sich am Schluß nicht nur eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge, sondern es wird auch Auskunft über das Schicksal jedes einzelnen Antrages erteilt.

W. Heine-Berlin: Ich würde das Wort nicht ergreifen haben, wenn mich nicht Hoffmann mit seinem Vorstoß dazu genötigt hätte. Er findet, daß die Sozialistischen Monatshefte, deren Mitarbeiter ich ja auch bin, der Parteiliteratur Konkurrenz machen. Mag sein, aber ob gerade Hoffmann geeignet ist, das zu rügen, das erscheint mir zweifelhaft. Ich möchte ihm doch ins Gedächtnis rufen, daß er seit 10 Jahren einen höchst ultra-tiven Verlag betreibt, der der Parteiliteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht. (Sehr gut!) Ich mache ihm das nicht zum Vorwurf, das ist sein gutes Recht, aber das Recht, das er persönlich für sich in Anspruch nimmt, muß er auch anderen lassen. Zubeil hat sich zum Sprachrohr der Angriffe gegen Auer gemacht, die in verschiedenen Wätern erschienen sind. Ein Blatt hat geschrieben, es wäre ja interessant, daß dem Parteisekretär Auer die Mitarbeit in der Neuen Zeit nicht viel wert sei. Wir wollen doch mal die Sache umdrehen. Wie viel ist denn der Neuen Zeit die Mitarbeit der Genossen wert, die jetzt in den Monatsheften schreiben? Glauben Sie denn, daß wir, die wir für die Monatshefte schreiben, so darauf veressen sind, unsere Artikel irgendwas abzulagern? Glauben Sie denn, ich gehe zu Bloch und bitte ihn um Gottes willen, einen Artikel von mir aufzunehmen? Nein, umgekehrt, wir alle schreiben nur, wenn uns dieser unaussprechliche Redakteur der Monatshefte das Haus einläßt und sagt: Hier ist eine wichtige Frage; darüber müssen Sie schreiben! Dann läßt man sich schließlich breitschlagen. (Gelächter.) Ja, so ist es. So verfährt eine gute Redaktion, und wenn die Redaktion der Neuen Zeit die Mitarbeit von Genossen haben will, so mag sie sich darum bemühen. (Widerspruch.) Der Antrag Augsburg richtet sich direkt gegen Verstein, der die im Verlag des Vorwärts erschienenen Broschüren von Kautsky in den Monatsheften kritisiert hat. Ich finde das ungerecht; der ganze Streit zwischen Verstein und Kautsky hörte am besten auf. Aber in diesem Falle war Verstein der Angegriffene, denn diese Kautskyschen Broschüren sind ja gar nicht zur Agitation gegen den äußeren Feind geschrieben, sondern sie dienen zu neun Zehnteln der Agitation gegen den inneren Feind, der Widerlegung sogenannter Irreföhren. Sie sind so halb Encyclopädie, halb Waldverleumdung zur Einpantung guter und Unterdrückung schlechter Gesinnung. Das Defizit der Neuen Zeit bedauere ich, ich erkenne an, daß das offizielle Organ gewisse Mängel hat zu nehmen hat und daß dadurch die Stellung der Redaktion erschwert wird. Aber zu den Mängeln, die genommen werden müssen, gehört auch die auf die Einheit der Partei; aber nach meiner Meinung nimmt Kautsky mehr Rücksicht auf die Einseitigkeit der Anschauungen, er treibt es sogar bis zur Einseitigkeit, und darunter leidet allerdings die Aktionsfähigkeit der Partei. Die Redaktion der Neuen Zeit geht offenbar immer davon aus, daß es nur eine richtige Ansicht giebt, alle anderen Ansichten seien falsch, die richtige müsse propagiert, die falsche bekämpft werden. Wenn der Redaktion der Neuen Zeit etwas zugefandt wird, was ihr nicht ganz richtig erscheint, so wird sofort das Schwanzchen, die Meinung der Redaktion, angehängt. Das paßt nicht jedem. Mir persönlich ist es allerdings noch nie passiert. Ich schide das voraus, um jeden Einwand nach der Richtung hin abzuschneiden. Wir haben gehofft, es würde eine Aenderung eintreten. Nun, die Form der Neuen Zeit hat sich ja auch geändert; aber daß sich die Einseitigkeit nicht ändern würde, das haben wir gewußt, seitdem Kautsky in Lübeck die Zumutung, mehrere Richtungen zu Worte kommen zu lassen, zurückgewiesen hat mit der höhnischen Bemerkung, das wäre literarisches Liebesbreiikum. Mich persönlich berührt das ja nicht. Wenn ich die Neue Zeit für einen gezeichneten Resonanzboden hielte, so würde ich auch dafür schreiben, denn mich läßt auch die ganze papierne Fehde gegen einen künstlich zurechtgemachten Revisionismus kalt. Gewiß, denen, die in der Neuen Zeit angegriffen sind, kann man es nicht verdenken, wenn sie nicht dafür schreiben wollen, und es ist eine ungehörige Zumutung, sie dazu zwingen zu wollen. Ebenso ungehörig ist es, ihnen zu verbieten, für ein anderes Blatt zu schreiben, das von Sozialdemokraten gegründet ist, von Sozialdemokraten redigiert und geschrieben wird, sofern es ein anständiges Blatt ist. Noch weiter

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

geht der Antrag, daß man Schriften, die im Parteiverlag erschienen sind, nur in offiziellen Parteiblättern kritisieren dürfe. Das ist doch ein reines Maulkorbgesetz im Interesse des Parteibuchhandels und der offiziellen Parteilehren. (Zustimmung und Widerspruch.)

Kautsky erklärt in seiner Broschüre: Am Tage nach der sozialistischen Revolution, S. 42, 43, die Frage, wie in der sozialistischen Gesellschaft der Zeitungsbetrieb möglich sei. Er bemerkt, daß die kapitalistische Seite des heutigen Zeitungsbetriebes nur durch Staatsbetrieb ersetzt werden könnte, und weist dann auf die Gefahren hin, die mit einer solchen Verstaatlichung verbunden sein würden. Er sagt: „Nur wenn nicht die staatliche Zentralisation eines so großen und wichtigen Teiles des geistigen Lebens es mit dem schärfsten bedrohen, was ihm passieren kann, mit Einseitigkeit und Stagnation.“

Schmid-Düsseldorf: Ich habe nicht die Absicht, die leidigen Düsseldorf-Verhältnisse zu besprechen. Aber die Sache ist von Auer berührt worden und deshalb muß ich darauf zurückkommen. Unser sehr gut fundiertes Kopfbild mußte aus gewissen Umständen in ein täglich erscheinendes eigenes Organ umgewandelt werden. Wir haben das größte Geld deshalb durchsuchen müssen und saßen uns auch veranlagt, da wir eines der beiden Unternehmen aufgeben mußten, die Buchhandlung aufzulassen. Trotzdem eine ganze Reihe von Leuten geschädigt sind, haben wir die Hoffnung, das Unternehmen halten zu können.

Eduard Bernstein-Berlin: Ich will die Debatte nicht auf das Gebiet des Persönlichen ausarten lassen, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte beleuchten. Schon Genosse Grundwald hat es für nötig gehalten, von einer Zeitschrift zu reden, die nur äußerlich mit der Partei zusammenhänge und unter der äußeren Hülle ihres roten Umschlages verdeckt, was ihr an innerer Gesinnung abghe. Es ist ganz klar, daß damit kein anderes Blatt gemeint war als die sozialistische Monatshefte. Dagegen protestiere ich ganz entschieden. Die sozialistischen Monatshefte werden redigiert von einem Parteimitglied, von einem erkrankten Parteigenossen, dem Genossen Bloch, der seit Jahren der Partei angehört und so selbstlos für die Partei wirkt, wie es nach seiner besten Überzeugung überhaupt nur der Fall sein kann. Das sollte Grundwald bekannt sein. Die sozialistischen Monatshefte werden von einem Parteigenossen redigiert und es schreiben für diese Zeitschrift nur Sozialisten, die der Sozialdemokratie angehören. Hoffmann hat davon gesprochen, die Neue Zeit sei das Parteiorgan, die Sozialistischen Monatshefte ein Privatorgan. Ist nun die Neue Zeit in der Tat das Parteiorgan? Die Neue Zeit ist von der Partei als wissenschaftliche Revue anerkannt, das ist richtig. Die Partei

kommt, was ihr nur zur Ehre gereicht, für das Defizit der Neuen Zeit auf. Aber wird die Neue Zeit als Parteiorgan, als Organ der Partei redigiert? Ganz selbstverständlich wird die Neue Zeit so redigiert, wie es ihrem Redakteur im Parteinteresse am besten zu sein scheint. In seiner Gesinnung will ich nicht den geringsten Zweifel erheben. Aber wie weit ist sein Gesichtskreis? Ist sein Gesichtskreis so weit, wie derjenige des Redakteurs eines Organes einer so großen Partei sein muß? Ich sage nicht, daß die Neue Zeit darin Unrecht hat, daß sie Anstalten kritisiert, die dem Redakteur falsch zu sein scheinen, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es kommt aber in der Neuen Zeit immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen zum Wort, die einen Standpunkt vertreten, der in der Sozialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten, seit einem Menschenalter in der Partei wirken, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllen; sie wirken innerhalb dieser Zeitschrift sogar als eine Gruppe. Wenn jemand nur die Neue Zeit läse, so müßte er bestimmte Vertreter der Partei für ganz falsche und elende Kerle halten. (Lebhafte Ironie: Oh! Beweise, Beweise!) Also der Beweis! Ich mache dem Redakteur der Neuen Zeit als Menschen durchaus keinen Vorwurf. Aber was bedeutet es, wenn dort in höhnender, spöttischer Weise mit dem Worte Revisionismus operiert wird? Was wird darunter verstanden? In der letzten Nummer der Neuen Zeit, in der Parteitagnummer, werden Sie einen Artikel finden: Die neue Methode, von einem jungen Mann, einem Parteigenossen, geschrieben, dessen hervorragende Eigenschaft bisher die gewesen ist, daß er der Erde eines großen Namens ist. Mit einer Hochmütigkeit, wie man sie einem ganz jungen Burken allenfalls verzeihen kann, mit einer Annäherung, in einer hochstrahlenden Weise, die vielleicht jemandem, der sehr viel geleistet hat, zusteht, wird da von oben auf den „revisionistischen Kuffari“ geschimpft. (Große Unruhe.) Der Artikel stammt von dem Genossen Karl Liebknecht und richtet sich gegen Jaurès und mit ihm gegen die ganze revisionistische Richtung. (Zurufe: Das ist Ihr Standpunkt!) Wenn Genosse K. Liebknecht irgend eine bestimmte Auffassung, eine Theorie bekämpft, mag er es thun, mit so scharfen Worten, wie er nur will, aber eine ganze Anzahl von Parteigenossen so von oben herab abzufertigen, Parteigenossen, die weit länger als er im Dienste der Partei stehen, das heißt ihm nicht zu. (Zurufe: Preßfreiheit!) Ich höre das Wort „Preßfreiheit“. Wenn Genosse K. Liebknecht ein eigenes Organ gründete, so wäre nichts dagegen zu sagen, aber wenn die Neue Zeit das Organ der Partei sein will, muß es einen gewissen Maß innerlich der Partei wahren (Große Unruhe), eine solche Form der Diskussion innehalten, daß man noch als Mensch zu Menschen, als Genosse zu Genossen miteinander verkehren kann. Das ist aber bei einer solchen Art der Diskussion nicht möglich. Wir sind alle der Kritik unterworfen, aber wohl selten solche Diskussionen führen? Ich könnte noch andere Beispiele anführen. Der Gen. Rollwagen-Augsburg ist zu seinem Antrag veranlaßt worden offenbar durch den Artikel: Die Kautsky, der durch eine ganze Reihe von Parteiblättern gegangen ist. Es handelt sich dabei um meine Kritik von Kautskys Schrift in den sozialistischen Monatsheften. Ich bin in dieser Sache nicht angefaßt, sondern der Ankläger. Daß Kautsky die Broschüren geschrieben hat, wird ihm natürlich, wie sie auch sein mögen, niemand verübeln können. Kautsky ist offenbar von der Meinung ausgegangen, daß seine Broschüre bis zu einem gewissen Punkte neue Ansichten über die Aufschwung der Revolution entwickle. Das ist kein gutes Recht, das ist sogar ein Verdienst. Das macht keine Broschüre im ganzen zu einer Aufklärungsschrift innerhalb der Partei, aber nicht zu einer propagandistischen Broschüre zur Vertretung von Parteinteressen. Es handelt sich darum, wie sich Kautsky die Entwicklung vorstellt. Ich habe nichts dagegen, daß solche Broschüren geschrieben werden. Aber Kautsky hat ungewissheit in der Broschüre indirekt, aber doch deutlich verständlich gegen eine Richtung polemisiert — (Lebhafte Zurufe: das war sein Recht!) — selbstverständlich war das sein gutes Recht — er hat teilweise gegen mich polemisiert. Also die Broschüre entwickelt erstens neue Ansichten und zweitens war sie polemisch gerichtet. Das hat auch die Leipziger Volkszeitung bestätigt in einem Artikel, der unzweifelhaft von einer Person, die Kautsky sehr nahe steht, herrührt, von der Genossin Rosa Luxemburg. Darin ist von dem Gefasel und Gewasel der Revisionisten die Rede und es wird gesagt, daß die Kautskysche Broschüre wie ein rissiger Stein in den Nebel des Revisionismus hineinfahre. Darauf habe ich geantwortet in der Zeitschrift, an der ich gewöhnlich arbeite, seitdem ich aus der Neuen Zeit ausgetreten bin. Warum ich letzteres that, widerstrebt mir, auseinander zu legen; es waren Meinungsverschiedenheiten da, ich mußte herausgehen. Ich habe meine Ansichten in den sozialistischen Monatsheften entwickelt. Der Artikel ist zwar scharf, aber nirgends werden die Motive und die Gesichtspunkte Kautskys verächtlich. Was dann vom Offenbacher Abendblatt geschrieben wurde, ist die reine Verdrehung der Tatsachen. Trotzdem haben zahlreiche Parteiblätter den Artikel abgedruckt, einzelnen offenbar, ohne meinen Artikel zu kennen. Ich bin stets für Freiheit der Diskussion eingetreten, und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß irgend ein Versuch gemacht wird, in dieser

Weise, weil vielleicht ein paar geeignete Mütter davon Notiz genommen haben, einer Diskussion, die durchaus sachlich geführt wurde, ein Ende zu bereiten. (Weißal und Rufen.)

Webel: Ich bin mit Bernstein ganz darin einverstanden, daß nicht nur er, sondern wir alle auf das energischste dagegen zu protestieren hätten, wenn irgendwo in der Partei der Versuch gemacht würde, freie Meinungsäußerungen zu verhindern. (Sehr laut!) Die Dinge werden heute so dargestellt, als sei in der Partei eine Richtung vorhanden, die irgend eine andere Richtung oder eine Minorität unterdrücken wollen. Das ist nach meiner Überzeugung das bitterste Unrecht, das man gegen die Partei in ihrer Gesamtheit schäufert. (Sehr richtig!) Denn dieser Vorwurf würde sich nicht gegen einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Redakteure richten, sondern gegen die Gesamtpartei, speziell gegen die Parteilage, die ja dann ein beratendes Gremium, die Meinungsfreiheit zu unterbinden, gebildet hätten. Das ist aber nicht geschehen, und insofern jemand Ursache zu haben glaubt, sich über eine Person, also im vorliegenden Fall über den Redakteur der Neuen Zeit, beschweren zu müssen, weil er sich zurückgesetzt fühlt, so geht es in der Partei Instanzen, an die diese Beschwerden zu richten sind. (Sehr richtig!) Die letzte Instanz ist der Parteitag. Ich bin weit entfernt, das Verfahren von Kautsky als Redakteur ohne weiteres zu billigen, ich erinnere an meinen nach dem Vildeker Parteitag in der Neuen Zeit erschienenen Artikel, worin ich das ausdrücklich ausgesprochen und hinzugefügt habe, wor Ursache zu haben glaubt, sich über den Redakteur eines offiziellen Blattes zu beschweren, der wohl auch die Stellen, an die er sich zu wenden hat. Bis her sind an die betr. Organe, in erster Linie an den Parteivorstand, schneller solche Beschwerden gekommen (hört! hört!), und ich konstatiere, daß auch auf dem Parteitag wohl Klagen laut geworden, aber keine Beschwerden vorgebracht sind. Wie stehen wir nun zu der Presse im allgemeinen? Es gibt keine einzigen Genossen, der die Meinungsfreiheit in der Partei beschränken will. (Sehr richtig!) Es gibt keine Partei unter allen, die existieren, in der die Meinungsfreiheit so ungetrübt zum Ausdruck kommen kann, wie in der Sozialdemokratie. Aber Bedingung ist, daß die Presse, die im Dienste der Partei steht, auch der Kontrolle der Funktionäre unterliegt ist. Das ist klar im Organisationsstatut ausgesprochen. Nach dieser Richtung hin stehen die sozialistischen Monatshefte außerhalb der Partei. Als seiner Zeit die Herausgeber des Vorgängers der sozialistischen Monatshefte, des sozialistischen Akademikers, an den Parteivorstand den Antrag stellten, den sozialistischen Akademiker als Parteiorgan anzuerkennen und in das Verzeichnis der Parteiblätter aufzunehmen, da lehnte der Parteivorstand diesen Antrag einstimmig ab. (Hört, hört!) Nun ist die Neue Zeit offiziell anerkanntes Parteiorgan, das Blatt ist aus Parteimitteln direkt und indirekt unterliegt, denn die ganzen Opfer, die die Neue Zeit erfordert hat, wären, wenn sie nicht hierfür gebucht wären, sonst in anderer Weise der Partei zu Gute gekommen. (Sehr wahr!) Nachdem nun seit drei Jahren das Blatt offiziell in das Verzeichnis der Partei übergeben ist, hat sich der Parteivorstand veranlaßt gesehen, nachträglich die Genossen aufzufordern, für die Verbreitung einzutreten. Ja, wenn ein derartiger Erfolg vom Parteivorstand kommt und auf der anderen Seite die berechtigten Angehörigen der Parteiverbreitung sich freiwillig außerhalb des Organes stellen und selbst die wiederholten Aufforderungen des Redakteurs der Neuen Zeit zur Mitarbeit unbedeutend lassen, so lasse ich es dahin gestellt, wie man ein solches Verfahren zu beurteilen hat. Die Personen, die keine gemeint hat, sind alle wiederholt von dem Redakteur der Neuen Zeit bis in die letzten Monate aufgefordert, zu schreiben; sie haben es nicht gethan. (Hört! hört!) Darüber, daß das notwendigerweise demoralisierend wirken muß, kann doch kein Zweifel sein. Wenn ein außerhalb der Partei stehendes Organ in so provokatorischer Weise von sehr hervorragenden Genossen unterstützt wird, was muß das für einen Eindruck machen, und was hat es dann auf der anderen Seite für einen Sinn, die Parteigenossen zur Unterstüßung der Neuen Zeit aufzufordern, damit das Defizit aufhöre? Keine meint, es sei im Interesse der Vereinigung der Sozialisten notwendig, solch Blatt zu haben. Das heißt also, daß bis zu dem Augenblick, wo die sozialistischen Monatshefte gegründet sind, eine Stagnation in der Partei herrschte. (Seine: Das heißt das nicht!) Das wird doch im Ernst kein Mensch behaupten wollen. Sollte der Versuch gemacht werden, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, so wären die im Organisationsstatut vorgesehenen Instanzen da, um einzugreifen. Die sozialistischen Monatshefte aber stehen außerhalb der Partei, sie haben außerhalb der Partei stehen wollen, sie haben nicht den Versuch gemacht, sich in den Parteirahmen einzufügen.

Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das muß festgestellt werden, um einmal die Grenzen für das, was als Parteipresse angesehen werden kann, zu ziehen. Keine sagt, die sozialistischen Monatshefte seien gegründet worden, um die Diskussionenfreiheit in der Partei zu ermöglichen. Das heißt wieder, daß dieselbe irgendwo beschränkt ist, und bis zum Beweise des Gegenteils behaupte ich das auf das entschiedenste.

Nun sind die Dinge so weit gekommen, daß Bernstein das Wort Revisionismus schon als eine Beschönigung auffaßt. (Widerruf von Bernstein.) Ja, erlaube mal, mein lieber Bernstein, das Wort Revisionismus ist nicht von den Dogmatikern erfunden worden, das

Kleine Chronik.

Leipzig, 16. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Mittwoch: Festvorstellung anlässlich der III. Hauptversammlung des Deutschen Fortvereins: Hoffmanns Erzählungen (Anfang 7 1/2 Uhr). Donnerstag: Zum erstenmal wiederholt: Der Meister von Palmira. — Altes Theater. Mittwoch: Zweite vollständige Vorstellung zu halben Preisen: Jopf und Schwert (Anfang 7 Uhr). Donnerstag: Wiener Blut. Richard Heubergers stets höchst beläufig aufgenommene Operette: Der Opernball, gelangt demnächst neu einstudiert zur Aufführung.

Altes Theater. Der Heroismus, bürgerliches Drama in 5 Akten von Joseph Lauff. — Zunächst eine Preisfrage: Was ist ein Heroismus? Wir erfahren es erst im Laufe des Stücks durch eine hingeworfene Bemerkung: „Der Herr Ohm“ wird im niederhessischen Markt des lebenden Landesherrn der Geistliche, der Aurat genannt und um die Konflikte, in die ein angehende junger Geistlicher, der erst die niederen Weihen empfangen hat und dessen eigentliche Priesterweihe, dessen „Primiz“ noch bevorsteht, mit seinen Vorgesetzten im Jahre 1870 gerät, dreht sich das ganze Stück und wir sehen gleich vier Soutanen auf einmal auf der Bühne. Der künftige Herr Aurat ist der Sohn eines im Armenhause lebenden Invaliden Verhage, der unter dem Namen Corporal als Soldat der Armee des Königreichs Westfalen gedient, der den Feldzug nach Rußland im Jahre 1812 mitgemacht hat und in dessen Knopfloch das rote Bändchen der Ehrenlegion paradiert, der immer noch französisch geklungen ist und seine Unterhaltung mit französischen Worten untermischt und für besten Hochliteratur und antiliberalen Gesinnung die Primiz des einzigen Kindes das höchste Ideal ist. Der Sohn hat nur geringen „auf Geißlich studiert“ und zwar von den Almosen frommer Wohlthäter, die sich auf diese Weise eine Stufe in den Himmel zu bauen hoffen. Demgegenüber steht die Familie des Holzschuhmachers Messdag, seine Frau Lena und seine Tochter Hannede, eine Lehrerin. Sie liebt ihren Jugendgespielen Wilhelm Verwendung und wir erfahren sehr bald, daß diesem der geistliche Beruf und das Dogma weit weniger zuträglich sind, als das Witzwort; wenn er also an einem Aufschluß Luthers: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!“ sich aneignet, so wird

das wie eine Parodie. Schon ehe der Vorhang aufgeht, hören wir die Worte am Rhein singen und lächeln verständnisvoll, denn das ist ja eine echt Lauffische Idee. Saardruden ist wieder ein- genommen, Weihenburg ist erklumt und die hochpatriotischen, wenngleich gut katholischen Messdagischen Eheleute haben sich in Gesellschaft Pitte Pittjeiwits, eines ehrbaren Barbiers, Leidenbütters und Schweinefester, zu einer Siegesfeier verfligt, die zugleich eine Widiedsfester für das ausmarschierende Reservebataillon sein soll. Hanneden bleibt zu Hause und Wilhelm, der sich aus Wänter ohne Urlaub „blinn gemacht“ hat, findet sie allein. Er teilt ihr seinen Entschluß mit, den Priesterrod an den Nagel zu hängen, Soldat zu werden und sie zu heiraten und er ergiebt nach einigen Widerstreben, einen vollständigen Erfolg, denn Hanneden folgt ihm bei Mondschein an das Lieblingsplätzchen ihrer Jugendspiele und als sie zurückkehren, ist sie kein Mädchen mehr. Sonntag, nicht wahr, und ein ziemlich starkes Stückchen für einen Seminaristen, dessen Scheitel bereits die thafkergehohe Konjur schmückt? Ihr unwehrl de facto schon eheliches tête-à-tête führt der Kaplan Dr. Gahn, ein Jugendfreund und Studiengenosse Wilhelms, und er durchschaut sehr bald den eigentlichen Grund des Entschlusses, dem Priesterberuf zu entsagen und den weltlichen Beruf der schönen freigeistigen Tiraden, mit denen Wilhelm losfeuervert. Dr. Gahns, eines wohlmeinenden, wachstenden Priesters Gegenstellungen können Wilhelms Entschluß nicht beugen, und er bekennet sich, als ihm kein anderer Ausweg bleibt, zu seiner weltlichen Liebe und zwingt den Freund, seinen Vorgesetzten reinen Wein einzuschmecken. Die Folge ist, daß der Abtrünnige einem hochnotpeinlichen Bericht des Dedanten Fridolin v. Dehber, eines asketisch-fanatizischen, überzeugten Zeloten, des Rectors Terwald, eines ziemlich weitherzigen, nur für gutes Essen und Trinken und seine Cigarren eingenommenen, aber guten Gemüths Menschen und des Dr. Gahn sich zu stellen und es erfolgt ein heftiger Zusammenstoß zwischen ihm und dem Dedanten, einer in ihrer Art imposanten Persönlichkeit. Der Dedant läßt sich in seinem Priestergewissen verpflichten, das räudige Schaf, mit dem er nicht fertig zu werden vermochte, und seine Unterwürigkeit von der Kanzel herab der ganzen Gemeinde zu benachzigen. Die Folge ist eine doppelte; der Leidenbüttler und Schweinefester hält vor der Kirche eine erste, sehr heilige Stumprede, wie sie für die rhetorischen Ergüsse Halbgebildeter, die sich für gebildet halten, typisch ist, und die Gemeinde spaltet

sich in zwei Parteien; der Dedant reunt heftig mit dem linken Graden des Bades zusammen, der diese Härte unerbittlich anfeuert und der gegen den grausamen Priester reboliert. In der Familie Messdag kommt es schließlich zur Katastrophe; der Vater erzählt die volle Wahrheit, daß seine farnielle Meubelien Wilhelms, die Verführer durch die Heirat wieder ehlich zu machen, zurück, daß die Tochter von ihm los und schlepp sie in ein Nebenzimmer, um sich dort als Vater mit ihr auseinanderzusetzen; er besorgt dies so handgreiflich, daß Hannedens Angstgeheiß Wilhelm zu Hilfe ruf. Aber der junge robuste Seminarist ist dem schwachen Weis nicht gewachsen, sondern wird von diesem mit einem Werkzeug totgeschlagen und — der Vorhang fällt und die Zuschauer sind über vor Verblüffung über einen Ausgang, auf den niemand gefaßt ist. Was zur Aufnahme dieses mindestens 25 Jahre zu spät kommenden Stückes veranlaßt hat, ist uns unverständlich; mit den Klängen der Nacht am Rhein, die sich sogar wiederholen, und einem vollständigen Bericht über den Sieg bei Wörth über „Mag Mahon“, der einem jüdischen Schächter Moses Meyer Spier in den Mund gelegt ist, hält man ein Stück nicht über Wasser und die zehntausend Kosteln, die zur Zeit des Kulturkampfes eine gewisse Wirkung hätten ausüben können, sind so schimmrig geworden wie die Cigarren des Dedanten. Was übrig bleibt, sind ein paar gute Witzspiele („Mtramantine“ für „Mtramantane“) und damit kann man doch niemanden befriedigen. Kurz, das „bürgerliche Drama“ reiht sich dem schlechtesten, was wir bisher von dem Hofdichter der Hohenzollern gesehen haben, würdig an und je früher es vom Spielplan verschwindet, desto besser wird es sein. Ueber die Darstellung läßt sich in der Hauptsache nur Gutes sagen. R. L.

Altes Theater. Der Erb für er von Otto Ludw. g. erste Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein. Es war eine gute und glückliche Wahl, die man getroffen hatte, denn die Darstellung des Erb fürers war nicht bloß die erste, sondern wahrhaftig auch die beste Leistung des neuen Ensembles, die wir bisher zu registrieren hatten und das Stück mit seiner frama vorwärtsstrebenden, eigentlich kann zu dem und zur Verflüchtigung kommenden Handlung ist nicht bloß äußerlich hübsch wirksam, sondern sein schroffer Konflikt zwischen dem Reichthum des sächlichen Mannes aus dem Balle und dem förenen Nachdenken und den unheimlichen Begriffen des geistlichen Nichts spricht unmittelbar zum Herzen der breiten Masse des

Wort hat Ihr ja selbst erfunden. (Zuruf: Scherzhaft!) Ich habe das Wort in Eurer Presse zuerst gelesen, und wie es eine Beleidigung sein soll, wenn man eine bestimmte Richtung — und eine solche ist es doch (Verstehen: Nein!) — als Revisionismus bezeichnet, das kann ich nicht verstehen. Wichtig ist denn nicht bei Euch das selbe? Wollt Ihr behaupten, daß Ihr in Eurer Presse uns nicht angeht? Sind wir nicht die Dogmatiker, sind wir nicht die Prinzipienreiter? Bin ich nicht in der letzten Nummer der Sozialistischen Monatshefte persönlich angegriffen worden? Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn es ist doch selbstverständlich, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein Schließen herüber und hinüber stattfindet. Man ist weiter dazu übergegangen, von den Kautskyschen Broschüren zu behaupten, sie seien aufklärerisch, aber nicht propagandistisch. Was ist das für eine Listeliste? Jede aufklärende Schrift wirkt propagandistisch, aber einerlei, was die Kautskysche Schrift ist, ob nur aufklärend und nicht propagandistisch oder beides, das ist ja ganz gleichgültig. Es sind zwei durchaus sachlich gehaltene Broschüren, in denen auch nicht in einer einzigen Zeile irgend eine Bemerkung enthalten ist, die man wirklich als beleidigend ansehen kann, man möchte denn eine sehr feine Haut haben. Wenn solche Broschüren von der anderen Seite auf den Index gesetzt werden, kann man doch nicht fernhin von Pressefreiheit reden. Denn wenn Ihr ein Recht habt, Eure Meinung vorzutragen, hat auch die andere Richtung das Recht, und nur das ist in den Kautskyschen Broschüren gesehen.

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großem Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schneidige Feder führt und das hat mich gefreut. Aber ich bestritte entschlossen und bitte den Beweis zu führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Nachlasses von Liebknecht im Vorwärts versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszusprechen. Und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkte seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu Euch. Und darin hat er vollständig recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn also der Sohn Liebknechts den Vater, der selber nicht mehr antworten kann — und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders geklungen haben (lebhafte Zustimmung), darauf könnt Ihr Euch verlassen — wenn der Sohn den Vater in Schutz nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches. Noch einmal: es ist keine Zeile in dem Artikel, den die Gegner als Beleidigung, als Verhöhnung, als Herabsetzung ansehen könnten. Man hat also keine Ursache, sich in dieser Beziehung zu beschweren.

Es ist ja außerordentlich bedauerlich, daß wir eine solche Debatte haben, die vor einigen Jahren einfach unmöglich gewesen wäre. (Sehr richtig.) Mit den Gegenseiten innerhalb der Partei, die nun einmal vorhanden sind und mit denen wir zu rechnen haben, darüber wird sich keiner käufeln, ist erst diese Art der Polemik in die Partei hineingekommen. Hüben und drüben sind Fehler gemacht worden, und wenn die Diskussion den Erfolg hätte, daß man sich auf beiden Seiten vergewaltigte, daß wir Genossen einer und derselben Partei sind, daß wir deshalb auch notwendiger Weise gewisse Rücksichten zu nehmen haben, so wäre das ein großer Vorteil.

Auf der anderen Seite ist es bedauerlich, daß die Dinge dahin kommen konnten, daß ein ganzer Teil hervorragender Parteigenossen, ohne von dem ihnen zustehenden Beschwerderecht genügend Gebrauch zu machen, sich ohne weiteres in ein außerhalb der Partei stehendes Organ geflüchtet hat und dort schreibt zum Gaudium der bürgerlichen Presse (Widerpruch und Zustimmung), die unausgesetzt aus dieser Thatsache Kapital gegen die Partei schlägt. Nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen, sollte sich jeder Parteigenosse anlegen sein lassen. Ich wünsche nicht, daß wir ein zweites Mal nötig haben, eine ähnliche Diskussion, die dann eine sehr viel schlimmere Gestalt annehmen würde, auf einen Parteitag führen zu müssen. (Lebhafter Beifall, Handklopfen.)

Dr. David-Walsh: Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand mündig gemacht worden in der Neuen Zeit, es sei für die Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte nicht notwendig gewesen, aus der Neuen Zeit zu flüchten. Bebel irrt in dieser Beziehung. Es haben in der That Mündigmachungen stattgefunden. Ich bitte diese zunächst als Thatsache anzuerkennen zu wollen. (Zuruf: Ohne Beweis nicht!) Den Beweis hat ja Bernstein für sich geführt, ich will ihn, da Sie es provozieren, für meine Person auch führen. Ich habe letzter Zeit anlässlich der Agrarbidiskussion, die mich wiederholt in Gegensatz zu Kautsky gebracht hat, der Neuen Zeit nach dem Erscheinen des Kautskyschen Buches über die Agrarfrage im Februar eine aktuelle Kritik des Buches zugeandt. Die Neue Zeit hat wegen Raummangels diese Kritik erst im Oktober desselben Jahres gebracht. (Zuruf: Na also!) Unmittelbar nach der Drucklegung meiner Kritik erfolgte die Antwort des Genossen Kautsky. Als ich auf diese Kritik, die sehr scharfe persönliche Ausfälle enthielt, erwiderte, bekam ich die Mitteilung, meine Erwiderung würde aufgenommen werden, ich möge mich aber noch längere Zeit gedulden. (Zuruf: Beschwerdestanz!) Beschwerdestanz — mit diesem Argument hat ja auch Bebel seinen Vorwurf weiter zu begründen gesucht. Man konnte aber damals wohl selbst formell noch keine Beschwerde beim Parteivorstand einreichen, denn der Redakteur der Neuen Zeit stand durchaus nicht in dem Verhältnis zum Parteivor-

stand, daß letzterer ein Eingriffrecht oder die Oberaufsicht über seine redaktionelle Thätigkeit hätte ausüben können. (Sehr richtig!) Eine solche Oberaufsicht ist auch gar nicht möglich. Sie werden es aber doch begreifen, daß einem auf diese Weise das Gefühl beigebracht wird, daß die Mitarbeit an der Neuen Zeit nicht sehr gern gesehen wird, wenn man auf diese Weise gewissermaßen hinausgegrault wird. Man kann einem gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn man nun seine Meinung an anderer Stelle zum Ausdruck zu bringen sich anschickt. Die Sozialistischen Monatshefte sind seiner Zeit gegründet worden, um in den Kreisen der Studenten Propaganda zu machen; das Blatt ist gewissermaßen hervorgegangen aus dem Sozialistischen Studenten und ist damals mit großen Opfern gehalten worden. Auch an den Sozialistischen Monatsheften ist die Mitarbeit lange Zeit durchaus unentgeltlich gewesen, auch heute noch werden mit diesem Blatte Geschäfte in keiner Weise gemacht, es bedeutet auch heute noch ein finanzielles Opfer. Wenn man die Sache von der finanziellen Seite nimmt, wie es Hoffmann getan hat, und behauptet, die Sozialistischen Monatshefte seien schuld daran, daß die Neue Zeit nicht floriere, so ist das ganz hinfällig. Man müßte dann in die Finanzfrage der Neuen Zeit einmal eintreten. Dann würde vielleicht die Thatsache, daß die Neue Zeit finanziell nicht so floriert, wie sie wohl könnte, doch ein anderes Gesicht gewinnen. Jedenfalls erfordern die Sozialistischen Monatshefte nicht annähernd die Ausgaben wie die der Neuen Zeit. Dieses Blatt war notwendig; seine Bedeutung hat sich ganz natürlich daraus entwickelt, daß diejenigen, die die unter dem Namen Revisionismus zusammengefaßten Anschauungen vertreten, sich ein Organ schaffen mußten, in dem sie ihre Meinung ungehindert niedergelegen konnten. Dies Organ hat auch jederzeit unter der Kontrolle der Partei gestanden. Das Argument Bebel's, die Sozialistischen Monatshefte ständen außerhalb der Parteikontrolle, ist rein formell. Jeder, der für die Sozialistischen Monatshefte schreibt, und ein Parteigenosse ist, steht mit allen seinen dort entwickelten Anschauungen unter der Kontrolle der Gesamtpartei. (Sehr richtig.) Bebel hat die Ausführungen Bernsteins über die letzten Kautskyschen Broschüren in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Diese Broschüren waren Angriffsbroschüren gegen Bernstein und andere, worauf Bernstein das gute Recht der Abwehr hatte. Niemand aber hatte nachher das Recht, die Sache so zu drehen, als ob sich hier der gute Kautsky, der absolut Frieden haben will, (Unruhe) und der böse Bernstein stritten, der jenen durchaus in die Waden beißen wollte. An den Sozialistischen Monatsheften hat früher auch der alte Liebknecht mitgearbeitet (Zuruf: Wann?) , ferner Lebebour und Rosa Luxemburg. Früher war das also offenbar gestattet; warum soll es heute verboten sein? Wenn sich die erhobenen Angriffe in das finanzielle Gewand kleiden, so kann ich das nur für einen Vorwand halten. Was gemeint ist, ist, daß gewissen Genossen die in den Sozialistischen Monatsheften niedergelegte geistige Arbeit unangenehm ist. (Widerpruch und Zustimmung.) Es pulsiert in den Sozialistischen Monatsheften ein reiches geistiges Leben. (Zuruf: Donnerwetter! Heiterkeit.) Der reiche Inhalt, der vollständige Ueberblick über das wirtschaftliche und politische Leben machen die Sozialistischen Monatshefte zu einer außerordentlich wertvollen sozialdemokratischen Zeitschrift (Sehr gut! Widerpruch), die man jetzt von selten der Richtung, die das nicht gern sieht, niederdrücken möchte. Dazu nimmt man dann solche Vorwände. Bebel hat wiederholt erklärt, kein Mensch in der Partei wolle den freien Meinungsaustausch unterdrücken. Ich beweise nicht die Echtheit dieser Ueberzeugung. (Zuruf: Das ist sehr nett von Ihnen.) — Ich meine das ganz ernsthaft (Ja ja) und schide es nur voraus, um etwaigen falschen Auffassungen von vornherein die Spitze abzubreden: Ich habe diese Ueberzeugung nicht, ich stehe unter dem Eindruck, daß man versucht, den freien Meinungsaustausch hinten herum einzuschränken. (Lebh. Widerpruch und Zustimmung.) Diese Ueberzeugung stelle ich der Bebel's gegenüber. Nach allen Beobachtungen der letzten Jahre giebt es in der That Leute, die es gerne sehen, wenn gewisse Anschauungen möglichst schwer an die Ohren und den Geist der Parteigenossen herangetragen werden. Von diesem Standpunkt aus fasse ich den ganzen Angriff auf. Ich stimme mit Bebel darin völlig überein, daß es unserer Partei unwirksam wäre, wenn dieser Versuch zu einem Erfolge führt. Die Annahme des Antrags Kautskys, die ich für ganz unbenutzbar halte, träge ja auch zahlreiche andere Organe, wie das Archiv, die Konsumnationale Praxis, die frühe die ganze Gewerkschaftspresse (Widerpruch) und die Genossenschaftspresse. (Erneuter Widerpruch.) Es entspreche nicht der Würde der Partei, wenn die freie wissenschaftliche Betätigung ihrer Mitglieder irgendwie erschwert würde. Ich bin daher über das Schicksal dieses Angriffs ganz beruhigt und hoffe, daß er der Entwicklung der Partei und auch der Sozialistischen Monatshefte nicht den geringsten Abbruch thun wird. (Beifall und Zischen.)

Gummel-Mühlhausen: Mich hat nicht der Streit der Ulteraten hier hingehält, sondern das sachverständige Urteil Hoffmanns über die eisenlothringsche Prekurrenzhilfen. Ich will ihn sagen, wie die Dinge liegen. Am 20. September v. J. erhielten wir die Mitteilung aus Straßburg, daß uns vom 1. Januar ab von dort aus keine Zeitung mehr geliefert werde, weil der Parteivorstand einen weiteren Zuschuß für das Mühlhausener Kopfbblatt nicht mehr leisten werde. Was sollten wir thun? Bei diesem Bescheide konnten wir uns doch nicht beruhigen. Wir mußten dafür sorgen, daß wir vom 1. Januar ab ein anderes Blatt hätten. Mit Hilfe der Frankfurter Genossen konnten wir aus Frankfurt a. M. ein Kopfbblatt

für die ober-elbischen Kreise beziehen. Wenn Hoffmann das nicht wollte, sollte er sich doch vorher erkundigen. Nur ein Bericht haben auf die großen Summen hingewiesen, die für die elbische Presse vom Vorstand ausbezahlt worden sind. Daran trägt auch der Vorstand mit die Schuld. Auf seine Empfehlung wurde für die Eisenlothringsche Volkszeitung ein Geschäftsführer angestellt, der ungeeignet war.

Die weitere Diskussion wird mit Rücksicht auf das Fest im Stadefelder auf morgen verlagert.

Verständlich bemerkt: Adolf Hoffmann: Wenn morgen andere elbische Genossen sprechen werden, wird man sehen, daß ich recht habe mit meinen Anschuldigungen der Mühlhäuser. Keine hat hier mein persönliches Geschäft, meinen Broterwerb als Buchhändler hineingezogen. Ich habe mich in meiner Rede beschränkt, überhaupt keine Personen in die Debatte zu ziehen. Ich hätte gewünscht, Helne hätte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Ich habe seit zehn Jahren überhaupt keine Parteibroschüre mehr in meinem Verlag verlegt, sondern ein ganz anderes Gebiet, das der Theaterliteratur, betreten. Ich habe der Partei nie Konkurrenz gemacht. Ich habe auch Herrn Bloch nicht vorgeworfen, daß er die Monatshefte herausgibt, sondern einen Vorwurf nur den Genossen gemacht, die durch ihre Mitarbeit ein solches Blatt hochbringen, während das andere Blatt niedergebückt wird. Helnes Argumentation verdient, daß ich ihm das Wort zurufe, das er mir einmal in einer Berliner Versammlung zurief: Rabulist!

Helne: Ich will nur konstatieren, daß ich gerade Hoffmann seinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er Buchhändler ist, sondern sein gutes Recht ausdrücklich betont habe, einen solchen Verlag zu haben. Ob die zehn Gebote vor 12 Jahren zuerst erschienen sind, ist ganz gleichgültig. Sie erscheinen auch jetzt weiter und sind eine unserer wirkungsvollsten Agitationsbroschüren.

Hoffmann: Diese letzte Bemerkung beschämt mich. (Heiterkeit.) Aber widerlegt hat mich Helne nicht. Er hat mir als Buchhändler das Recht abgesprochen, in dieser Frage Kritik zu üben. Aus der Art und Weise, wie ich mir mein Brot recht und schlecht verdiene, darf er mir aber keinen Vorwurf machen. Ich nehme ihm ja auch seinen Beruf nicht übel.

Helne: Ich habe Hoffmann nicht das Recht der Kritik abgesprochen, sondern nur sein Argument, man dürfe der Partei keine Konkurrenz machen, durch seine eigene Person widerlegt.

Nächste Sitzung: Dienstag 8^{1/2} Uhr.
Schluß 6^{1/2} Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Vollbildungsverein Markleeberg u. Umg.
Die am 6. September abgehaltene Versammlung war von 21 Mitgliedern besucht. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes wird bedauert, daß die in jüngster Zeit aufgenommenen Mitglieder die Versammlung nicht besuchen und werden die Anwesenden aufgefordert, dahin zu wirken, daß der Versammlungsbesuch der neueren Mitglieder ein besserer werde. Bei dem Punkt Gemeindeangelegenheiten ersucht Genosse Schröder die Gemeindevorstand, dafür zu sorgen, daß der Schulmann einen Sanitätskursus erkennen möge, damit er bei vorrücken den Umständen die erste Hilfe leisten kann. Dann erstattet Genosse J. Dufsch Bericht über eine stattgefundene Sitzung der Baukommission. Ferner werden Beschlüsse laut über die schlechte Instandhaltung der Fußwege und Zagerinnen seitens der Hausbesitzer auf der Bornaischen Straße und werden die Gemeindevorstand beauftragt, dies dem Gemeindevorstand zu unterbreiten, damit hier eine Aenderung eintrete. Des Weiteren macht der Vorsitzende auf die ausliegende Liste aufmerksam, in die sich diejenigen Mitglieder einschreiben können, die der Döblicher Sängerverein beitreten wollen. Zum Schluß fordert Genosse Beck die Mitglieder auf, in nächster Versammlung zahlreich zu erscheinen. In der Genosse Nibel-L. Gommelwich wieder einen Vortrag halten wird und zwar: Ueber die Erstürmung der Bastille.

Arbeiterverein Götteritz.
Am 13. September hielt der Verein seine regelmäßige Versammlung ab. Genosse Emil Gütner referiert über die Gemeinderatsitzungen vom 28. August und 9. September. Das Schankkonzessionsgesuch Stecher ist abgelehnt worden und das Lokal von Seiten der Amtshauptmannschaft geschlossen worden. Das Ortsstatut ist dahin abgeändert worden, daß die Unanfertigen in eine hohe und niedere Klasse eingeteilt worden sind; die höhere Klasse beginnt mit der zehnten Steuerklasse. Ein Gutachten des Bauauschusses wegen Aufnahme der Schleusenwässer in das Schließensystem der Stadt Leipzig hat vorgelegen. Da der Rat von Leipzig eine erhebliche Summe für die Aufnahme der Wässer verlangt, so hat sich der Gemeinderat an die Amtshauptmannschaft gewandt, um eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten und um diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Für die Begehrten sind auf ihre Gesuche die erforderlichen Aktenstücke angeschafft worden. An die Stelle des ausgeschiedenen Genossen Bayer ist Genosse Wolf eingezogen worden und sind ihm die Konten in den Ausschüssen übertragen worden, die Genosse Bayer innegehabt hat. Am 15. September findet die Einführung des neuen Gemeindevorstandes statt. Der Kirchenvorstand hat eine Vorlage an den Gemeinderat gelangen lassen betreffs Vergröße-

Volles und findet in ihm ein volleres Echo, als bei einer anders zusammengefügten Zuschauerhaft. Das ein fünfundsechzigjähriger Förster, der nie aus seinem Forsthaus und aus seinem Walde herausgekommen ist und den sein Widerpart selbst als ein großes Kind bezeichnet, sich für unabhätigbar hält, solange er seine Pflicht thut, weil die Försterstelle schon von seinem Großvater vererbt ward, so daß er von der ganzen Gegend der Erbforster genannt wird, ohne daß er es in Wahrheit wäre, ist eine Voraussetzung, die den Hörern sicher eingeleuchtet hat und wenn sie hinzunehmen, daß der Alte auch alle seine privaten Ersparnisse in den geliebten Wald gesteckt hat, geben sie ihm willig recht, wenn er sich weigert, diesen von Wundschäden bedrohten Wald zu durchforsten, was für den Besitzer nach seinem sachmännischen Urteil einen Verlust von 6000 Thaler bedeutet, während in Wahrheit der ganze tragische Ausgang des düsteren Stücks in diesem Rechtsstreit wurzelt. Die Mißverständnisse und lächerlichen Zufälligkeiten, welche sich dann einmischen, um den Anwälten immer unlösbarer zu verwirren, halten der kühnen Kritik nicht stand, aber das kommt dem Zuschauer, namentlich dem, der das Stück noch nicht kennt, nicht zum Bewußtsein und vermag seine Teilnahme nicht abzuschwächen. So war denn auch der Erfolg, den das Stück bei dem das Haus bis auf den letzten Platz füllenden Auditorium fand, ein lebhafter und von Akt zu Akt sich steigender, und auch die eingetretenen komischen Epifoden, die Scene mit dem betrunkenen Buchjäger, der sich auf einen Tag als Förster fühlt und die Unterhaltung in der einsamen Grenzlinie, eine verständnisvolle Würdigung. Von dieser schwer definierbaren Anteilnahme gehoben und getragen, gaben die Darsteller allenthalben ihr Bestes, und vielleicht war die Aufführung noch um einige Grade besser, als die vom 1. Juli, weil das neue Ensemble sich seitdem naturgemäß besser eingepiegt hat, so daß die Akte des Spiels exakter und reibungsloser ineinander greifen. Gewisse Unzulänglichkeiten, die damals störend bemerkbar wurden, sind allerdings, da die Besetzung die gleiche geblieben ist, nicht zu beseitigen gewesen. Wir meinen noch immer, daß die Forstgeschichten, namentlich wenn sie Söhne eines Mannes wie der Erbforster sind, aus härterem, morrigerem Holze geschnitten sein müssen, als es der Andes des Herrn Walter der ganzen Natur dieses Darstellers nach sein kann; solche Waldfinder sind eben anders geartet, als die Herren Ecken, die von der Stadt an die Forsthäuser abgegeben werden. Mit dem Pastor von Waldenrode weiß Herr Schuy, der am rechten Plage ganz

Treffliches leistet, aber leider oft in Rollen verwendet wird, die ihm absolut nicht liegen, heute noch nicht mehr anzufangen, als vor einem Vierteljahr, und die Rolle macht ihm auch augenscheinlich keine Freude. Der neugebaudene Waldbesitzer Stein des Herrn Nibel dürfte wohl noch so alt sein, wie der Förster Ulrich, brauchte also nicht ganz so häufig und zerfahren anzutreten, als er gegeben wird; warum die beiden harten Steine, die einander zerreiben, einander nicht ähnlicher machen? Am Förster des Herrn Bruno v. Fallt allmählich, wie auch in anderen Rollen dieses tüchtigen Darstellers, ein auf falscher Akzentonomie beruhendes Herausstoßen einzelner Wörter auf. Von Herrn Volkner (Robert), der Marie (Hel. de Laist), dem jüngeren, praktischen Wirtens (Herr Greiner), dem für die Ehre des Hauses Stein u. Comp. und eine Geliebte des Sohnes der Prima schwärmenden Buchhalter (Herr Gut), dem Jäger Gottfried (Herr Gänsele), dem Hofhüter Weiler (Herr Gut) und namentlich von den beiden töstlichen Wildbeuten (den Herren Prof. und Heise) läßt sich nur all das Anerkennungswürdige hervorheben, was wir ihnen das erste Mal nachrühmen konnten. Jedenfalls hat der Gyllus der Sondervorstellungen für den Arbeiterverein, die in ihrer Art ein höchst lehrreiches Experiment sind, unter den denkbar günstigsten Auspizien begonnen. R. L.

Leipziger Schauspielhaus. Während das große Haus am Schwanenteiche auf den unglückseligen Meister von Palmsteden dito unglücklichen Seerohme fehte, hat sein Konkurrent in der Sophienstraße mit dem historischen Lustspiel *Die Lotte von Stolze* einen überaus guten Griff gefaßt, der sich als noch weit nützlicher erweisen dürfte, als die ruhmlosen Helene. Die guten Stoffe sind noch immer nicht begriffen — m. a. W. muß sie nur zu finden wissen und der Gedanke, die aus ihren Tiefen als ein seltener und herzerfreuender Charakter bekannte Pfalzgrafentochter Elisabeth Charlotte, die aus Gründen der Politik an den Bruder des Sonnenkönigs Ludwig XIV. verschifert wurde und dadurch namenloses Unheil über ihre geliebte sächsisch-hessische Heimat und namentlich über Seibelsberg brachte, zur Feldin eines höfischen Lustspiels zu machen, war ein ungemein glücklicher. Wir werden zunächst nach dem Schloß St. Germain verlegt, wo der Herzog seine junge Verlobte erwartet und die Verwechslung, Verpöbelung und Ueberricht der Hofschranzen, die sich mit der königlichen Geliebten Montespan von der Erscheinung der deutschen Wilden einen Hauptspaß versprechen, ist mit satirischer Laune ge-

schildert, ebenso die Fadhheit des Herzogs, eines nur auf die Erhaltung seines Teints und die Veranlassung höfischer Lustbarkeiten bedachten Tagebuchs, der seine Geliebte, die Marschallin Oranai, als Oberintendantin seines Hofstaats bei sich behält, obgleich er sich mit der deutschen Prinzessin verheiratet. Die Wilde tritt denn auch im Meißelsium, in einer hübschen Kapuze und einem Pelz aus Haidschnuffeln, sehr unceremoniell auf und erregt durch ihre Formlosigkeit und ihre seltsamen deutschen Begriffe über das Verhältnis von Ehegatten das Entsetzen des Herzogs, wird aber nicht bloß mit der spottlustigen Montespan fertig, sondern gewinnt durch ihre Aufrichtigkeit und Natürlichkeit die Achtung und Zuneigung des Königs, bei dem sie schließlich auch die frömmelnde Marquise von Maintenon ebenso aus dem Felde schlägt, wie bei ihrem Gemahl die Marschallin Oranai. Die Fabel selbst ist ziemlich unbedeutend und es fragt sich, ob es glücklich war, der Herzogin eine frühere, aber überwundene Neigung zu dem jungen deutschen Grafen Harting anzudeuten; was sie dabei durch ihre an jenem Hofe doppelt zu schätzende eheliche Treue gewinnt, verliert jener, da er nichts Eiligeres zu thun hat, als sich über den definitiven Verlust der Geliebten mit deren Hofkämmerin Leonor v. Mathsamhausen zu trösten, wozu ihm die Herzogin auch in jeder Weise beifällig ist, so daß sie eine Verdächtigung ihrer ehelichen Treue durch Produktion dieses Papiers statt des von ihren Widersacherinnen verborgen gehaltenen Geliebten niederschlagen kann. Die Fabel also ist schwach; alles Interesse konzentriert sich auf den Charakter der jungen deutschen Fürstin, die auf ihre Weise in ihrem Hausstand und bei Hofe Ordnung stifft und dabei mit ehrlischer, urwüchziger Verheer überall hindurchgeht und auch das Stürzen des Königs nicht überhört. Zuletzt gewinnt sie, einem Akte des Königs folgend, auch den flatterhaften Gatten durch schlaue Koterie für sich und für ein lästiges und nützliches, dem Wohle der herzoglichen unteren Stände gewidmetes Leben. Sie unternimmt, um ihm die Augen zu öffnen, mit ihm und ihrem Hofkämmerin eine nächtliche Wanderung durch die ärmlichen Stadteile von Paris; sie treten in einer ärmlichen Kneipe als Fremde auf, erfahren aus dem Munde einfacher Bürger mehr, als dem Herzog zu hören ihm ist, über den König, die Polizei, die Hofschranzen und den Herzog selber, und dieser wird schließlich, nachdem er einen Stroch, der seine Frau umarmen will, zurückgeschleudert hat, in regelrechtem Handgemenge sans-facon hinausgeworfen. Dieser dritte Akt, in dem

zung der Kirche. Diese Angelegenheit soll gemeinschaftlich mit dem Kirchenvorstand erledigt werden. Da mit dem 1. Juli eine neue Wohnungsordnung von der Amtshauptmannschaft erlassen worden ist, fragt die Verwaltung der Leipziger Ortskrankenkasse an, ob diese in Stützerlei eingeführt sei. Im Gemeinderat ist ausgeführt worden, daß sich die Ortskasse damit nicht zu befassen habe. (Namentl.) Die Anschaffung von drei Fahnen für das neue Rathaus ist verlagert worden. Ein Gesuch Jakob um Erlass der Strafenbaukosten ist abgelehnt worden. An den Bericht schloß sich eine längere Debatte hauptsächlich über die vom Kirchenvorstand geplante Vergrößerung der Kirche und die Einteilung der Anstalt in zwei Klassen. Die Versammlung ist der Meinung, daß notwendige Sachen zu erledigen sind als Kirchenbauten. Eine weitere Debatte entstand über die Zunahme der Bevölkerung im hiesigen Orte und die Zunahme der Armenlasten für den Ort; es wurde betont, daß die ärmeren Klassen aus der Stadt herausgedrängt würden und diese ihre Zustucht größtenteils in Stützerlei suchen. Daher die Zunahme der Armenlasten; die Einberufung sei durch solche Umstände zur Notwendigkeit geworden. Unter Verschiedenem wurde die Gründung einer Abteilung für Arbeitübung angeregt. Am 27. September findet ein Vortrag über Nahrungs- und Genussmittel.

Schmiedeverammlung
vom 18. September 1902. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Grenz über: Die Verteuerung der Lebensmittel und die Stellung der Gewerkschaften dazu; 2. Neuwahl der Bezirksführer und Kassierer; 3. Gewerkschaftliches. Der Vortrag des Genossen Grenz hinterließ bei vielen einen tiefen Eindruck. Die Ursache der jetzigen Krise liegt in der planlosen kapitalistischen Produktionsweise, durch die eine Ueberfüllung des Weltmarktes eingetreten ist, ferner im Schutz Zoll, der den heimischen Produkten den Absatz erschwert, indem in anderen Ländern, die unsere Waren importieren, Gegenmaßregeln provoziert werden. Der Schutz Zoll und die indirekten Steuern entziehen dem Volke ungeheure Summen, die größtenteils zu militärischen Zwecken verwendet werden, wobei sie unweidbringlich verloren gehen, da ja der Militarismus keine produktive Institution ist. Weiter sind die weltpolitischen Maßregeln in China und Südafrika schuld, daß uns auch diese Länder zur Aufnahme unserer Waren verloren gegangen sind. Redner erwähnte ferner die geplante Erhöhung des Zolltarifs, die Viehpere und das bekannte Defizit in der Steuereinnahme. Alles dies ist geeignet, die Lebenshaltung noch mehr herunterzudrücken und die Krise erheblich zu verschärfen. An den Redner liegt es, Protest zu erheben durch Beitritt zur Organisation und durch Wahl sozialdemokratischer Volksvertreter. Redner beifall lohnte den Redner. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nach der Neuwahl der Bezirksführer (bis auf zwei des Westens) wurden die Mißstände im Hammerwerk am Heitern mit der Sprache gebracht und der Vorstand beauftragt, durch eine Werksstellenversammlung Arbeit in dieser Sache zu schaffen. Es werde ferner das Verhalten eines Kollegen wegen Unerfüllung des Arbeitsnachweises getadelt. Sodann wurde ein aus 15 Personen bestehendes Vergütungskomitee gewählt. Im weiteren wurden die Mißstände der Firma Friedberg erörtert. Hier sind bereits bedeutende Abzüge am Accord gemacht worden. Damit nicht genug, wurde einem Kollegen zugemutet, fertige Arbeit ohne Bezahlung umzuändern. Das zu thun, weigerte sich der Betreffende. Der Vorsitzende machte noch auf den Lichtbildervortrag aufmerksam, der am 27. d. Mts. im Pantheon stattfindet.

Verammlung der Fabrik-, Land- und Glaserarbeiter.
Am 13. September fand im Landhaus Stütz (Westher Herr Paahsch) eine öffentliche Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Glaserarbeiter statt. Gen. Carl Schulze hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die jetzige Geschäftskrise und die ungelerten Arbeiter. An den Vortrag schloß sich eine kurze Debatte, in der auch auf die Lokalfrage hingewiesen und erwidert wurde, nur die Lokale zu besuchen, die die Arbeiter zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Nachdem sich einige Personen als Mitglieder in den obigen Verband hatten aufnehmen lassen, fand 12 Uhr Schluß der mäßig besuchten Versammlung statt.

Verammlung der Cementarbeiter.
Die Cementarbeiter hielten am Sonnabend den 13. Septbr. ihre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Neuwahl des Vertrauensmannes; 2. Neuwahl von fünf Vertretungsdelegierten; 3. Gewerkschaftliches. Der 1. Punkt der Tagesordnung mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden, da sich kein Kollege zur Uebernahme des Postens des Vertrauensmannes bereit finden ließ. Der 2. Punkt wurde schnell erledigt, da die eingeladenen Kollegen, für die ein Vertretungsdelegierter noch nicht vorhanden ist, durch Abwesenheit glänzten. Bei einer solchen Lauheit und Gleichgültigkeit ist kaum an eine Verbesserung unserer Lage, an die Erhöhung des Lohnes, an die Verkürzung der Arbeitszeit zu denken. In den meisten Werksstellen herrscht eine Gleichgültigkeit, wie sie noch nie bestanden hat. Dabei rüdt die arbeitslose Zeit heran. In wenigen Wochen werden wieder eine Masse von Arbeitslosen in das Proletariat der Arbeitslosigkeit ohne ihr eigenes Verschulden geraten. Kollegen, fangt an zu denken! Im Sommer 11-12 stündige Arbeitszeit, dazu Sonntagarbeit und Anspannung aller Kräfte, und im Spätherbst beginnt das Auspflasterwerk. Ist eine derartige „Ordnung“ nicht abänderungsbedürftig? Wenn man sich gegenwärtig nicht abänderungsbedürftig in Leipzig den höchsten Lohn mit erreicht haben, aber die niedrigsten Gewerkschaftsbeiträge zu entrichten haben, so muß man sich doch wundern, daß es noch so viele gibt, die für die Organisation kein Interesse haben. Das liegt aber nur an den Kollegen selber. Werde ein jeder ein eifriger

die Bürger über den Steuerdruck, die Verschwendung des Hofes, die Nichtnützigkeit der Polizei und die Infolge der ewigen Kriege zu zahlende Mutterlauge, ist der bedeutendste des ganzen Staats und wenn der heruntergekommene Marais, der mit seiner durch einen Hölbling verführten Tochter Nabelon in die Kneipe kommt, in bitterer Ironie an jede Klage die Worte knüpft: „Wer muere ich? Ich preise den König und trinke meinen Schnaps!“ (Wein ist für ihn zu teuer geworden), meint man, das die Gewitter der großen Revolution ankündigende Wetterleuchten zu sehen, obgleich wir erst im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts stehen. — Der Erfolg des Staats hängt von der Rißfalte und dem Herzog von Orleans ab und wie diese beiden Figuren von Margarete Frey und Lothar Mehnert gespielt wurden, läßt sich schwer schildern; vor dieser Leistung streckt die Kritik knickerweise einfach die Waffen. Auch der roi soleil, der so viel Unglück über Frankreich gebracht hat, ward von Ernst W o r n s e d t vortrefflich gespielt und gesprochen und damit war der Erfolg nach allen Richtungen entschieden, der Erfolg des Staats, wie der der Aufklärung. Zu einer Musterdarstellung hätten allerdings noch ebenbürtige Vertreterinnen der Marquise von Montespan, der Marquise von Maintenon und der Marquise de Maintenon (Elisabeth Ande r s) gehört und in dieser Beziehung haperte es denn bedenklich; die Favoritinnen des Sultans von Frankreich müssen doch wohl verführerisch und bedeutender gewesen sein, als sie von Marthe Fernoff und Katharine W i n l e r dargestellt wurden; namentlich das erste Auftreten der Madame Scaron, die erst später zur Marquise von Maintenon gemacht ward, grenzte hart an Komische. Als Xenor v. Nathamhaupten war Julia Sieger King und amüsig; von den Nebenrollen erwähnen wir noch Bernhard W i l d e n h a y n und Albert W i l l i als Bürger von Paris, sowie Emil W i r t h als Marais — die sehr erspürlichen Sophisten müssen sich mit einem Kollektivbegriff begnügen. R. L. t.

Agitator; schreie er nicht vor allem zurück, denn auch nicht agitierende Kollegen bekommen in den Wintermonaten ihre Ferien. Die Zahl der Mitglieder muß steigen und jeder einzelne Kollege muß sich mit den gewerkschaftlichen Grundfragen vertraut machen. Kollegen, laßt nicht einen Teil von uns die Opfer für das Wohl der Allgemeinheit tragen, sondern bringe ein jeder sein Teil herbei, um den Bau zu vollenden, den unsere Vorkämpfer in Angriff genommen haben. Kollegen, agitiert für die Arbeiterpresse, kommt in unsere Versammlungen, um Euch gegenseitig zu tüchtigen, wohlgeschulten und disziplinierten Mitglieder auszubilden und die Stogegaltigkeit zu pflegen. Nachmals Kollegen, weg mit aller Gleichgültigkeit! Mann für Mann der Gewerkschaft beigetreten zur Hochhaltung der Rechte der Arbeit.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. September.
Achtung, Drechsler! Der Ausstand bei Strubel zu L. Gohlis dauert fort. Als Rausdreher dienen ein früherer Drechslermeister und der jetzige Reisende, ein früherer Drechslergehilfe. Arbeitswillige haben sich zwei jugendliche Leute von auswärts gefunden. Die Tischlerarbeiten fertigt Tischlermeister Mathias, Manstädter Steinweg.
Die Meldung der bürgerlichen Wähler, daß von 14 bei Strubel beschäftigten Arbeitern nur 9 die Arbeit eingestellt hätten, ist falsch. Außer den 9, die jetzt ausständig sind, war noch der Werkführer vorhanden, der ausständig ist mit dem oben erwähnten ehemaligen Drechslermeister.

Ein neues Unternehmer-Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Eine Privatbesuche des Vorwärts meldet aus Leipzig: Eine aus allen Teilen Deutschlands besuchte Versammlung der Glasblechfabrikanten und Färbereibesitzer beschloß bei Fortdauer des Streiks in Vrandenburg und im Falle einer Arbeitseinstellung in Berlin die allgemeine Massenanspernung sämtlicher dem Lederarbeiterverband angehörender Arbeiter Deutschlands. Nähere Nachrichten hierüber fehlen noch. Bisher war hier überhaupt nichts davon bekannt geworden, daß eine derartige Unternehmerversammlung hier stattgefunden hätte.

Vom Kommandeur des 10. Infanterieregiments Nr. 134. Herr Oberst Richter, erhalten wir folgende Zuschrift aus Erlau, den 12. September:

Es ist jetzt erst zur Kenntnis des Regiments gelangt, daß in der Leipziger Volkszeitung die Nachricht gestanden haben soll, vom Regiment seien auf seinem Marsche von Leipzig nach Borna am 2. dieses Monats 70 Mann umgefallen und 1 Mann sei davon gestorben.
Darauf teilt das Regiment mit, daß beide Angaben falsch sind. Es wird daher um Berichtigung der event. gebrachten Nachricht ersucht.
Außer einigen Fußkranken — meist Reservisten — die momentan zurückgelassen und den letzten Teil des Weges dann per Wagen befördert worden sind, hat das Regiment auf seinem Marsche am 2. dieses Monats niemand zurückgelassen.
Der im Gasthaus zum Stern in Borna krank gelegene Mann war am ersten Marschtage an Scharlachfieber erkrankt und zwar nicht bedenklichen Grades erkrankt. Da er zunächst nicht weiter marschfähig war, ist er am nächsten Tage nicht mit dem Regiment ausgerückt, sondern nach dem Garnisonlazarett Leipzig überführt worden.
Es ist beim Regiment seit dem Verlassen der Garnison Leipzig überhaupt kein ernstlicher Krankheitsfall, geschweige denn ein Todesfall vorgekommen.

Einem hohen Schutz Zoll verlangen die Leipziger Handeltgärtner für ihre gärtnerischen Erzeugnisse. In zahlreichen anderen Städten stellen sich bekanntlich die Gärtner nicht auf diesen Standpunkt. Die Leipziger sind wieder die ersten mit, die ihrem Groll darüber, daß insbesondere das Frühgemüse nicht durch hohe Zölle bedeutend verteuert wird, ganz offen Ausdruck geben. Dieser Tage haben sie eine „Proletenversammlung“ im Centraltheater abgehalten, die eine Resolution annahm, in der es heißt: „Die produzierenden Gärtner der Verbandsgruppe Kreishauptmannschaft Leipzig bebauern aufs tiefste, daß die Zolltarifkommission des deutschen Reichstages in ihrer ersten Sitzung betreffs Zoll auf Blumen, Bindewurzel und Frühgemüse zu einem ablehnenden Beschlusse gelangt ist, da die fernere zollfreie Einfuhr vorerwähnter Erzeugnisse während der Wintermonate den Ruin der deutschen Schnittblumen- und Gemüsetreiberei zur Folge haben muß.“
Nicht bemerkenswert war die Anwesenheit des Herrn — Haffs, des Reichstagsabgeordneten für Leipzig-Stadt. Bei den Hochschulzöllnern da ist Herr Gasse am Platze; wird er sonst aufgefordert, sich um die Volksstimmung zu bekümmern, so sagt er, er wisse längst alles, was die Versammelten wollten.

Die angeblliche Fleischnot betitelt sich ein vom Bund der Bauwirthe herausgegebenes Flugblatt, dessen Verbreitung für Leipzig bezeichnenderweise die Leipziger Neuesten Nachrichten übernommen haben. Während in unserer Stadt die Fleischpreise immer höher steigen, entblößen sich die Nachrichten nicht, ihren großstädtischen Lesern das Weistesprodukt der bündlerischen Fleischwucherer auf den Tisch legen zu lassen. Geld reicht nicht! Das ist die Devise der Nachrichten und von der Denkfähigkeit der meisten ihrer Leser haben sie ja auch nichts zu befürchten. Der nationalliberale Hass, der die hochschulzöllnerischen Gärtner mit seiner Gegenwart — warum sollten denn da nicht auch die nationalliberalen Neuesten Nachrichten ganz offen für den Fleischwucher Stimmung machen?
Vor der Sächsischen Centralkrankenkasse für Männer und Frauen zu Chemnitz müssen wir abermals warnen — wenn es auch vergeblich ist. Denn trotz unserer mehrfachen Warnungen steht fest, daß Hunderte, ja Tausende Leipziger Arbeiter Mitglieder dieser Kasse geworden sind. Gar mancher von ihnen hat inzwischen freilich aus eigenen Leide erfahren, wie recht wir mit unseren Warnungen hatten. Meyerding's sind und mehrere Fälle bekannt geworden, in denen nach erfolgter Krankmeldung der betr. Mitglieder, ein Agent erschien, um Einsicht in das Ortskrankenkassenbuch zu nehmen. Diese Einsichtnahme hat den alleinigen Zweck, einen Vorwand zu finden, dem Kranken das Krankengeld verweigern zu können. Wenn aus dem Ortskrankenkassenbuch des auf Krankengeld Anspruch erhebenden Mitgliedes hervorgeht, daß er in den letzten Jahren einmal ein paar Tage krank gewesen ist, ohne daß diese Krankheit seinerzeit bei Ausfüllung des Fragebogens für die Sächsische Centralkrankenkasse mit verzeichnet worden ist, so folgt der erwähnten Krankmeldung in verzeigter Frist die Mitteilung, daß der Kranke ausgeschlossen ist und kein Krankengeld erhält. Beim Mitgliederbesuch hieß es aber, „solche Kleinigkeiten“ kämen überhaupt nicht in Betracht und brauchten auf dem Fragebogen nicht mit verzeichnet zu werden. Sobald aber jemand nicht nur

Beiträge bezahlen, sondern auch einmal Unterstützung haben will, preißt's aus einem anderen Tone. Wir raten den Kranken, die auf die geschilderte Weise um ihr Krankengeld gebracht werden sollen, den edlen Herren, die „nur einmal einen Blick in das Ortskrankenkassenbuch werfen wollen,“ einfach zur Thür hinauszustechen.

Der Winterfahrplan der sächsischen Staatsbahn tritt am 1. Oktober in Kraft. Bei den Stationen und Auskunftsstellen ist der neue Fahrplan schon jetzt und zwar in Buchform zum Preise von 10 Pfg. und in Aushangform zum Preise von 10 Pfg. verkäuflich.

Leipziger Bahnhofsanlagen. Nachdem sowohl von der preussischen wie der sächsischen Bahndirektion die Straßendämme in der Verlängerung der Antonienstraße zu Kleinschöcher hergestellt worden sind, die östlich und westlich der geplanten großen Eisenbrücke über die preussischen und sächsischen Bahnen nötig waren, wird jetzt das Gerüst zur Montierung der langen eisernen Brücke errichtet. Die Brücke wird über 100 Meter lang. Um Platz für sie zu gewinnen, mußte das Maschinenhaus des sächsischen Bahnhofs abgetragen werden. Nach der Fertigstellung der Brücke wird diese auch die Verbindung zwischen L. Kleinschöcher und Schönan vermitteln, da die Schönaner Straße wegen der Bahnhofsverlängerung eingezogen werden soll. Diese Bonten bilden das erste Glied in der großen Kette von Bahnhöfen und Ueberführungen, die die Veränderungen in den Leipziger Bahnhofsanlagen mit sich bringen.

Leipziger Bank. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Leipziger Bank in Konturs wurde auf Antrag des Rechtsanwaltes Dr. Blumenfeld-Hamburg, der 240000 Mk. Aktien deponierte, beschlossen, behufs Geltendmachung von Ansprüchen gegen den früheren Aufsichtsrat und die Kontursmasse eine Generalversammlung der Aktionäre auf den 10. November einzuberufen. — Die Kontursverwaltung der Leipziger Bank hat in gestriger Zwangsversteigerungsverfahren die im Konturs befindliche Eisenhütte Hempel in Chemnitz zum Preise von 83000 Mk. meistbietend erstanden.

Die diesjährige Einstellung der Rekruten bei den sächsischen Regimentern (XII. und XIX. Armeecorps) geschieht wie folgt: Am 1. Oktober treffen die Dekonomieoffiziere ein. Die Rekruten der Kavallerie und reitenden Feldartillerie werden am 11. Oktober einbezogen, während bei allen übrigen Regimentern, Infanterie, Artillerie, Train und Pioniere, die Rekruten am 30. Oktober einzutreffen haben.

Messen resp. Spezialmärkte für Motorfahrzeuge u. s. w. Es bricht sich in den interessierten Kreisen mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß für die meisten Industrien, welche ihre Produkte ohne gewaltige Kosten nicht vor die Augen der Abnehmer bringen können, alljährlich wiederkehrende, kurz andauernde Spezialmärkte bzw. Ausstellungen in einer central gelegenen Großstadt ungemein segensreich wirken und dem Absatz durchaus förderlich sind. Für die junge Motorenindustrie u. s. w. sind solche Spezialmärkte geradezu unerlässlich und tragen zu der Popularisierung dieses modernen Personens- und Lasttransportmittels ebensoviel, wenn nicht noch mehr bei, als die Automobiltreffen, weil der Messtent auf einem solchen Markt sich die Konstruktion, Vorteile u. der motorisch betriebenen Wagen in Nähe erklären lassen, auch sich eingehender mit den verschiedenen Systemen beschäftigen bzw. besprechen kann, als irgend wo anders. Vor allen bisher in Deutschland stattgefundenen Motorenwagen-Ausstellungen hatten die Leipziger Veranstaltungen stets den größten Erfolg, sowohl in Bezug auf den in- und ausländischen Besuch, als auch hinsichtlich der abgeschlossenen Geschäfte, anzutreffen, so daß hieraus geschlossen werden muß, die alte Messestadt Leipzig eigne sich am besten dazu, Mittelpunkt für den Handelsverkehr in Motorfahrzeugen aller Art zu werden. In Leipzig hat man es aber auch vermieden, sogenannte reine Motorfahrzeug-Ausstellungen, d. h. solche Ausstellungen zu arrangieren, wo nur Motorfahrzeuge und Zubehör vertreten waren, vielmehr hat man gleichfalls andere Produkte der Feinmechanik nebst Zubehörsachen mit hinzugenommen, was die Märkte interessanter gestaltet und was weiter wesentlich darauf einwirkt, daß die Kosten der Beteiligung der gewesenen Veranstaltungen für den einzelnen bedeutend geringer ausfallen. Der Grund, weshalb Motorenwagen noch immer so teuer sind, liegt zum Teil mit in den großen Geschäftskosten, je mehr diese verringert werden, je billiger werden auch die Motorenwagen werden. Und hierzu, wie auch zur Belebung des inländischen und ausländischen Geschäfts soll der diesjährige Leipziger Herbstmarkt wiederum beitragen.

Durch Erhängen machte gestern ein aus Altdorf geblühiger 22 Jahre alter Eisenhobler in seiner in der Klingensstraße zu L. Kleinschöcher gelegenen Wohnung seinem Leben ein Ende. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht näher bekannt geworden.

Bermitt wird seit gestern der in der Weststraße 80 wohnende Kammmacher und Invalid Karl August Hermann Werthold 57 J., geboren am 22. Juli 1849 in Glogau. Der Bermitt ist von mittler, unterer Gestalt, hat dunkles Haar, röllchen Schnurr- und Kinnbart. Seine linke Hand ist gelähmt. Herr trägt dunkelgraue Hose und Weste, röllchen-braunen Sommerüberzieher und einen schwarz und weißen Strohhut. In einem hinterlassenen Brief hat der Bermitt Selbstmordgedanken geäußert.

Von ihrer Niederkunft überrascht wurde gestern nachmittag am Hofplatz eine 20 Jahre alte Arbeiterin aus Dindrau. Mutter und Kind sind alsbald mittels Drofske in die Frauenklinik gebracht worden.

Feuer entstand gestern vormittag in einer Wohnung der Hohen Straße. Es hatte dort ein fünfjähriges Kind durch Spielen mit Zündhölzchen verschiedene Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Das Feuer ist von Hausbewohnern und der alarmierten Feuerwehr beseitigt worden. — Heute vormittag brach in einer Spielwarenhandlung am Fleischergäßchen Feuer aus. Dabei wurde ein Wicherhändler am Auge verletzt. Die Feuerwehr beseitigte den Brand in kurzer Zeit. Entstanden war es durch Spielerei mit Feuerwerkskörpern.

Kleine Polizeinachrichten. Eine Taschendiebin wurde in der Person einer 18 Jahre alten Arbeiterin aus Worf festgenommen. Dieser Person konnte die Entwendung einer ganzen Anzahl von Portemonaies mit Geldebeträgen nachgewiesen werden.

Wegen Diebstahls erfolgte die Verhaftung eines 21 Jahre alten Barbiers aus Herrngosserstadt. Der uneheliche Mensch hat einem Zufassen einer hiesigen öffentlichen Anstalt einen Geldebetrug gestohlen.

Hier ermittelt und verhaftet worden sind zwei von den Staatsanwaltschaften Städte und Neutrieb wegen Betrugs schriftlich angeklagte Personen.

In der Nähe der 1. Gasanstalt kam ein 22 Jahre alter Arbeiter aus Stütz dadurch zu Schaden, daß ihm eine Kipploche auf die Beine fiel. Die Folge davon war eine erhebliche Oberschenkelquetschung.

In L. Volkmarshof wurde gestern Abend eine 52 Jahre

alte Frau während des Abendessens mit ihrem Manne. Dabei...

Zwei Personen wurden tödlich getroffen, fünf schwer verwundet.

Dieherkrankungen in Transvaal. Johannesburg, 14. September.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 37 Reichstagsabgeordneten...

Die gestrige Debatte wird fortgesetzt. Leyendeker-Höchst be- dauert die Bernsteindebatte...

Kolb-Karlstraße tritt für Gesandung der Finanzlage der Partei ein. Notwendig sei es, höhere Parteibeiträge zu zahlen.

Rautsky verteidigt die Neue Zeit. So jubringlich wie die Redaktion der Monatshefte sei er nicht...

Die Debatte wird durch das leidenschaftliche Auftreten Stadt- hagens sehr erregt.

Gemeinde-Beitrag.

Die Stadtverordneten halten nächsten Mittwoch abend 7 Uhr ihre erste Plenarsitzung nach den beendeten Ferien...

Städtisch. Die öffentliche Meinung hat den Sieg errungen! Das hier viel besprochene „Vorkommnis“...

Die Stadtvorordneten halten nächsten Mittwoch abend 7 Uhr ihre erste Plenarsitzung nach den beendeten Ferien...

Städtisch. Heute Dienstag den 16. September findet eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Von Nah und Fern.

Explosion. Lindenwalde, 15. September. In einem hiesigen Kleinfabrikgeschäft explodierte eine Granate...

Eisenbahnunglück. München, 15. September. Bei der Einfahrt des Weilheimer Lokalbahnzuges in die Station Geltendorf...

London, 16. September. Ein Telegramm des Standard-Schanghai-Berichterstatters meldet aus Cheng-Tu-fu...

Paris, 15. September. Reisende, die aus Martinique in Vorderau eingetroffen sind, erzählen, daß auf der Insel jeder Verkehr...

Petersburg, 13. September. Auf dem Markte in der Stadt Zenskojau wurde infolge eines Streites mit einem Krämer eine Bauerfrau von Juden überfallen...

Wohnungsanzeigen. Wohnungen, der Neuzeit entspr. einger., 300-325 A. Lind., Merleburger Str. 80.

Wohnungsanzeigen. Logis von 200-300 Mk. zu vermieten. Kleinschöcher, Vanmannstr. 11.

Wohnungsanzeigen. Im Neubau sind Logis von 270-300 Mk. und 1 Laden mit Wohnung sofort oder später zu vermieten. Neu-Mockau, Kreuzstr. 9, pt.

Wohnungsanzeigen. Wohnungss. sch. Logis 1,10 zu verm. Br. 180 Mk. Gonnepf. Städtstr. 3, 3. u. 4. I.

Wohnungsanzeigen. Leere Stube u. Kammer f. 15 Mk. 1,10 zu verm. Kleinsch. Klingenstr. 49, II. W.

Wohnungsanzeigen. Febl. Stube u. Kammer an Leute ohne Kinder zu verm. Lind., Lutherstr. 1, III. W.

Wohnungsanzeigen. Leere Stube u. Kuchensch. f. 1,10 zu verm. Gartenbergstr. 25, IV. r.

Wohnungsanzeigen. Al. Stube mit Gradenen f. 10 zu verm., 8 Mk. Lindenau, Großmannstr. 5b.

Wohnungsanzeigen. Leere Stube mit Kochen für 6 Mk. zu verm. Kleinsch., Schenkerstr. 22b, pt.

Wohnungsanzeigen. Febl. möbl. Zimmer an e. anst. Arbeiter 14 Mk. zu verm. Braustr. 24, III. r.

Telegraphische Depeschen.

Privat-Telegramme der Leipziger Volkszeitung. Sozialdemokratischer Parteitag.

B. München, 16. September. Singer eröffnet die Sitzung. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 37 Reichstagsabgeordneten...

Die gestrige Debatte wird fortgesetzt. Leyendeker-Höchst be- dauert die Bernsteindebatte, an der die Arbeiter kein Interesse haben.

Kolb-Karlstraße tritt für Gesandung der Finanzlage der Partei ein. Notwendig sei es, höhere Parteibeiträge zu zahlen.

Rautsky verteidigt die Neue Zeit. So jubringlich wie die Redaktion der Monatshefte sei er nicht, das Feiern über schlechten Ton sei grellhaft.

Die Debatte wird durch das leidenschaftliche Auftreten Stadt- hagens sehr erregt. Stadthagen greift Bloch, Redakteur der Monatshefte, persönlich an.

Volkmar tritt für Meinungsfreiheit ein; gegen den Inhalt der Monatshefte sei nichts einzuwenden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. In der Debatte sprechen noch Ulrich und Heine.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Dienstag den 16. September: 240. Abdm.-Vorstellung (4. Serie, braun): Kästel und Gretel.

Märchenstück in 3 Akten von Adelheid Wette. Musik von Engelbert Humperdinck.

Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Vogel. Peter, Vesenbinder. Vercur, sein Weib. Kästel, Gretel, deren Kinder.

Die Knusperkege. Sandmännchen. Zaumännchen. Engel. Kinder.

1. Bild: Dageim. 2. Bild: Im Wald. 3. Bild: Das Knusperhändchen. Hieraus neu einstudiert: Die Puppenkege.

Vantomisches Divertissement in 1 Akt von J. Hoffmeister u. F. Gauß. Musik von Bayer.

Regie: Balletmeister Volinelli. — Direktion: Musikdirektor Krause. Sir J. Blumstreichere. Lady Blumstreichere. Bob, deren Kinder.

Ein Spielwarenhändler. Dessen Faltotum. Die Puppenkege. Vöb (spricht Papa und Mama).

Chinesin. Spanierin. Zoroasterin. Wogrin. Trommelfigur.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren.

Der Mann Lustige. Die Frau Epeleute. Mechnische Figuren. Hr. Raumann. Hr. Schneider. Hr. Jäh. Hr. Diekmann. Hr. Schumann. Hr. Raumann. Hr. Lange. Hr. Schröder. Hr. Bosh. Hr. Pflger. Hr. Schröder. Hr. Böblich. Hr. Wippel. Hr. Richter.

Große Puppen-Ballade. arrangiert vom Balletmeister J. Volinelli, ausgeführt von dem gesamten Ballettpersonal und 60 Kindern.

Altes Theater. Dienstag den 16. September: Altes Theater. Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Mener-Förster.

Regie: Ober-Regisseur Weidner. Karl Heinrich, Erbspring von Sachsen-Karlsburg. Staatsminister von Haugl, Excellenz. Hofmarschall Freiherr von Passarge, Excellenz.

Kammerherr Baron von Wehling. Kammerherr Baron von Breitenbach. Dr. phil. Jüttner. Lutz, Kammerdiener. Delev Graf von Asterberg.

Karl Bliz. Kurt Engelbrecht. Danfin. Reinide. von Wedell, Sago-Vorurthe Studenten.

Räder, Gastwirt. Frau Müller. Frau Dörffel, deren Tante. Kellermann. Käthe. Schäfermann. Hans, Reuter. Ein Musikant.

Kammerherren, Offiziere, Studenten, Musikanten, Diener. Der 1. und 4. Akt spielt im Schloß zu Karlsburg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg.

Einlage 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 7/10 Uhr. Gew. Preise. Hiltel-Vorverkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr.

Vorverkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr an der Tages- kasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Billet).

Spielplan: Mittwoch: Kopf und Schwert (2. vollständige Vor- stellung zu halben Preisen). Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Wiener Blut. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Neu einstudiert: Die berühmte Frau. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Der Kellermeyer. Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Südbiertel. Dr.: Anton Hartmann. Sophtenstr. 19. Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.

Dienstag den 16. September: Die Schmetterlingsflucht. Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Regie: Dr. Robert Forst. Frau Vergentheim, Steuerinspektorstwive. Agnes Wenthaus. Else, verw. Frau Schmidt. Ihre drei Töchter.

Louisa. Rosa. Wilhelm Vogel, Apothekerlehrling, ihr Neffe. Armand Fabre. Winkelmann. Max, sein Sohn. Alward Kessler, Reisender im Winkelmännchen.

Gesicht. Dr. Kossuth, Oberlehrer. Georg Wittmann. Ein Comptoldiener. Hans Bredow.

Zwischen dem 1. und den übrigen Akten liegt ein Zeitraum von 3 Monaten. Nach dem 2. Akt findet eine Pause von 10 Minuten statt.

Anfang 7/8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei F. K. Coppius.

Leipziger Schauspielhaus. Spielplan: Mittwoch: Alletot. — Donnerstag: Wallenstein Lager. Die Geschwister. Ruhmlose Felden. — Freitag: Alletot. — Sonnabend: Paul Lange und Lora Parsberg. — Sonntag: Der Probenandlud.

Berlin. — Zeit: Die Gegenwart. Zwischen dem 1. und den übrigen Akten liegt ein Zeitraum von 3 Monaten.

Nach dem 2. Akt findet eine Pause von 10 Minuten statt. Anfang 7/8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei F. K. Coppius. Leipziger Schauspielhaus. Spielplan: Mittwoch: Alletot. — Donnerstag: Wallenstein Lager.

Die Geschwister. Ruhmlose Felden. — Freitag: Alletot. — Sonnabend: Paul Lange und Lora Parsberg. — Sonntag: Der Probenandlud.

Wohnungsanzeigen.

Wohnungen, der Neuzeit entspr. einger., 300-325 A. Lind., Merleburger Str. 80. Logis von 200-300 Mk. zu vermieten. Kleinschöcher, Vanmannstr. 11.

Im Neubau sind Logis von 270-300 Mk. und 1 Laden mit Wohnung sofort oder später zu vermieten. Neu-Mockau, Kreuzstr. 9, pt. Wohnungss. sch. Logis 1,10 zu verm. Br. 180 Mk. Gonnepf. Städtstr. 3, 3. u. 4. I.

Leere Stube u. Kammer f. 15 Mk. 1,10 zu verm. Kleinsch. Klingenstr. 49, II. W. Febl. Stube u. Kammer an Leute ohne Kinder zu verm. Lind., Lutherstr. 1, III. W.

Leere Stube u. Kuchensch. f. 1,10 zu verm. Gartenbergstr. 25, IV. r. Al. Stube mit Gradenen f. 10 zu verm., 8 Mk. Lindenau, Großmannstr. 5b.

Leere Stube mit Kochen für 6 Mk. zu verm. Kleinsch., Schenkerstr. 22b, pt. Febl. möbl. Zimmer an e. anst. Arbeiter 14 Mk. zu verm. Braustr. 24, III. r.

Verzinner

tüchtiger selbständiger Arbeiter für Hoch- alanz-Verzinnerung per sofort bei hohem Lohn gesucht. C. Kleebauer, Blantenhain 1. 27.

Gesangs-Dirigent

für einen Arbeiter-Gesangverein gesucht. Werte Offerten bitte unter G. D. I in der Exp. d. Bl. niederzulegen.

Verkäuferin

oder solche, die es lernen will, durchaus ehrlich, sofort oder später gesucht. Ernst Möckel, Wurzen.

Teilnehm. z. e. Radm.- od. Abendkurs f. 1. Wäschezeichnen u. Weisn. od. Schneid. gef. Son. mon. G. A. Naundörfer 24, pt. Fleischerpl.

Junger Mädchen f. das Schneidern un- entgeltl. erl. Wohlth. Ob. Georgstr. 28, II. f. 2 Mon. altes Mädch. ist in gute Pflege zu vergeben. Plagwitz, Bollschuppenstr. 7, I.

Familienanzeigen.

Ulf, alt, wert. Freund u. treueren Stammvater Herrn Herm. Regel u. seiner lieben Frau herzliche Glückwünsche zu ihrer heute stattfindenden Silbernen Hochzeit. 8812. Drei alte Leuchter.

Todes-Anzeige.

Allen lieben Verwandten, Bekannten u. Freunden zur tieftraurigen Nach- richt, daß heute Montag abend 8 Uhr nach schwerem Leiden unser einzi- gler heißgeliebter Sohn Willy im 14. Lebensjahre sanft verschieden ist. Im tiefsten Schmerze Liebertwilly, 15. 9. 1902. Trauernd Gv. 58.

Oskar Krauss u. Frau geb. Günther nebst Töchtern.